



EUROPÄISCHE KOMMISSION

081719/EU XXV.GP  
Eingelangt am 27/10/15

Brüssel, den 27.10.2015

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,*

*im Namen der Kommission übermittle ich Ihnen das Arbeitsprogramm der Kommission für 2016, das wir heute vorgelegt haben*

*Mit diesem Arbeitsprogramm, dem zweiten ihrer Amtszeit, macht die Kommission erneut ihren festen Willen deutlich, sich auf die großen Fragen zu konzentrieren, bei denen die Europäer ein Handeln der Union erwarten: jetzt ist nicht die Zeit für "Business as usual". Die Kommission bleibt ihrem Grundsatz verpflichtet, andere Dinge in Angriff zu nehmen und sie anders anzugehen. Das Arbeitsprogramm fußt auf den zehn politischen Prioritäten der Kommission und setzt mehrere zentrale Strategien aus dem Arbeitsprogramm für 2015 um, darunter die Strategie für den digitalen Binnenmarkt, die Energieunion, die Europäische Migrationsagenda, die Kapitalmarktunion, den Aktionsplan für eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung, die neue Handelsstrategie, unsere jüngsten Vorschläge zur Vertiefung und Stärkung unserer Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Binnenmarktstrategie, die die Kommission im weiteren Verlauf dieser Woche annehmen wird.*

*Zudem werden die Kommissionsvorschläge benannt, die es in den Augen der Kommission verdient hätten, rasch vom Gesetzgeber angenommen zu werden. Wie schon im Vorjahr misst die Kommission Maßnahmen im Rahmen der Eignungsprüfung bestehender EU-Vorschriften ("REFIT-Programm") auch in diesem Arbeitsprogramm große Bedeutung bei und listet eine Reihe anhängiger Vorschläge auf, die sie zurückziehen will, da sie im Gesetzgebungsverfahren denaturiert wurden oder blockiert werden. Da sich die EU-Gesetzgebung bei Inkrafttreten unmittelbar und sofort auf die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger auswirkt, sind im Arbeitsprogramm auch sämtliche wichtigen neuen Rechtsvorschriften aufgeführt, die 2016 in Kraft treten.*

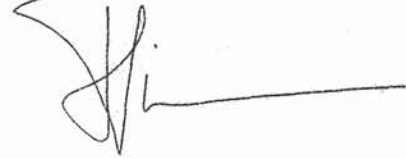
*Der weitere Ausbau der konstruktiven Beziehungen zu den nationalen Parlamenten bleibt für die Kommission ein vorrangiges Anliegen, und ich möchte Ihnen versichern, dass die Kommissionsmitglieder gerne bereit sind, den nationalen Parlamenten auf deren Anfrage einen Besuch abzustatten, um das Arbeitsprogramm der Kommission vorzustellen und zu diskutieren.*

*Frau Doris BURES  
Präsidentin des Nationalrats  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
A - 1017 WIEN*

*Das Arbeitsprogramm für 2016 ist in den drei Verfahrenssprachen beigefügt. Die übrigen Sprachfassungen werden den betreffenden nationalen Parlamenten auf üblichem Wege unverzüglich übermittelt, sobald sie vorliegen.*

*Der Fortsetzung unseres politischen Dialogs sehe ich erwartungsvoll entgegen.*

*Mit freundlichen Grüßen*

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive 'F' followed by a horizontal line extending to the right.

*Frans Timmermans  
Erster Vizepräsident*



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

Vor einem Jahr hat diese Kommission einen Neustart gewagt. Ausgehend von den Politischen Leitlinien<sup>1</sup> haben wir unsere Prioritäten festgelegt und versprochen, uns auf die großen Fragen zu konzentrieren, bei denen die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Europa tatsächlich etwas bewegt. Wir haben beschlossen, unsere Arbeitsweise zu ändern, Transparenz zu gewährleisten und über das, was wir tun, Rechenschaft abzulegen. Und wir haben das Europäische Parlament und den Rat aufgefordert, gemeinsam mit uns darauf hinzuwirken, diesen Wandel herbeizuführen. Denn nur, wenn es uns gemeinsam gelingt, in den wirklich wichtigen Bereichen greifbare Ergebnisse zu erzielen, werden die Europäerinnen und Europäer das Vertrauen zurückgewinnen, dass die Union in ihrem Dienst steht.

Die Bürgerinnen und Bürger werden die EU an ihrer Fähigkeit messen, die größten Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaften erfolgreich zu meistern: Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionslücke; Menschen, die vor Instabilität und Krieg fliehen und eine sichere Zuflucht suchen; Klimawandel und Verknappung der natürlichen Ressourcen; soziale Ungleichheit, Intoleranz und ein Gefühl der Unsicherheit in Teilen unserer Gesellschaft; die zunehmende globale Interdependenz und unser Mangel an Selbstvertrauen, was Europas Stellung in der sich abzeichnenden neuen Weltordnung angeht.

Die zehn Prioritäten der Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel – die die Grundsatzerklärung der Juncker-Kommission ist und auf deren Grundlage wir gewählt wurden – zielen auf die Bewältigung dieser Herausforderungen ab. Die einschneidenden Entwicklungen und Ereignisse des letzten Jahres – angefangen bei der unerwartet langsamen Erholung unserer Volkswirtschaften und der Notwendigkeit, der griechischen Wirtschaft erneut zu Stabilität zu verhelfen, über den Migrationsdruck an unseren Außengrenzen und die unsichere Lage in unserer Nachbarschaft, die diesen Druck erzeugt, bis hin zu den Terroranschlägen auf Charlie Hebdo und anderenorts in Europa – haben uns nur noch mehr in unserer Entschlossenheit bestärkt, diese Prioritäten im Fokus zu halten, andere Dinge in Angriff zu nehmen und die Dinge anders anzugehen.

### **Andere Dinge in Angriff nehmen**

Im letzten Jahr haben wir angekündigt, dass wir andere Dinge in Angriff nehmen und uns auf die großen Fragen konzentrieren würden. Mit der Investitionsoffensive, dem digitalen Binnenmarkt, der Energieunion, der Europäischen Sicherheitsagenda, der Europäischen Migrationsagenda, der Kapitalmarktunion, dem Aktionsplan für eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung, der neuen Handelsstrategie und unseren jüngsten Vorschlägen zur Vertiefung und Stärkung unserer Wirtschafts- und Währungsunion haben wir seither unsere Vorstellungen und die konkreten Maßnahmen zu deren Umsetzung dargelegt. In dieser Woche präsentieren wir unsere Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen<sup>2</sup>. Und bis Ende des Jahres werden wir mit unseren Plänen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft, für Arbeitskräftemobilität und für einen besseren Schutz der Außengrenzen das Bild vervollständigen. Untermauert werden all diese Maßnahmen durch die neue Kommissionsagenda für bessere Rechtsetzung.

---

<sup>1</sup>[http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_de.pdf).

<sup>2</sup>COM(2015) 550 vom 28.10.2015.

Anknüpfend an einen kontinuierlichen Dialog mit dem Europäischen Parlament und dem Rat, der durch die Rede des Präsidenten vom 9. September zur Lage der Union<sup>3</sup> in Gang gesetzt wurde, werden im vorliegenden Arbeitsprogramm nun die wichtigsten Initiativen vorgestellt, mit denen wir unsere Zusagen in den nächsten zwölf Monaten einlösen wollen.<sup>4</sup> Nicht alles ist in einem Jahr zu schaffen, doch stellt unser Pensum bereits eine gewichtige Legislativagenda dar und bildet den Rahmen für weitere Maßnahmen, die Bestandteil künftiger Arbeitsprogramme sein werden. Die vorbereitenden Arbeiten, einschließlich Evaluierungen, Konsultationen und Folgenabschätzungen, werden im Jahr 2016 in Angriff genommen.

Priorität räumen wir Gesetzesänderungen ein, die sich bei rascher Verabschiedung unmittelbar auf Beschäftigung und Wachstum, unsere Umwelt und unser soziales Wohlergehen, unsere Sicherheit und die Art unseres Austauschs mit einer vernetzten Welt auswirken können.

In nie dagewesenem Tempo haben sich die beiden gesetzgebenden Organe der EU – das direkt gewählte Europäische Parlament und der Rat der Minister der nationalen Regierungen – auf die Kommissionsvorschläge zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD), zur Änderung des EU-Haushalts für 2015 und zur Stärkung der finanziellen Unterstützung in der Flüchtlingskrise, zu einem 35 Mrd. EUR schweren Paket für Arbeitsplätze und Wachstum in Griechenland sowie zum Notfallplan für die EU-weite Umverteilung von Flüchtlingen, die des internationalen Schutzes bedürfen, geeinigt. Solche gemeinsamen Anstrengungen im Hinblick auf eine rasche Einigung in Bereichen, in denen am dringendsten schnelle Entscheidungen benötigt werden, sollten nicht länger die Ausnahme, sondern die Regel sein.

Aus diesem Grund hat die Kommission vor Erstellung dieses Arbeitsprogramms intensive und konstruktive Gespräche mit ihren institutionellen Partnern geführt, um sich mit diesen über die zu setzenden Schwerpunkte zu verständigen. Die besten Vorschläge können nichts bewirken, wenn sie jahrelang ohne Einigung auf dem Verhandlungstisch liegen. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir eine Liste bereits vorliegender Vorschläge zusammengestellt, die eine rasche Verabschiedung durch die gesetzgebenden Organe verdienen.<sup>5</sup> Und aus demselben Grund wollen wir einige frühere Vorschläge der Kommission, die hinfällig geworden sind, blockiert werden oder nicht mehr ambitioniert genug sind<sup>6</sup>, zurückziehen und so Kapazitäten für die vorrangigen Vorschläge freimachen, bei denen gute Aussichten auf eine Einigung bestehen.

---

<sup>3</sup> <http://ec.europa.eu/priorities/soteu>.

Siehe auch die vom Präsidenten und vom Ersten Vizepräsidenten unterzeichnete Absichtserklärung, die dem Präsidenten des Europäischen Parlaments und dem Präsidenten des Rates übermittelt wurde. Auf dieser Grundlage fanden mehrere Treffen statt: am 10. September zwischen dem Präsidenten und dem Coreper, am 13. Oktober zwischen dem Vizepräsidenten und dem Rat „Allgemeine Angelegenheiten“, am 6. Oktober zwischen der Kommission und der Konferenz der Ausschussvorsitze und am 20. Oktober zwischen dem Präsidenten, dem Ersten Vizepräsidenten und der Konferenz der Präsidenten.

<sup>4</sup> Anhang I.

<sup>5</sup> Anhang III.

<sup>6</sup> Anhang IV.

## Die Dinge anders angehen

Neue Herausforderungen verlangen nach neuen und ambitionierten Antworten. Ebenso ambitioniert müssen wir aber auch bereits bestehende Herausforderungen angehen. Insbesondere müssen wir gewährleisten, dass da, wo eine europäische Antwort sinnvoll ist, diese möglichst wirksam zur Erreichung unserer gemeinsamer Ziele beiträgt. Nicht gute Absichten zählen, sondern Ergebnisse. Bei der von dieser Kommission zugesagten besseren Rechtsetzung geht es darum, die Fakten zu prüfen und sicherzustellen, dass die EU, wenn sie tätig wird, auch tatsächlich einen konkreten Mehrwert schafft. Wir müssen deshalb ständig darüber wachen und uns vergewissern, dass unsere Rechtsvorschriften und unsere Ausgabenprogramme wirksam und nach wie vor zweckmäßig sind.

In vielen Bereichen lassen sich unsere ehrgeizigen politischen Ziele – ein hohes Umweltschutzniveau, hohe Sozial- und Beschäftigungsstandards, Energiesicherheit, eine florierende Wirtschaft, von der alle profitieren, eine Migrationspolitik, die unsere gemeinsamen Werte widerspiegelt – nur durch einen gemeinsamen Ansatz auf europäischer Ebene erreichen. Dagegen werden uns Vorschriften, die veraltet oder für eine praktische Anwendung zu aufwendig oder kompliziert sind, bei der Verwirklichung unserer Ziele nicht weiterbringen.

Wenn wir überprüfen, ob unsere Vorschriften unseren ehrgeizigen Zielen in den genannten Bereichen tatsächlich gerecht werden, ist das nichts, was man fürchten muss, sondern eine Möglichkeit für Verbesserungen – eine Chance, um zu gewährleisten, dass beispielsweise die Vorschriften im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit praktikabel sind und auch durchgesetzt werden, so dass die von uns gesetzten hohen Standards tatsächlich an allen Arbeitsplätzen eingehalten werden und allen Beschäftigten in der Union zugutekommen.

Wir haben deshalb beschlossen, in das vorliegende Arbeitsprogramm auch unsere Pläne zur Überprüfung zentraler Aspekte bestehender Rechtsvorschriften aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass Letztere in der Praxis tatsächlich mit einem Mehrwert verbunden sind.<sup>7</sup> Darüber hinaus schlagen wir vor, einige längst überholte Gesetze aufzuheben.<sup>8</sup> Zur Information von Bürgern und Unternehmen haben wir ferner eine Liste der neuen EU-Vorschriften zusammengestellt, die im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten werden.<sup>9</sup>

Die Überwachung und – soweit erforderlich – praktische Durchsetzung europäischer Rechtsvorschriften ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission, der aber nicht immer die gebührende politische Beachtung geschenkt wurde. Das wollen wir jetzt ändern und verstärken die Durchsetzungsmaßnahmen in den Bereichen mit dem größten Handlungsbedarf. Dies gilt beispielsweise für unsere gemeinsamen Asylvorschriften, die ordnungsgemäß funktionieren müssen, wenn die Menschen Vertrauen in den Schengen-Raum ohne Binnengrenzen haben sollen. Die Anwendung unserer gemeinsamen europäischen

---

<sup>7</sup> Anhang II.

<sup>8</sup> Anhang V.

<sup>9</sup> Anhang VI.

Vorschriften vor Ort bedeutet, dass wir in enger Partnerschaft mit allen Akteuren auf allen Ebenen – auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene – zusammenarbeiten.

Wir sind entschlossen, zur Verwirklichung unserer Ziele alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zu mobilisieren. In Zeiten, in denen Ressourcen knapper sind denn je, müssen EU-Haushaltsmittel ergebnisorientiert verwendet werden. Bei der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens wird es um die Frage gehen, wie wir die Finanzmittel besser auf die anstehenden Prioritäten, wie etwa die interne und die externe Dimension der Flüchtlingskrise, konzentrieren können. Darüber hinaus wird die Kommission eine Strategie für einen „ergebnisorientierten EU-Haushalt“ vorschlagen, um sicherzustellen, dass die Finanzmittel künftig stärker ergebnisorientiert eingesetzt werden. Es kann mehr getan werden, um die Anwendung innovativer Finanzierungsinstrumente zu fördern, und es besteht noch erheblicher Spielraum für Vereinfachungen (insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, europäische Struktur- und Investitionsfonds und Verstärkung der Forschungsanstrengungen), für eine Leistungssteigerung und für Maßnahmen, bei denen ein wirksamer Mitteleinsatz mit einer soliden wirtschaftspolitischen Steuerung einhergeht.

In ihrem zweiten Jahr im Amt verfolgt die Kommission weiterhin ihr klar definiertes Ziel: in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigen und bessere Ergebnisse erzielen<sup>10</sup> und sich in kleinen Dingen, die kein gemeinsames Tätigwerden auf EU-Ebene erfordern, durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnen. Mit diesem Arbeitsprogramm, das in seinem Aufbau den zehn von Präsident Juncker zu Beginn unserer Amtszeit festgelegten Prioritäten folgt, bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, gemeinsam mit unseren Partnern im Europäischen Parlament und im Rat die Ergebnisse zu liefern, die die Europäerinnen und Europäer von uns erwarten. Angesichts der Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, kann es kein „Business as usual“ geben.

\*\*\*

## **1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen**

Die Geschichte zeigt, dass die Europäerinnen und Europäer hart arbeiten, Innovationen hervorbringen, Neues schaffen und ihre Ideen weltweit vermarkten können. Wir können es uns nicht leisten, eine Generation mit solchem Talent und Potenzial zu verlieren. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten deshalb weiter in ihren Anstrengungen unterstützen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Wir haben 1 Mrd. EUR an Mittelbindungen vorgezogen, um die Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zu beschleunigen und bis zu 650 000 jungen Menschen in Europa zu einer Arbeit, einer Ausbildung, einem Praktikum oder einer Weiterbildungsmaßnahme zu verhelfen. Des Weiteren haben wir an die Mitgliedstaaten gerichtete Leitlinien für eine bessere Unterstützung Langzeitarbeitsloser bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt formuliert.

---

<sup>10</sup> In diesem Kontext wird die Kommission ihre Kommunikationsaktivitäten im Jahr 2016 auf der Grundlage der im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 vorgesehenen Maßnahme für institutionelle Kommunikation (C(2015) 7346 vom 27.10.2015) an den von der Kommission definierten Prioritäten ausrichten.

Wir müssen den Europäerinnen und Europäern das Rüstzeug an die Hand geben, das sie benötigen, um sich an die Erfordernisse einer sich rasch wandelnden Welt und neu entstehender Arbeitsmärkte anzupassen. Unsere Agenda für neue Kompetenzen wird lebenslange Investitionen in Menschen fördern – von der Berufs- und Hochschulbildung bis hin zum Erwerb von digitaler Kompetenz und Hochtechnologiekompetenz sowie von Lebenskompetenzen, die für eine aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an einer sich verändernden Arbeitswelt und an sich verändernden Gesellschaften erforderlich sind. Besonderes Augenmerk wird der Work-Life-Balance erwerbstätiger Eltern und dem Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen gelten. Die Richtlinie über Frauen in Leitungsorganen von Unternehmen sollte im Jahr 2016 verabschiedet werden. Darüber hinaus wird die Kommission ihre praktischen Arbeiten zur Förderung der Geschlechtergleichstellung fortführen.

Außerdem möchten wir erreichen, dass die europäischen Unternehmen die Möglichkeiten des Binnenmarkts optimal nutzen, um zu wachsen und sich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Dafür benötigen sie eine stabile Finanzierung, ein solides Unternehmensumfeld und eine moderne Infrastruktur. Die Investitionsoffensive für Europa ist inzwischen in vollem Gange. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD) ist funktionsfähig und ermöglicht Investitionen hoher Qualität zur weiteren Stärkung der europäischen Wirtschaft, unter anderem auch Investitionen in die Forschung. Jetzt werden wir uns auf die Verbesserung des Investitionsumfelds und die Vertiefung des Binnenmarkts konzentrieren. Ziel ist es, den konkreten Nutzen des Binnenmarkts für die europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen, Hindernisse für Unternehmen abzubauen und günstige Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen.

Wir müssen jetzt damit beginnen, die künftige Nachhaltigkeit Europas zu sichern. Wir werden ein neues Konzept vorstellen, das Wirtschaftswachstum und soziale und ökologische Nachhaltigkeit über den Zeithorizont 2020 hinaus gewährleisten soll und der Überprüfung der Strategie „Europa 2020“ sowie der internen und externen Umsetzung der von den Vereinten Nationen formulierten Ziele für nachhaltige Entwicklung Rechnung trägt.

Die Optimierung unseres Ressourceneinsatzes ist von fundamentaler Bedeutung, wenn wir ein umweltfreundliches und inklusives Wachstum gewährleisten wollen. Ab nächstem Jahr werden wir einen Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft umsetzen, mit dem bezweckt wird, einen Binnenmarkt für die Wiederverwendung von Werkstoffen und Ressourcen zu schaffen und so die Abkehr von der Linearwirtschaft zu fördern. Dies wird Maßnahmen in allen Phasen des Lebenszyklus eines Produkts – von der Beschaffung bis hin zu Produktion, Verbrauch, Abfallbeseitigung, Recycling und Innovation – erfordern, damit wirtschaftlich und ökologisch effiziente Geschäftsmöglichkeiten genutzt werden können.

Eine nachhaltige Zukunft zu gestalten bedeutet auch Bedrohungen für die Umwelt zu antizipieren und abzuwenden. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten weiterhin dabei unterstützen, das Problem der Antibiotikaresistenz anzugehen, und einen Beitrag zu den weltweit in dieser Hinsicht unternommenen Anstrengungen leisten. Ferner planen wir vorbereitende Arbeiten und eingehendere Konsultationen zur Bewertung von



Gesundheitstechnologien (Health Technology Assessment – HTA) mit dem Ziel, das Funktionieren des Binnenmarkts für Gesundheitsprodukte zu verbessern. Wir werden die bereits laufenden komplexen Vorarbeiten zum Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger vor den Gefahren endokriner Disruptoren<sup>11</sup> abschließen und das Follow-up sicherstellen. Unsere Überprüfung der bestehenden Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, unter anderem zu Karzinogenen und Mutagenen, wird zur Schaffung eines effizienteren und wirksameren EU-Rahmens für den Arbeitsschutz beitragen.

## **2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt**

Eine florierende digitale Wirtschaft kann Märkte expandieren lassen und neue Beschäftigungsquellen erschließen. Wenn wir die Fragmentierung überwinden, das Angebot für die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern und neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, kann Europa hier die Führungsrolle übernehmen. Aus diesem Grund hat die Kommission im Mai 2015 die Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vorgeschlagen. Unser Ziel ist es, alle relevanten Vorschläge bis Ende 2016 vorzulegen, damit die Union noch in der Amtszeit dieser Kommission einen voll funktionsfähigen digitalen Binnenmarkt schaffen kann.

Im Dezember werden wir unsere Vorstellungen für einen moderneren, stärker europäisch ausgerichteten Ansatz im Bereich des Urheberrechts darlegen, mit dem wir der digitalen Revolution Rechnung tragen wollen. Auch werden wir Vorschläge zu den Rechten bei digitalen Verträgen präsentieren. Weitere Initiativen zum Urheberrecht, zum Geoblocking, zum freiem Datenverkehr, zur Cloud und zur Mehrwertbesteuerung im elektronischen Handel werden im Laufe des Jahres 2016 folgen.

Nach der Einigung über die Vorschläge zum vernetzten Kontinent, unter anderem über die Abschaffung der Roaming-Gebühren bis 2017, arbeiten wir jetzt an einer umfassenden Überprüfung des Rechtsrahmens für den Telekommunikationsbereich. Zusätzlich zu den jeweiligen REFIT-Überprüfungen werden wir die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die Kabel- und Satellitenrichtlinie und die Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz überarbeiten. Gemeinsam mit den beiden gesetzgebenden Organen werden wir uns bemühen, bis Ende des Jahres eine Einigung über die Datenschutzreform und die Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit zu erzielen, die zwei wesentliche Bausteine für die Schaffung von Vertrauen und Sicherheit in einem wachsenden digitalen Binnenmarkt sind.

Unser ehrgeiziges Ziel ist und bleibt es<sup>12</sup>, die nationalen Silostrukturen bei der Regulierung im Telekommunikationsbereich, bei den Rechtsvorschriften zum Urheberrecht und zum Datenschutz, beim Frequenzmanagement und bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts aufzubrechen, wobei kulturell bedingten Unterschieden in vollem Umfang Rechnung getragen

---

<sup>11</sup> Endokrine Disruptoren sind chemische Stoffe, die bei einer bestimmten Dosis in das Hormonsystem von Säugetieren eingreifen können.

<sup>12</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_de.pdf).

werden soll. Mit dem Aufbau eines vernetzten digitalen Binnenmarkts können wir während der Amtszeit dieser Kommission ein zusätzliches Wachstum im Umfang von bis zu 250 Mrd. EUR in Europa generieren, damit hunderttausende neue Arbeitsplätze, insbesondere für jüngere Arbeitsuchende, schaffen und die Entstehung einer boomenden wissensbasierten Gesellschaft befördern.

### **3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik**

In ihrer Strategie für die Energieunion hat die Kommission die wesentlichen Maßnahmen dargelegt, die erforderlich sind, um Europas Energieversorgung sicherzustellen und seine Importabhängigkeit zu verringern, die nationalen Energiemärkte zu integrieren, Energieeffizienz zur Priorität zu machen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Wirtschaft zu senken und Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Im Jahr 2016 werden wir den Großteil der im Fahrplan für die Energieunion vorgesehenen Einzelmaßnahmen vorlegen. Im Rahmen eines regelmäßigen Berichts über den Stand der Energieunion werden wir über die Fortschritte berichten und aufzeigen, was noch zu tun bleibt.

Da die EU einer der Hauptakteure bei der Pariser Klimakonferenz ist, wird die Umsetzung des Energie- und Klimapakets 2030 im nächsten Jahr eine der zentralen Prioritäten sein, damit sichergestellt werden kann, dass die Zielvorgaben ordnungsgemäß erfüllt werden. Im Jahr 2016 wird die Kommission einen Vorschlag zur Lastenteilung für nicht unter das Emissionshandelssystem (EHS) fallende Bereiche wie den Gebäudesektor, die Landwirtschaft und die Dekarbonisierung des Verkehrs vorlegen. Wir werden die Einführung diskriminierungsfreier Straßennutzungsgebühren auf der Grundlage des Verursacher- und Nutzerprinzips genauso unterstützen wie die Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums, der eine effizientere Nutzung der bestehenden Straßeninfrastruktur und eine flexiblere Nutzung der Kapazitäten von Fahrzeugflotten ermöglicht. Zur Beschleunigung der Energiewende wird die Kommission ferner Initiativen zur Neugestaltung des Energiemarktes, zur Erfüllung des Stromverbundziels von 15 % bis 2030, zur Energieversorgungssicherheit, zu erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz vorschlagen. Schließlich werden wir eine integrierte Strategie für Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich erarbeiten, um das Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial einer Wirtschaft mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erschließen.

### **4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis**

Der Binnenmarkt ist ein einzigartiger Trumpf und zugleich Europas größter Trumpf. Er macht es möglich, dass sich Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei bewegen können. Er beschert den Verbrauchern eine größere Auswahl und niedrigere Preise. Er erlaubt es den Menschen, zu leben, zu arbeiten und zu studieren, wo sie wollen. Er bietet den Angehörigen freier Berufe und den Unternehmen neue Möglichkeiten, indem er den Verwaltungsaufwand reduziert, der ihnen ohne Binnenmarkt bei der Ausübung grenzüberschreitender Tätigkeiten entstehen würde. Er bildet das Fundament für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Mit der Annahme der Binnenmarktstrategie in dieser Woche unterstreichen wir die Notwendigkeit, aufbauend auf diesen Stärken das volle Potenzial unseres Binnenmarkts freizusetzen. Dabei gilt es, eine Anpassung an sich wandelnde wirtschaftliche Bedingungen zu vollziehen und den Binnenmarkt zum Sprungbrett für unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen in die globale Wirtschaft zu machen. Jetzt werden wir den Fokus auf konkrete Maßnahmen richten: Förderung des Wachstums von Start-up-Unternehmen, Freisetzung des Potenzials neuer, aus der partizipativen Wirtschaft hervorgehender Geschäftsmodelle, Erleichterung der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen, Verbesserung des Systems unserer Standards und Gewährleistung, dass die Binnenmarktvorschriften ordnungsgemäß angewandt und in der Praxis durchgesetzt werden. Wir werden auf die Beseitigung rechtlicher und technischer Barrieren beim Zugang zum Straßenverkehrsmarkt sowie auf eine bessere Durchsetzung der Sozialvorschriften hinwirken. Eines unserer Hauptanliegen ist es, KMU und Start-ups zu Wachstum zu verhelfen, indem wir rechtliche Hindernisse aus dem Weg räumen und den Zugang zu Finanzierungen erleichtern. Wir werden zudem eine neue Initiative zu präventiven Restrukturierungsverfahren und zur Eröffnung einer zweiten Chance für Unternehmen nach einer Insolvenz vorstellen.

Die Implementierung der Kapitalmarktunion ist wesentlicher Bestandteil dieser Arbeiten, da die Schaffung eines Binnenmarkts für Kapital, Finanzierungen und Sparguthaben bei der Beseitigung von Investitionsengpässen und der Förderung des Wachstums von Unternehmen im gesamten Binnenmarkt eine zentrale Rolle spielen wird. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, dass die beiden gesetzgebenden Organe eine rasche Einigung über den Kommissionsvorschlag für Verbriefungen erzielen. Noch in diesem Jahr wird die Kommission außerdem einen Vorschlag für die Überprüfung der Prospektrichtlinie vorlegen, der darauf abzielt, kleinen Unternehmen den Börsengang und den Zugang zu Marktfinanzierungen zu erleichtern. Auch wird sie weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Errichtung von Risikokapitalfonds und zur Entwicklung einer neuen Risikokapitalkultur mit Blick auf die Schaffung neuer unternehmerischer Chancen präsentieren.

Um es den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, die Beschäftigungsmöglichkeiten im Binnenmarkt optimal zu nutzen, haben wir bereits Maßnahmen zum Ausbau des europäischen Portals zur beruflichen Mobilität (EURES) und zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsverwaltungen vorgeschlagen. Die Vorschläge zur Arbeitskräftemobilität, die wir noch in diesem Jahr vorlegen, werden Maßnahmen zur Bekämpfung von Missbrauch durch eine bessere Durchsetzung und Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vorsehen. Außerdem werden wir die Arbeitnehmerentsenderichtlinie dahingehend überarbeiten, dass unfaire Praktiken, die einem Sozialdumping und einem Braindrain Vorschub leisten, unterbunden werden, indem sichergestellt wird, dass für gleiche Arbeit am gleichen Ort der gleiche Lohn gezahlt wird.

Ferner werden wir besonderes Gewicht auf die Verbesserung des Zugangs zu bestimmten Waren und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen legen.

Im Jahr 2016 werden wir uns auch eingehender mit einzelnen ausgewählten Branchen befassen, sei es aufgrund ihres Wachstumspotenzials oder aufgrund der spezifischen

Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind. Wir werden eine Strategie präsentieren, mit der gewährleistet werden soll, dass die Vorteile der europäischen Raumfahrtprogramme wie Galileo und Copernicus der europäischen Wirtschaft und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in vollem Umfang zugutekommen. Wir werden einen Europäischen Aktionsplan ausarbeiten und umsetzen, um sicherzustellen, dass unser Verteidigungsmarkt in der Lage ist, künftigen Sicherheitserfordernissen gerecht zu werden. Wir werden das Follow-up der Strategie für den Luftverkehr gewährleisten, die noch in diesem Jahr vorgestellt wird. Und angesichts der Entwicklungen im Agrarsektor werden wir unseren Bericht über die Funktionsweise des Milchmarkts bereits im nächsten Jahr vorlegen.

Die Kommission wird einen Aktionsplan zur Mehrwertsteuer, in dem sie weitere Schritte auf dem Weg zu einer effizienten und betrugssicheren endgültigen Regelung umreißt, sowie Initiativen zu Mehrwertsteuersätzen und elektronischem Geschäftsverkehr im Kontext des digitalen Binnenmarkts präsentieren. Des Weiteren beabsichtigen wir, eine Reihe früherer MwSt.-Vorschläge zurückzuziehen, bei denen im Rat nur geringe Fortschritte erzielt wurden oder deren signifikantes Vereinfachungspotenzial in nicht hinnehmbarer Weise verwässert wurde, wie dies bei der Standard-Mehrwertsteuererklärung der Fall ist.

Ferner streben wir weitere Fortschritte in Richtung einer fairen, effizienten und wachstumsfreundlichen Unternehmensbesteuerung an, aufbauend auf dem Grundsatz, dass Unternehmen ihre Steuern in dem Land zahlen sollten, in denen die Gewinne erwirtschaftet werden. Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Transparenz des Körperschaftsteuersystems und zur Bekämpfung von Steuervermeidung vorlegen, unter anderem durch Einführung internationaler Standards mit Blick auf die Problematik der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung. Den blockierten Vorschlag für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage wollen wir zurückziehen und durch Vorschläge für einen stufenweisen Ansatz ersetzen, beginnend mit der Einigung auf eine obligatorische Bemessungsgrundlage. Auf diese Weise wird der Binnenmarkt für Unternehmen gestärkt und gleichzeitig werden Schlupflöcher geschlossen und eine faire Besteuerung aller Unternehmen gewährleistet.

## **5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion**

Die Kommission hat soeben – im Einklang mit dem Bericht der fünf Präsidenten<sup>13</sup> – zentrale Elemente der ersten Stufe des Prozesses zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorgestellt. Wir haben einen erneuerten Ansatz für das Europäische Semester und ein verbessertes Instrumentarium für die wirtschaftspolitische Steuerung vorgeschlagen. Unter anderem ist die Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit und eines Europäischen Fiskalausschusses geplant. Wir wollen den Dialog zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament verbessern, um die demokratische Rechenschaftslegung innerhalb unseres Systems der wirtschaftspolitischen Steuerung zu stärken. Ferner fordern wir eine einheitlichere Vertretung des Euro-Währungsgebiets in internationalen Organisationen (insbesondere im IWF). Bis Ende des Jahres werden wir als letzten Schritt zur Vollendung der

---

<sup>13</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report_de.pdf).

Bankenunion ein auf einem Rückversicherungsmechanismus basierendes europäisches Einlagensicherungssystem vorschlagen und Wege aufzeigen, wie sich die Risiken weiter reduzieren und im Bankensektor gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellen lassen.

Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer widerstandsfähigeren, prosperierenden WWU. In diesem Kontext wird das Europäische Semester 2016 den Fokus auch stärker auf die wirtschaftliche und haushaltspolitische Lage im Euro-Währungsgebiet als Ganzes richten, noch größeres Gewicht auf die Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz legen und Konvergenz fördern, unter anderem durch die Beseitigung von Investitionshindernissen auf nationaler Ebene.

Mit der Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte wird ein Schritt in diese Richtung unternommen. Die Kommission wird zwei komplementäre Aktionslinien verfolgen: erstens, Modernisierung der bestehenden sozialpolitischen Rechtsvorschriften und Schließung vorhandener Lücken mit dem Ziel, dem heutigen Arbeitsumfeld Rechnung zu tragen und zu gewährleisten, dass bei neuen Arbeitsmodellen ein faires Gleichgewicht in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhalten bleibt; zweitens, ausgehend von bewährten Verfahren in den Mitgliedstaaten Festlegung sozialer Benchmarks, vor allem im Rahmen des Flexicurity-Konzepts, mit dem Ziel einer Aufwärtskonvergenz – insbesondere im Euro-Währungsgebiet – in Bezug auf das Funktionieren des Arbeitsmarktes, auf Qualifikationen und auf den Sozialschutz.

Diese Arbeiten werden wir in einem verstärkten Dialog mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, den nationalen Parlamenten und den Sozialpartnern weiter voranbringen. Zur Vorbereitung des Übergangs von Stufe 1 zu Stufe 2 der Vollendung der WWU und des Weißbuchs der Kommission, das im Frühjahr 2017 vorgelegt werden soll, wird die Kommission eine umfassende EU-weite Konsultation und Debatte in Gang setzen. Dabei werden wir uns auch auf analytische Arbeiten einer hochrangigen Expertengruppe stützen, die im Sommer 2016 eingesetzt werden wird. Das Europäische Parlament wird in all diese vorbereitenden Arbeiten eng eingebunden.

## **6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten**

Der internationale Handel und internationale Investitionen sind die Haupttriebkraft für die Erholung der europäischen Wirtschaft. Die EU verfügt über optimale Möglichkeiten, um dafür zu Sorge zu tragen, dass die Chancen der Globalisierung zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürgern in transparenter und sozial- und umweltverträglicher Weise genutzt werden. Im Wege einer aktiven Handelspolitik werden wir unsere Anbindung an die neu entstehenden Zentren globalen Wachstums und unsere Teilhabe an den neuen digitalen und globalen Wertschöpfungsketten sichern. Dies wird unseren Unternehmen neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen und Arbeitsplätze hoher Qualität schaffen, ohne dass dadurch unsere europäischen Werte oder Standards in Frage gestellt werden.

Das Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen (TTIP) mit den Vereinigten Staaten bleibt eine Top-Priorität für 2016. Wir sind entschlossen, eine faire und ausgewogene Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten mit einem neuen Ansatz in Sachen Investitionsschutz auszuhandeln. Auch die Zusammenarbeit mit dem asiatisch-pazifischen Raum soll gestärkt werden, beispielsweise im Wege der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan und eines Investitionsabkommens zwischen der EU und China. Außerdem werden wir um die Genehmigung ersuchen, Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland auszuhandeln und Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den Philippinen und Indonesien zu eröffnen, sobald die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Unsere ambitionierte bilaterale Handelsagenda, die bereits 27 Verhandlungspartner abdeckt, ergänzt das multilaterale System der Welthandelsorganisation, das nach wie vor auch den Kern des EU-Ansatzes bilden wird.

Für das Jahr 2016 strebt die Kommission die vorläufige Anwendung mehrerer neuer Abkommen an, unter anderem der Abkommen mit Kanada und mit mehreren Regionen in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean. Die bereits bestehenden Abkommen, wie etwa die Abkommen mit unserer östlichen Nachbarschaft, werden wir eng überwachen. Im Lichte neuer wirtschaftlicher Gegebenheiten soll auch mit der Modernisierung einiger bestehender Abkommen, unter anderem mit Ländern wie der Türkei, Mexiko und Chile, begonnen werden.

Mit der neuen Handels- und Investitionsstrategie, die wir Anfang des Monats vorgestellt haben, wollen wir das Instrumentarium der Handelspolitik aktualisieren und stärker auf die Bereiche Dienstleistungen, digitaler Handel, Mobilität, Zugang zu natürlichen Ressourcen, Innovation und andere Beschäftigungs- und Wachstumstreiber ausrichten. Wir werden größeres Gewicht auf die Umsetzung und Durchsetzung legen, um sicherzustellen, dass die mit den Handelsabkommen geschaffenen Möglichkeiten auch zu konkreten Ergebnissen führen. Gleichzeitig werden wir unser besonderes Augenmerk auf die KMU und die Unterstützung der Arbeitskräfte bei der Anpassung an den Wandel richten. Des Weiteren werden wir unsere Arbeiten im Hinblick darauf vorantreiben, im Interesse der Betroffenen und der Bürgerinnen und Bürger für mehr Transparenz in Bezug auf die von uns geführten Handelsverhandlungen zu sorgen.

## **7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte**

Terrorismus und Radikalisierung, das organisierte Verbrechen und Cyberkriminalität bedrohen die Sicherheit der Europäerinnen und Europäer. Ihrem Wesen nach handelt es sich um transnationale Phänomene, die eine Reaktion auf EU-Ebene erfordern. Die Kommission wird sich auf die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsagenda konzentrieren. So wird sie Vorschläge vorlegen für eine Überarbeitung des Rahmenbeschlusses zum Terrorismus, um besser gegen ausländische terroristische Kämpfer vorzugehen zu können, sowie einen Vorschlag zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit bargeldlosen Zahlungsmitteln. Die Arbeiten zur grundlegenden Überarbeitung des Rechtsrahmens für die Kontrolle von Transaktionen im Bereich Feuerwaffen werden fortgesetzt. Wir werden unsere Aufmerksamkeit – unter voller Wahrung der Grundrechte – vermehrt der Entwicklung der

operativen Zusammenarbeit und des operativen Instrumentariums widmen, um so ein Fundament für das gegenseitige Vertrauen zu legen, das für eine wirksame grenzüberschreitende Strafverfolgung unverzichtbar ist.

Die Datenschutzreform (Verordnung und Richtlinie) und der Vorschlag zum Umgang mit EU-Fluggastdatensätzen sollten bis Ende des Jahres von den gesetzgebenden Organen verabschiedet werden. Die Kommission beabsichtigt, ein tragfähiges Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Weitergabe personenbezogener Daten für Strafverfolgungszwecke zu schließen, das die erforderlichen Garantien vorsieht, einschließlich des Rechts natürlicher Personen auf gerichtliche Überprüfung. Im Lichte der jüngsten Rechtsprechung werden wir auf einen neuen Rahmen hinarbeiten, der einen angemessenen Schutz der von Unternehmen in den Vereinigten Staaten gespeicherten personenbezogenen Daten gewährleistet.

Im Jahr 2016 wird es vor allem darauf ankommen, dass die gesetzgebenden Organe Fortschritte in Bezug auf die Europäische Staatsanwaltschaft und die Europol-Reform erzielen. Ferner wird die Kommission die Arbeiten fortsetzen, die darauf abstellen, für Klarheit in Bezug auf den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten zu sorgen.

Auch wird die Kommission die mit Blick auf den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention erforderlichen Arbeiten fortführen und dabei dem Gutachten des Gerichtshofs<sup>14</sup> in vollem Umfang Rechnung tragen.

## **8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik**

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise und des Migrationsdrucks an unseren Außengrenzen ist das drängendste Problem, mit dem die Union derzeit konfrontiert ist, und angesichts von Instabilität, Krieg und Armut in unserer Nachbarschaft ist davon auszugehen, dass dieses Thema auch in den kommenden Jahren weiter ganz oben auf der politischen Agenda stehen wird.

Die Europäische Migrationsagenda, die wir im Mai 2015 vorgestellt haben, sieht einen umfassenden Ansatz im Bereich der Migrationssteuerung vor, der auf den Grundsätzen der Solidarität und Verantwortung beruht. Zwei Notfallregelungen zur Umverteilung von 160 000 Menschen, die des internationalen Schutzes bedürfen, von den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten auf andere EU-Mitgliedstaaten, wurden bereits in Kraft gesetzt. Tagtäglich werden im Rahmen der gemeinsamen Frontex-Einsätze „Poseidon“ und „Triton“ Schiffbrüchige aus dem Mittelmeer gerettet. Teams zur Unterstützung der Migrationssteuerung helfen inzwischen den nationalen Behörden an den „Hotspots“ in Griechenland und Italien bei der Identifizierung, Registrierung und Bearbeitung der Fälle neu eintreffender Flüchtlinge. Die Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenenschmuggels und zur Zerschlagung von Schleusergruppen werden verstärkt. Außerdem werden Maßnahmen getroffen, um eine größere Zahl von Menschen, die nicht des internationalen Schutzes bedürfen, zurückzuführen.

---

<sup>14</sup> ABl. C 65 vom 23.2.2015, S. 2.

Die EU hat bereits 4 Mrd. EUR an humanitärer sowie an Entwicklungs-, Wirtschafts- und Stabilisierungshilfe bereitgestellt, die der syrischen Bevölkerung im eigenen Land sowie Flüchtlingen und deren Aufnahmegemeinden in den Nachbarstaaten Libanon, Jordanien, Irak, Türkei und Ägypten zugutekommt. Weitere 1,8 Mrd. EUR werden für die Einrichtung eines Nothilfe-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und von Binnenvertreibungen in Afrika eingesetzt. Von zentraler Bedeutung für eine bessere Migrationssteuerung ist eine stärkere und vertiefte Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern, einschließlich konzertierter Anstrengungen zur Unterstützung der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in Drittländern.

Die Krise hat deutlich gemacht, dass wir – über die Sofortmaßnahmen hinaus – die Art und Weise, wie wir unsere Außengrenzen schützen, und unseren europäischen Rahmen für die Asylpolitik grundlegend überdenken müssen. Bis Ende des Jahres wird die Kommission Vorschläge für einen europäischen Grenz- und Küstenschutz – aufbauend auf einer deutlichen Stärkung von Frontex – vorlegen.

Wir werden unser gemeinsames Asylsystem von Grund auf neu gestalten, um die offen zu Tage getretenen Lücken und Schwachstellen des Dublin-Systems zu beheben, und die Rolle des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen zu stärken. Ferner werden wir darauf drängen, dass der Aktionsplan für die Rückkehr rasch und vollständig umgesetzt und eine Einigung über die anhängigen Vorschläge zur Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda erzielt wird. Auch werden wir Vorschläge vorlegen für ein strukturiertes Neuansiedlungssystem, damit Schutzbedürftige sicher in die EU einreisen können, ohne ihr Leben aufs Spiel zu setzen, indem sie sich in die Hände von Schleusern begeben, sowie Vorschläge für bessere Schutzregelungen in den Nachbarregionen.

Und mit Blick auf Europas künftige demografische Erfordernisse und den künftigen Arbeitsmarktbedarf werden wir ein neues Konzept für die legale Migration, einschließlich Maßnahmen zur Optimierung der „Blue-Card“-Richtlinie, vorstellen.

## **9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne**

In einem zunehmend vernetzten, umkämpften, komplexen und durch einen dynamischen Wandel gekennzeichneten Weltmarkt gewinnen die Kohärenz der Außenmaßnahmen der EU und unsere Fähigkeit, alle verfügbaren Instrumente zu mobilisieren, um unsere Ziele zu erreichen und unsere internen Politiken zu ergänzen, immer mehr an Bedeutung. Herausforderungen wie die Migration, der Zugang zu Energie und anderen Ressourcen und der Klimawandel führen vor Augen, dass es einer wirksamen Außendimension bedarf, um bei der Verwirklichung der wichtigen Ziele der internen Politik weiter voranzukommen und es der EU zu ermöglichen, Chancen zur Verbreitung eigener Werte, wie Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit und Solidarität, zu nutzen und die europäische Geschichte und Kultur in der Welt bekanntzumachen. Die Kommission wird deshalb einen wesentlichen Beitrag leisten, um die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin bei der Ausarbeitung einer neuen globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik zu unterstützen.



Im Umgang mit akuten Krisen wie den Konflikten in Syrien, Libyen und der Ukraine wird die Kommission weiterhin internationale Akteure wie die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa proaktiv unterstützen und dabei auf die gesamte Palette der ihr zur Verfügung stehenden Politiken, Finanzierungsmöglichkeiten und sonstigen Instrumente zurückgreifen. Wir werden unser Instrumentarium zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung in Partnerländern überprüfen und weiter ausbauen und Maßnahmen vorschlagen, um den betreffenden Ländern bei der Verbesserung ihrer Governance und beim Kapazitätsaufbau im Sicherheitssektor behilflich zu sein.

Im Anschluss an die derzeit laufende öffentliche Konsultation werden wir als Nachfolgeregelung zum Cotonou-Abkommen einen neuen politischen Rahmen für die Beziehungen zu den AKP-Staaten und -Regionen vorlegen. Die Entwicklungspolitik der Kommission wird ebenso wie die neue Handels- und Investitionsstrategie darauf abzielen, die wirtschaftliche Entwicklung, den Sozialschutz, den Umweltschutz und den Schutz der Menschenrechte zu fördern, Korruption zu bekämpfen und die Steuerung der Migration zu verbessern, indem bei den Ursachen angesetzt wird.

Die Kommission wird ihre Arbeiten zur weiteren Konkretisierung der Beitrittsperspektive der Kandidatenländer fortsetzen. In diesem Kontext werden wir unsere Partnerschaft mit der Türkei stärken, unter anderem durch die Umsetzung des Aktionsplans zur Migration und durch eine Modernisierung der Zollunion. Die neue europäische Nachbarschaftspolitik wird einen stärker fokussierten, zielgenaueren Rahmen für die Unterstützung des Stabilisierungs- und Demokratisierungsprozesses in den Ländern der östlichen und südlichen Nachbarschaft vorgeben.

Ferner werden wir die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin im Hinblick auf die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu den wichtigsten Partnern der EU unterstützen. Maßgeschneiderte strategische Ansätze werden regelmäßig zu aktualisieren sein, wie dies beispielsweise bei der China-Politik der Fall ist. In Anknüpfung an den erfolgreichen Abschluss der Nuklearverhandlungen mit Iran könnte ein erneuerter Rahmen für die Beziehungen zu Iran ins Auge gefasst werden, sofern die Vereinbarung vollständig umgesetzt wird.

## **10. Eine Union des demokratischen Wandels**

Die Kommission wird sich in Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament und dem Rat darum bemühen, dass die Verhandlungen über eine neue interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung bis Ende des Jahres abgeschlossen werden können, um unsere gemeinsame Verpflichtung auf eine bessere Rechtsetzung zu stärken und so bessere Ergebnisse zu erzielen, für mehr Transparenz bei der Beschlussfassung auf europäischer Ebene zu sorgen und die drei Organe für eine künftige bessere Zusammenarbeit zu rüsten.

Im Jahr 2016 werden wir unseren Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenzregister für Interessenvertreter, die Einfluss auf die

Politikgestaltung im Europäischen Parlament, im Rat und in der Kommission nehmen wollen, vorlegen.

Im vergangenen Jahr haben wir die Beziehungen und den Dialog der Kommission mit den nationalen Parlamenten intensiviert, zum einen im Wege von Treffen und durch einen Gedankenaustausch mit parlamentarischen Ausschüssen, zum anderen durch eine erneuerte Verpflichtung zum politischen Dialog über Vorschlagsentwürfe. Wir beabsichtigen, daran anknüpfend im Jahr 2016 weitere Schritte zu unternehmen, um den nationalen Parlamenten eine starke Stimme in der europäischen Politik zu verleihen.

Schließlich werden wir unseren Bürgerdialog weiter ausbauen, der den Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit bietet, die Menschen vor Ort aufzusuchen, ihnen Gehör zu schenken und die Fragen, die ihnen am meisten am Herzen liegen, zu beantworten.

\*\*\*

Die Europäische Union ist an einem entscheidenden Punkt angekommen. Wir stehen vor nie dagewesenen Herausforderungen: der Flüchtlingskrise, Arbeitslosigkeit und einer Beschäftigungs- und Wachstumslücke, der Notwendigkeit einer Vertiefung unserer Wirtschafts- und Währungsunion, dem Klimawandel, der instabilen Lage in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft und einem fairen Deal für das Vereinigte Königreich innerhalb einer Europäischen Union, die sich auf die vier Binnenmarktfreiheiten und die Werte, die alle 28 Mitgliedstaaten teilen, verpflichtet hat.

Jetzt ist nicht die Zeit für „Business as usual“. Deshalb verpflichtet sich die Kommission mit dem vorliegenden Arbeitsprogramm zu mutigen, zielgenauen und pragmatischen Maßnahmen, die es uns ermöglichen, die genannten Herausforderungen zu meistern und im Geiste europäischer Solidarität und Verantwortung gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Wir zählen darauf, dass unsere Partner im Europäischen Parlament und im Rat mit uns an einem Strang ziehen werden, damit wir rasch die Ergebnisse liefern können, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger von der Union erwarten.



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 1

## ANHANG

*zur*

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission für 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

## Annex I: Neue Initiativen

Nr.	Titel	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
<b>Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen</b>			
1.	Europäische Agenda für neue Kompetenzen	legislativ/nicht legislativ	Die Agenda dient der Förderung der Entwicklung von Kompetenzen, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen, der Förderung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung sowie der Ausschöpfung des vollen Potenzials digitaler Arbeitsplätze.
2.	Neuer Start für erwerbstätige Eltern	legislativ/nicht legislativ	Diese Initiative umfasst eine Reihe legislativer und nicht legislativer Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.
3.	Paket zur Kreislaufwirtschaft	legislativ/nicht legislativ	Durch effizientere Ressourcennutzung über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg (Nachhaltigkeit in Verbrauch, Produktion, Abfallbeseitigung u. a.) und Innovation sollen wirtschaftliche und ökologische Belange gleichermaßen berücksichtigt und die Entwicklung neuer Märkte und Geschäftsmodelle gefördert werden. Das Paket wird einen breitangelegten Aktionsplan mit Maßnahmen zur Verfolgung der konkreten Fortschritte und einen Vorschlag zur Abfallbewirtschaftung mit langfristigen Zielsetzungen umfassen.
4.	Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020	legislativ/nicht legislativ	Die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens soll der besseren Ausrichtung der Finanzmittel auf die Prioritäten der EU dienen. Es sollen Wege gefunden werden, um den EU-Haushalt stärker an Ergebnissen zu orientieren und die geltenden Vorschriften zu vereinfachen (REFIT), so z. B. in Bezug auf den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (EFSD) und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Ferner soll die Möglichkeit einer weiteren Vereinfachung im Rahmen des Programms Horizont 2020 ausgelotet werden.
5.	Nächste Schritte für eine nachhaltige Zukunft Europas	nicht legislativ	Auf der Grundlage der Überprüfung der „Strategie Europa 2020“ und der internen und externen Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung soll im Rahmen dieser Initiative ein neues Konzept vorgestellt werden, das Wirtschaftswachstum und soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Europa über das Jahr 2020 hinaus gewährleistet.

Nr.	Titel	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
<b>Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt</b>			
6.	Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt	legislativ/nicht legislativ	Die im Mai 2015 vorgestellte Strategie für einen digitalen Binnenmarkt soll in drei Bereichen mit folgenden Maßnahmen konkretisiert werden: 1) einer Mitteilung zu Urheberrechten und einem Legislativvorschlag zur Übertragbarkeit, gefolgt von Legislativvorschlägen zu Urheberrechten und der Überprüfung der Kabel- und Satellitenrichtlinie (REFIT), Legislativvorschlägen zu Rechten bei digitalen Verträgen, Geoblocking und der Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr (REFIT) sowie der Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (REFIT), 2) der Überprüfung des Rechtsrahmens für den Telekommunikationsbereich (REFIT) und der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (REFIT) und 3) einem Legislativvorschlag zum freien Datenverkehr.
<b>Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik</b>			
7.	Paket zur Energieunion	legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf der Rahmenstrategie setzt sich das Paket wie folgt zusammen: Legislativvorschläge zur Gestaltung des Elektrizitätsmarktes und des Regelungsrahmens, einschließlich der Überprüfung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und der Überarbeitung der Verordnung über die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung; Überarbeitung der Verordnung über die Sicherheit der Gasversorgung und Überarbeitung des Beschlusses über zwischenstaatliche Energieabkommen; Entscheidung zur Lastenteilung und Einbeziehung des Sektors Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klimapolitik bis 2030; Paket über erneuerbare Energien (REFIT), einschließlich Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse, und Paket zur Energieeffizienz, einschließlich der Energieeffizienz von Gebäuden (REFIT).
<b>Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis</b>			
8.	Paket zur Mobilität von Arbeitskräften	legislativ/nicht legislativ	Diese Initiative besteht aus einer Mitteilung über die Mobilität von Arbeitskräften, einer gezielten Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern und der Überarbeitung von Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Nr.	Titel	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
9.	Follow-up zur Binnenmarktstrategie	legislativ/nicht legislativ	Die Binnenmarktstrategie soll vorangebracht werden durch Leitlinien zur Anwendung des EU-Rechts auf Geschäftsmodelle der partizipativen Wirtschaft; Maßnahmen zur Förderung des Wachstums von KMU und neugegründeten Unternehmen; Initiativen zur Regulierung von Berufen; eine Legislativinitiative mit einem neuen Konzept für den Umgang mit unternehmerischem Scheitern und Unternehmensinsolvenzen; Legislativmaßnahmen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen, zum Abbau von regulatorischen Schranken für wichtige Unternehmens- und Baudienstleistungen sowie zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnorts; Überarbeitung des Durchsetzungsrahmens der EU für Rechte des geistigen Eigentums (REFIT); Standardisierungsmaßnahmen u. a. im Dienstleistungsbereich; Vorschläge für Marktinformations-Tools und ein besseres Mitteilungsverfahren im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie sowie einen Aktionsplan zur Sensibilisierung für die Grundsätze der gegenseitigen Anerkennung im Gütersektor.
10.	Europäischer Aktionsplan im Verteidigungsbereich	legislativ/nicht legislativ	Diese Maßnahme ist auf einen rechtlichen und politischen Rahmen ausgerichtet, der bewirkt, dass der Markt, die Industrie und die Kompetenzen der Arbeitskräfte in Europa den etwaigen prioritären Leistungsanforderungen der Mitgliedstaaten im militärischen Bereich mit Blick auf künftige Sicherheitserfordernisse entsprechen können.
11.	Aktionsplan im Bereich Mehrwertsteuer	legislativ/nicht legislativ	Der Aktionsplan soll zu effizienten und betrugssicheren MwSt-Regelungen führen und Initiativen zu MwSt-Sätzen (REFIT), einen Vorschlag zur MwSt im elektronischen Geschäftsverkehr (REFIT) im Zusammenhang mit der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt und eine Mitteilung zur Festlegung der endgültigen MwSt-Regelung (REFIT) umfassen.
12.	Paket zur Körperschaftsteuer	legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf der Mitteilung „Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union – Fünf Aktionsschwerpunkte“ sind eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz der Unternehmensbesteuerung und zur Bekämpfung der Steuervermeidung vorgesehen, u. a. durch Umsetzung internationaler Standards zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) und einen abgestuften Ansatz, beginnend mit einer obligatorischen Steuerbemessungsgrundlage (REFIT); ferner soll der GKKB-Vorschlag zurückgezogen werden.

Nr.	Titel	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
13.	Eine Weltraumstrategie für Europa	nicht legislativ	Die Strategie dient der Koordinierung der verschiedenen Kategorien von EU-Maßnahmen im Weltraumbereich und umfasst auch einen Fahrplan mit konkreten Maßnahmen für gezielte sektorspezifische Anwendungen und die Weiterentwicklung der EU-Weltraumprogramme zugunsten von Wirtschaft, Behörden und der Gesellschaft insgesamt.
<b>Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion</b>			
14.	Säule sozialer Rechte	legislativ/nicht legislativ	Im Rahmen der Initiative sollen Lücken in bestehenden Rechtsvorschriften angegangen werden und gemeinsame Grundsätze und Vorgaben im Hinblick auf zunehmende Konvergenz der Leistungsfähigkeit im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz ermittelt werden.
15.	Europäisches Einlagensicherungssystem/Vollendung der Bankenunion	legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf dem Bericht der fünf Präsidenten soll der Weg zu einem europäischen Einlagensicherungssystem auf der Grundlage eines Rückversicherungsmechanismus abgesteckt werden. In einer Mitteilung sollen weitere Maßnahmen zur Vollendung der Bankenunion aufgezeigt werden.
<b>Handel: Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten</b>			
16.	Follow-up zur Handels- und Investitionsstrategie	legislativ/nicht legislativ	Vor dem Hintergrund der Strategie „Handel für alle“ für eine wirksamere und transparentere wertebasierte Handels- und Investitionspolitik wird die Kommission die TTIP-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten fortsetzen und Fortschritte auf WTO-Ebene anstreben, sich Asien gegenüber strategisch engagieren und dafür sorgen, dass Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gut umgesetzt werden.
<b>Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte</b>			
17.	Umsetzung der europäischen Sicherheitsagenda	legislativ/nicht legislativ	Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Sicherheitsagenda mit einem Vorschlag zur Änderung des Rahmenbeschlusses zum Terrorismus, verbesserten Vorschriften für Feuerwaffen und einem Vorschlag zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit bargeldlosen Zahlungsmitteln

Nr.	Titel	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
<b>Auf dem Weg zu einer neuen Migrationspolitik</b>			
18.	Bessere Steuerung der Migration	legislativ/nicht legislativ	Die Initiative hat zwei Dimensionen: 1) legale Migration: Mitteilung und weitere Legislativmaßnahmen wie die Ausweitung des „Blue-Card“-Konzepts; 2) Asyl und Flüchtlinge: Vorschlag für ein strukturiertes System für die Neuansiedlung von Flüchtlingen und Revision des Dublin-Verfahrens.
19.	Paket zum Grenzmanagement	legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf einer Stärkung von Frontex sollen Fortschritte auf dem Weg zu einem europäischen Grenz- und Küstenschutzsystem erzielt werden.
<b>Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne</b>			
20.	Nachfolgeregelung zum Cotonou-Abkommen	nicht legislativ	Die Initiative zielt auf einen neuen politischen Rahmen für die Beziehungen zu den AKP-Staaten und -Regionen ab.
21.	Aufbau von Kapazitäten im Bereich Sicherheit	legislativ/nicht legislativ	Das Paket beinhaltet eine Reform des Sicherheitssektors und ein mögliches neues Instrument für den Aufbau von Kapazitäten zur Förderung der Sicherheit und Entwicklung in Drittländern.
22.	Beitrag der Kommission zur globalen Strategie	nicht legislativ	Die Kommission wird unter der Verantwortung der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und mit Blick auf eine klarere Ausrichtung der EU-Außenpolitik aktiv zur globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik beitragen.
<b>Eine Union des demokratischen Wandels</b>			
23.	Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register	nicht legislativ	Der Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zielt auf mehr Offenheit und eine stärkere Rechenschaftspflicht ab, indem es das Transparenz-Register für alle Interessenvertreter, die Einfluss auf die Politikgestaltung in einer oder in mehreren der drei Organe nehmen wollen, verbindlich macht.





EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 2

## ANHANG

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

## Anhang II: REFIT-Initiativen<sup>1</sup>

REFIT ist das Programm der Europäischen Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, mit dem das EU-Recht vereinfacht und Regulierungskosten gesenkt werden sollen, ohne die politischen Ziele zu beeinträchtigen. REFIT trägt somit zu einem klaren, stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen bei, der Wachstum und Beschäftigung fördert.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
<b>Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen</b>			
1.	REACH	Gesetzgebungsinitiative / Evaluierung	Die Maßnahmen umfassen eine Durchführungsverordnung der Kommission zur Vereinfachung der Zulassungsverfahren im Rahmen der REACH-Verordnung, eine Durchführungsverordnung der Kommission zu Transparenz und Kostenteilung in den Foren zum Austausch von Stoffinformationen (SIEF) im Rahmen der REACH-Verordnung und die Einleitung einer bis 2017 anberaumten Evaluierung im Hinblick auf die Verpflichtung gemäß Artikel 117 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, wonach die Kommission bis zum 1. Juni 2017 über die Umsetzung der REACH-Verordnung Bericht erstatten muss.
2.	Einheitliche Eigenerklärung und Standardformulare für die Vergabe öffentlicher Aufträge	legislativ	Durchführungsverordnung der Kommission über die europäische einheitliche Eigenerklärung (die durch die neuen Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu dem Zweck eingeführt wurde, nicht bei jeder Angebotsabgabe erneut Unterlagen beibringen zu müssen). Durchführungsverordnung der Kommission zur Aktualisierung der Standardformulare für Ausschreibungen öffentlicher Aufträge.

<sup>1</sup> Der vorliegende Anhang enthält eine Liste neuer Initiativen, die 2016 umgesetzt werden sollen und nicht in Anhang I angeführt sind. Die Einträge ergänzen jene der aktuellsten Version des REFIT-Anzeigers: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/better\\_regulation/key\\_docs\\_en.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/better_regulation/key_docs_en.htm).

<sup>2</sup> Die Angaben zur Art der Initiative sind vorläufig und könnten abhängig von den Ergebnissen einer Folgenabschätzung noch Änderungen unterzogen werden. Die Initiativen „Folgendermaßen nach Evaluierung“ betreffen Fälle, in denen die REFIT-Evaluierung noch andauert und Folgemaßnahmen für 2016 geplant sind, deren Umfang und Art jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen. 2016 werden Fahrpläne und Folgenabschätzungen in der Anfangsphase veröffentlicht, um die Öffentlichkeit über die geplanten Folgemaßnahmen zu informieren und die Standpunkte von Interessenträgern einzuholen: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index_de.htm).

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
3.	Aufzugsrichtlinie 95/16/EG	Evaluierung	Die Evaluierung erstreckt sich auf den Anwendungsbereich, die wesentlichen Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen und deren Verknüpfung mit den entsprechenden Konformitätsbewertungsverfahren.
4.	Staatliche Beihilfen: Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für die Würdigung bestimmter Kategorien staatlicher Beihilfen („Mitteilung über das vereinfachte Verfahren“) (2009/C136/03)	Evaluierung	Ziel dieser Evaluierung ist eine Bestandsaufnahme der Entwicklung des Beihilferechts, der Beschlusspraxis und der Erfahrungen mit der Anwendung des vereinfachten Verfahrens. Die Evaluierung dient außerdem der Ermittlung weiterer administrativer und verfahrenstechnischer Vereinfachungen.
<b>Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik</b>			
5.	gezielte Überprüfung der delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission (ökologische Vorrangflächen)	Legislativ	Überarbeiteter delegierter Rechtsakt/Durchführungsrechtsakt im Anschluss an die Evaluierung der Kommission im Hinblick auf die Erfahrungen mit der Umsetzung der ökologischen Vorrangflächen im Sinne der delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission nach dem ersten Jahr der Anwendung. Initiative im Rahmen der Vereinfachung der GAP.
6.	EU-Naturschutzrecht	Folgebemaßnahmen nach Evaluierung	Folgebemaßnahmen nach der Eignungsprüfung der Richtlinie 2009/147/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.
7.	Verordnung über das Europäische Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister (E-PRTR)	Folgebemaßnahmen nach Evaluierung	Diese Initiative würde auf eine Evaluierung im Rahmen des REFIT-Programms der Kommission und einen Bericht über die Anwendung der E-PRTR-Verordnung im Zeitraum 2010 bis 2013 folgen.
8.	Richtlinie über die Kraftstoffqualität	Folgebemaßnahmen nach Evaluierung	Diese Initiative würde auf die Ergebnisse der REFIT-Evaluierung folgen.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
9.	Initiative zur Umweltberichterstattung	Evaluierung	Eignungsprüfung, um Möglichkeiten zur Vereinfachung und Verringerung der Berichtspflichten zu ermitteln, die sich aus den EU-Umweltvorschriften ergeben, mit dem Ziel, eine moderneres, effizienteres und wirksameres System zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften zu schaffen.
10.	Initiative zur Berichterstattung im Rahmen der Energieunion	Evaluierung	Eignungsprüfung / Evaluierung in den Bereichen Energie und Klimapolitik zur Bewertung der Kohärenz und des Verwaltungsaufwands bei den Berichtspflichten.
<b>Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis</b>			
11.	Überprüfung der Prospekttrichtlinie	legislativ	Folgemeasures im Rahmen der Kapitalmarktunion nach der REFIT-Evaluierung der Prospekttrichtlinie.
12.	Überprüfung der Verordnung über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und der Verordnung über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuFSU)	legislativ	Überprüfung der Verordnung Nr. 345/2013 über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und der Verordnung Nr. 346/2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF) im Hinblick auf eine breitere Nutzung dieser Fonds im Rahmen der Kapitalmarktunion, ohne den Anlegerschutz zu verringern. Diese spezialisierten Risikokapitalfonds sind seit 2013 zugelassen, aber nur eine geringe Zahl an EuVECA- und EuSEF-Fonds wurden bisher aufgelegt.
13.	Zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie Gemeinsamer Zolltarif (Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987) – Neufassung	legislativ	Das Ziel der Neufassung ist die Anpassung des bestehenden Rechts an den Vertrag von Lissabon. Die Kommission wird außerdem den Verwaltungsaufwand durch eine klarere und besser lesbare Verordnung senken und vereinfachen.
14.	Verbrauchssteuern auf Tabak (Richtlinie 2011/64/EU des Rates) – Überarbeitung	legislativ	Im Anschluss an die Ergebnisse der REFIT-Evaluierung der Richtlinie 2011/64/EU des Rates vom 21. Juni 2011 über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren.
15.	Hafenauffangeinrichtungen (Richtlinie 2000/59 des Rates) – Überarbeitung	legislativ	Initiative zur Anpassung der Richtlinie an die umfangreichen Änderungen des MARPOL-Übereinkommens. Die Initiative folgt auf die 2015 durchgeführte REFIT-Evaluierung der Richtlinie.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
16.	Vorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz	Folgemaßnahmen nach Evaluierung / Gesetzgebungsinitiative	Folgemaßnahmen nach der REFIT-Evaluierung der Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit und 23 damit zusammenhängender Richtlinien, um ihre Wirksamkeit und Effizienz zu erhöhen.
17.	Vorschriften im Nahrungsmittelbereich	Folgemaßnahmen nach Evaluierung	Folgemaßnahmen nach dem Eignungstest für das allgemeine Lebensmittelrecht.
18.	Folgemaßnahmen zum Bericht über die Überprüfung der Rechtsvorschriften im Finanzbereich	Folgemaßnahmen	Die Kommission möchte etwaige Widersprüchlichkeiten, Inkohärenzen und Regulierungslücken und auch unnötige regulatorische Belastungen und andere Faktoren, die sich langfristig negativ auf Investitionen und Wachstum niederschlagen, ermitteln. Im Anschluss an eine Sondierung werden die Kommissionsdienststellen bis Mitte 2016 einen Bericht über die wichtigsten Ergebnisse und das weitere Vorgehen vorlegen.
19.	Richtlinie über Finanzkonglomerate	Evaluierung	Die Richtlinie über Finanzkonglomerate (2011/89/EU zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG) zielt auf die zusätzliche Beaufsichtigung der Unternehmen eines Finanzkonglomerats, d. h. einer Gruppe mit Lizenzen sowohl im Banken- als auch im Versicherungssektor, ab. Sie konzentriert sich auf potenzielle Risiken, die sich aus der Mehrfachbelegung von Eigenkapital ergeben, und auf so genannte Gruppenrisiken (Ansteckungsrisiken, Komplexität der Verwaltung, Risikokonzentration und Interessenkonflikte). Im Rahmen der Evaluierung wird beurteilt, ob die Richtlinie zweckmäßig ist.
20.	nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben zu Lebensmitteln	Evaluierung / Gesetzgebungsinitiative	Mit dieser Evaluierung soll festgestellt werden, ob die geltenden Anforderungen an Nährwertprofile und Angaben zu in Lebensmitteln verwendeten pflanzlichen Stoffen zweckmäßig sind.
21.	Eignungsprüfung der Rechtsvorschriften über den Seeverkehr	Evaluierung	Die Eignungsprüfung wird die Rechtsvorschriften über die Verantwortlichkeiten der Flaggenstaaten, die Hafentaatkontrolle und das Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr sowie die Richtlinie über Meldeformalitäten umfassen.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
22.	Seeleute (Richtlinie 2008/106/EG und Richtlinie 2005/45/EG)	Evaluierung	Die Richtlinie 2008/106/EG legt Mindestanforderungen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten auf Schiffen der Gemeinschaft fest. Die Richtlinie 2005/45/EG regelt die gegenseitige Anerkennung von Befähigungszeugnissen der Mitgliedstaaten für Seeleute (und ändert die Richtlinie 2001/25/EG).
23.	Richtlinie 91/533/EG über schriftliche Erklärungen	Evaluierung	Richtlinie 91/533/EWG des Rates vom 14. Oktober 1991 über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen.
24.	Pestizide: Rechtsvorschriften über Höchstgehalte an Rückständen und das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln	Evaluierung	Zweck der Initiative ist die Einleitung einer Evaluierung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 sowie die Erfüllung der Verpflichtungen der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 (Artikel 82 und 62 Absatz 5) und der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 (Artikel 47), einschließlich der Erstellung von Berichten an das Europäische Parlament und den Rat.
25.	Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2009/103/EG, die EU-Bürgern dienen soll, die an einem Unfall in einem anderen EU-Land beteiligt sind. Gemäß der Richtlinie erstreckt sich der Versicherungsschutz einer Kfz-Pflichtversicherung grundsätzlich auf die gesamte EU.
<b>Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion</b>			
26.	Statistikpaket	legislativ / nicht legislativ	Das Paket umfasst die Integration von Sozialstatistiken, die Integration von Unternehmensstatistiken (FRIBS) und die Rahmenverordnung zu Agrarstatistiken.
<b>Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte</b>			
27.	Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung (Brüssel IIa)	legislativ	Diese Initiative folgt auf eine Bewertung der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung.



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 3

## ANHANG

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission für 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

### Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Initiative	Voller Titel	Referenz
<b>Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen</b>		
1.	Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	Vorschlag für eine EMPFEHLUNG DES RATES zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt
2.	EURES	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte
3.	Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsorganen	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen
<b>Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt</b>		
4.	Netz- und Informationssicherheit	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union
<b>Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik</b>		
5.	Verringerung der nationalen Emissionen	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG
<b>Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis</b>		
6.	Finanztransaktionssteuer – verstärkte Zusammenarbeit	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES über die Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer
7.	EU-Rahmen für Verbriefungen	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften über die Verbriefung, zur Schaffung eines europäischen Rahmens für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EC, 2009/138/EC, 2011/61/EU und der Verordnungen (EU) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 648/2012
8.	Hafendienste	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste und für die finanzielle Transparenz der Häfen



Initiative	Voller Titel	Referenz
<b>Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion</b>		
9. Europäische Plattform zu nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit	2014/0124/COD
<b>Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte</b>		
10. Datenschutzreform	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr	2012/0010, 0011/COD
11. Europäische Staatsanwaltschaft	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft	2013/0255/APP
12. Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI des Rates	2013/0091/COD
13. EU-Fluggastdatensätze	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Zwecken der Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität	2011/0023/COD
14. Antidiskriminierung	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung	2008/0140/CNS
<b>Auf dem Weg zu einer neuen Migrationspolitik</b>		

Initiative	Voller Titel	Referenz
15. Dauerhaftes Umsiedlungssystem	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Einrichtung eines Krisenmechanismus im Zusammenhang mit Umsiedlung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist	2015/0208/COD
16. EU-Liste sicherer Herkunftstaaten	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftstaaten für die Zwecke der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes und zur Änderung der Richtlinie 2013/32/EU	2015/0211/COD
<b>Eine Union des demokratischen Wandels</b>		
17. Genetisch veränderte Organismen (GVO)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 hinsichtlich der Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen	2015/0093/COD



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 4

## ANHANG

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission für 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

## Anhang IV: Liste der zurückzuziehenden oder zu ändernden Vorschläge

Die Kommission beabsichtigt, die folgenden Vorschläge innerhalb der nächsten sechs Monate (bis April 2016) zurückzuziehen.  
Vorschläge, die aus anderen Gründen als ihrer Hinfälligkeit zurückgezogen werden, und Änderungen sind in **Fettdruck** wiedergegeben.

Nr.	KOM/COM/ Interinstitutionelle Referenz	Titel	Begründung der Rücknahme/Änderung
<b>Wirtschaft und Finanzen, Steuern und Zollunion</b>			
1.	KOM/2007/0746	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Behandlung von Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	Der Vorschlag stammt aus dem Jahr 2007, und es zeichnet sich keine Einigung ab (kein Ratsvorsitz hat in jüngster Zeit diesbezügliche Gespräche aufgenommen).
2.	KOM/2007/0747 2007/0267/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Behandlung von Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	Der Vorschlag stammt aus dem Jahr 2007, und es zeichnet sich keine Einigung ab (kein Ratsvorsitz hat in jüngster Zeit diesbezügliche Gespräche aufgenommen).
3.	COM/2013/0721 2013/0343/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung	Die Verhandlungen haben zu einem Kompromisstext geführt, der den Kommissionsvorschlag inhaltlich völlig entleerte. Insbesondere sind die letzten Entwicklungen den im Kommissionsvorschlag dargelegten Zielen der Vereinfachung, Harmonisierung und Verringerung des Verwaltungsaufwands zuwidergelaufen.
4.	KOM/2011/0594 2011/0261/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem und zur Änderung der Richtlinie 2008/7/EG	Dieser Vorschlag wurde durch einen entsprechenden Vorschlag aus dem Jahr 2013 im Rahmen des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit ersetzt.

Nr.	KOM/COM/ Interinstitutionelle Referenz	Titel	Begründung der Rücknahme/Änderung
5.	KOM/2011/0738 2011/0334/CNS	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der Eigenmittel auf der Grundlage der Finanztransaktionssteuer	Der Europäische Rat vom Februar 2013 hat die teilnehmenden Mitgliedstaaten bei der Verabschiedung des Vorschlagspakets für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 ersucht zu prüfen, ob die Finanztransaktionssteuer die Grundlage für eine neue Eigenmittelkategorie für den EU-Haushalt werden könnte. Die hochrangige Gruppe „Eigenmittel“ wurde mit der Durchführung einer allgemeinen Überprüfung des Eigenmittelsystems betraut, wobei sie sich von den allgemeinen Zielen der Einfachheit, Transparenz, Gerechtigkeit und demokratischen Rechenschaftspflicht leiten lassen soll. Da die in Rede stehende Verordnung auf dem Kommissionsvorschlag vom Juni 2011 für einen neuen Eigenmittelbeschluss beruhte, an dem in dieser Hinsicht nicht festgehalten wurde, ist sie nicht mehr relevant, und die Kommission beabsichtigt deshalb, den Vorschlag zurückzuziehen. Jeder künftige Kommissionsvorschlag zur Bereitstellung von Eigenmitteln auf Grundlage der Finanztransaktionssteuer müsste wiederum von einer entsprechenden Verordnung begleitet werden.
6.	KOM/2011/0121 2011/0058/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES über eine Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)	Wie in der Mitteilung „Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union – Fünf Aktionsschwerpunkte“ (COM(2015) 302) angekündigt, hat die Kommission beschlossen, die Arbeit in diesem Bereich wieder aufzunehmen und dabei einen neuen, abgestuften Ansatz zu verfolgen. Gleichzeitig soll der bestehende Vorschlag zurückgezogen werden.
7.	KOM/1998/0637	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Vertretung und die Festlegung von Standpunkten der Gemeinschaft auf internationaler Ebene im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion	Der Vorschlag wurde zurückgezogen (C(2015) 8001) und am 21. Oktober 2015 durch einen neuen Vorschlag ersetzt (COM(2015) 603).
Außen- und Sicherheitspolitik			

Nr.	KOM/COM/ Interinstitutionelle Referenz	Titel	Begründung der Rücknahme/Änderung
8.	KOM/2007/0141 2007/0049/APP	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES UND DER KOMMISSION über den Abschluss des Protokolls zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Turkmenistan andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union	Hinfällig. Dieses Protokoll sollte dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens Rechnung tragen, wurde jedoch nie fertiggestellt. Später wurde beschlossen, einen Beschlussvorschlag vorzulegen, der alle EU-Beiträge seit 2004 berücksichtigt.
9.	KOM/2007/0144	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Turkmenistan andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union	Hinfällig. Dieses Protokoll sollte dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens Rechnung tragen, wurde jedoch nie fertiggestellt. Später wurde beschlossen, einen Beschlussvorschlag vorzulegen, der alle EU-Beiträge seit 2004 berücksichtigt.
10.	KOM/2004/808	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Syrien andererseits im Namen der Europäischen Gemeinschaft	Dieses Abkommen wird nicht mehr fertiggestellt, und die Rechtstexte von 2004 und 2008 sind in der Zwischenzeit hinfällig geworden.
11.	KOM/2008/853	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Syrien andererseits im Namen der Europäischen Gemeinschaft	Dieses Abkommen wird nicht mehr fertiggestellt, und die Rechtstexte von 2004 und 2008 sind in der Zwischenzeit hinfällig geworden.
<b>Handel</b>			
12.	KOM/2008/0522 2008/0169/APP	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zum Abschluss des Abkommens zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Partnerstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft andererseits	Dieses Abkommen wird nicht mehr fertiggestellt, da es aufgrund eines umfassenderen Abkommens überholt ist, das nach 2007 ausgehandelt und 2014 paraphiert wurde.

Nr.	KOM/COM/ Interinstitutionelle Referenz	Titel	Begründung der Rücknahme/Änderung
13.	KOM/2008/0565 2008/0177/APP	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits	Dieses Abkommen wird nicht mehr fertiggestellt, da es aufgrund eines umfassenderen Abkommens überholt ist, das nach 2007 ausgehandelt und 2014 paraphiert wurde.
14.	COM/2012/0593 2012/0287/NLE	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Standpunkt der Europäischen Union bezüglich der Aufstellung einer Schlichterliste im Kooperationsausschuss, der mit dem Abkommen vom 24. Juni 1994 über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits eingesetzt wurde	Hinfällig. Russland hat am 13. Dezember 2012 offiziell abgelehnt, die Schlichterliste aufzustellen, die für die Umsetzung des Streitbeilegungssystems im Rahmen des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit erforderlich ist. Die EU kann auf die allgemeinen Bestimmungen der WTO zurückgreifen.
<b>Verkehr</b>			
15.	COM/2014/0083 2014/0042/NLE	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation auf der 66. Sitzung des Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt zu den Änderungen der MARPOL-Anlage VI bezüglich der Verzögerung der Anwendung der Stufe III der NOx-Emissionsnormen zu vertreten ist	Obwohl die Kommission weiterhin den in diesem Beschlussvorschlag dargelegten Standpunkt vertritt, ist der Vorschlag hinfällig, da die 66. Sitzung des Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt bereits stattgefunden hat (31. März – 4. April 2014).
16.	COM/2013/484 2013/0226/COD	<b>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1365/2006 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen hinsichtlich der Übertragung von delegierten Befugnissen und Durchführungsbefugnissen an die Kommission zum Erlass bestimmter Maßnahmen</b>	<b>Falls innerhalb der nächsten sechs Monate keine Einigung erzielt wird, sollte der Vorschlag zurückgezogen werden.</b>
17.	COM/2013/0611 2013/0297/COD	<b>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 91/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs im Hinblick auf die Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle</b>	<b>Falls innerhalb der nächsten sechs Monate keine Einigung erzielt wird, sollte der Vorschlag zurückgezogen werden.</b>

Nr.	KOM/COM/ Interinstitutionelle Referenz	Titel	Begründung der Rücknahme/Änderung
Migration, Inneres und Bürgerschaft			
18.	COM/2013/0095 2013/0057/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein Einreise-/Ausreisensystem (EES) zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Paket „Intelligente Grenzen“)	Die Kommission hat in ihrer Mitteilung „Die europäische Migrationsagenda“ (COM(2015) 240) angekündigt, im Jahr 2016 einen geänderten Vorschlag vorlegen zu wollen.
19.	COM/2013/0097 2013/0059/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein Registrierungsprogramm für Reisende (Paket „Intelligente Grenzen“)	Die Kommission hat in ihrer Mitteilung „Die europäische Migrationsagenda“ (COM(2015) 240) angekündigt, im Jahr 2016 einen geänderten Vorschlag vorlegen zu wollen.
20.	COM/2013/0096 2013/0060/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 in Bezug auf die Nutzung des Einreise-/Ausreisensystems (EES) und des Programms für registrierte Reisende (RTP) (Paket „Intelligente Grenzen“)	Die Kommission hat in ihrer Mitteilung „Die europäische Migrationsagenda“ (COM(2015) 240) angekündigt, im Jahr 2016 einen geänderten Vorschlag vorlegen zu wollen.





EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 5

**ANHANG**

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

## Anhang V: Geplante Aufhebungen

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
1.	Landwirtschaft	Horizontale Maßnahme, mit der festgestellt wird, dass eine Reihe von Rechtsakten betreffend die Gemeinsame Agrarpolitik veraltet sind	Ziel dieser Maßnahme ist es, förmlich zu erklären, dass Rechtsakte, die keine Wirkung mehr haben, veraltet sind, auch wenn sie wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht aufgehoben werden können.
2.	Umwelt	Richtlinie 91/692/EWG des Rates vom 23. Dezember 1991 zur Vereinheitlichung und zweckmäßigen Gestaltung der Berichte über die Durchführung bestimmter Umweltschutzrichtlinien	2016 wird die Kommission eine Mitteilung zu Gestaltung und Umfang der Eignungsprüfung der Überwachungs- und Berichtspflichten in der Umweltpolitik vorlegen, in dem auch Sofortmaßnahmen wie der Stand der Richtlinie zur Berichtsvereinheitlichung und der einschlägigen Fragebögen dokumentiert werden. Dazu zählt auch ein möglicher Aufhebungsvorschlag.
3.	Umwelt	Fragebögen zu den Wasserrichtlinien (Entscheidung 95/337/EG)	Die Entscheidung fußt auf der Richtlinie zur Berichtsvereinheitlichung, die möglicherweise 2016 aufgehoben wird. 2016 wird die Kommission eine Mitteilung zu Gestaltung und Umfang der Eignungsprüfung der Überwachungs- und Berichtspflichten in der Umweltpolitik vorlegen, in dem auch Sofortmaßnahmen wie der Stand der Richtlinie zur Berichtsvereinheitlichung und der einschlägigen Fragebögen dokumentiert werden. Dazu zählt auch ein möglicher Aufhebungsvorschlag.

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
4.	Inneres	Entscheidung der Kommission (EG) Nr. 2008/602 vom 17. Juni 2008 über den physischen Aufbau und die Anforderungen für die nationalen Schnittstellen und die Infrastruktur für die Kommunikation zwischen dem zentralen Visa-Informationssystem (VIS) und den nationalen Schnittstellen in der Entwicklungsphase (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2008) 2693) (ABl. L 194, 23.7.2008, S. 3).	Obsolet. Das Visa-Informationssystem ist seit 2011 im Einsatz.
5.	Inneres	Entscheidung der Kommission (EG) Nr. 2006/752 vom 3. November 2006 zur Bestimmung der Standorte für das Visa-Informationssystem während der Entwicklungsphase (ABl. L 305, 4.11.2006, S. 13)	Obsolet. Das Visa-Informationssystem ist seit 2011 im Einsatz.
6.	Inneres	Verordnung (EG) Nr. 189/2008 des Rates vom 18. Februar 2008 über die Prüfung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 57, 1.3.2008, S. 1);	Die Verordnung bezog sich auf die Prüfung des SIS-II-Zentralsystems vor seiner Inbetriebnahme. Ihre Bestimmungen sind für Prüfungen bei laufendem Betrieb nicht relevant.
7.	Inneres	Beschluss des Rates (2008/173/EG) vom 18. Februar 2008 über die Prüfung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 57, 1.3.2008, S. 14); Berichtigung im ABl. L 24 vom 28.1.2009, S. 24)	Der Beschluss bezog sich auf die Prüfung des SIS-II-Zentralsystems vor seiner Inbetriebnahme. Seine Bestimmungen sind für Prüfungen bei laufendem Betrieb nicht relevant.

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
8.	Inneres	Verordnung (EG) Nr. 1295/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 über die Maßnahmen zur Erleichterung der Verfahren zur Beantragung und Erteilung von Visa für die Mitglieder der olympischen Familie, die an den Olympischen oder Paralympischen Spielen 2004 in Athen teilnehmen	Obsolet, da ihre Anwendung auf die Olympischen Spiele in Athen befristet war.
9.	Inneres	Verordnung (EG) Nr. 2046/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2005 über die Maßnahmen zur Erleichterung der Verfahren zur Beantragung und Erteilung von Visa für die Mitglieder der olympischen Familie, die an den Olympischen und/oder Paralympischen Winterspielen 2006 in Turin teilnehmen	Obsolet, da ihre Anwendung auf die Olympischen Spiele in Turin befristet war.
10.	Inneres	Schengen-Besitzstand - Beschluss des Exekutivausschusses vom 7. Oktober 1997 bezüglich des Anteils Norwegens und Islands an den Kosten für die Errichtung und den Betrieb des C.SIS (SCH/Com-ex (97) 18)	Die Beiträge der assoziierten Länder zum SIS-II_Zentralsystem und zu eu-LISA fußen auf den Assoziierungsabkommen und der Verordnung zur Einrichtung von eu-LISA.
11.	Inneres	Schengen-Besitzstand - Beschluss des Exekutivausschusses vom 7. Oktober 1997 bezüglich der Entwicklung des SIS (SCH/Com-ex (97) 24)	Obsolet, da SIS-II am 9. April 2013 in Betrieb genommen wurde.
12.	Inneres	Schengen-Besitzstand - Beschluss des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Weitergabe des Gemeinsamen Handbuchs an EU-Beitrittskandidaten (SCH/Com-ex (98) 35 Rev. 2)	Obsolet, da das (vertrauliche) Gemeinsame Handbuch bei Erlass des Schengener Grenzkodexes (der als Verordnung im Amtsblatt veröffentlicht wurde) abgeschafft wurde.

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
13.	Inneres	Schengen-Besitzstand - Beschluss des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der der Errichtung eines Ad-hoc-Ausschusses Griechenland (SCH/Com-ex (98) 43 Rev.)	Obsolet, seit Griechenland dem Schengen-Raum beigetreten ist.
14.	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Verordnung (EU) Nr. 1242/2012 des Rates vom 18. Dezember 2012 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der Produktionspreise der Union für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2013 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000	Die Verordnung enthält keine Verfallsklausel, ist aber de facto nicht länger in Kraft, da sie sich auf einen abgelaufenen Zeitraum erstreckte.
15.	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Verordnung (EG) Nr. 645/2008 des Rates vom 8. Juli 2008 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für die Einfuhr bestimmter Fischereierzeugnisse auf die Kanarischen Inseln	Die Verordnung enthält keine Verfallsklausel, ist aber de facto nicht länger in Kraft, da sie sich auf einen abgelaufenen Zeitraum erstreckte. Sie wurde ersetzt durch Verordnung (EU) Nr. 1412/2013 des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Unionszollkontingente für die Einfuhr bestimmter Fischereierzeugnisse auf die Kanarischen Inseln im Zeitraum 2014 bis 2020.
16.	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Verordnung (EU) Nr. 1388/2011 des Rates vom Freitag, 16. Dezember 2011 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der Produktionspreise der Union für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2012 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000	Die Verordnung enthält keine Verfallsklausel, ist aber de facto nicht länger in Kraft, da sie sich auf einen abgelaufenen Zeitraum erstreckte.
17.	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Verordnung (EWG) Nr. 110/76 des Rates vom 19. Januar 1976 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Fischereierzeugnissen und über die Kriterien für die Festsetzung der Erstattungsbeträge	Die Verordnung enthält keine Verfallsklausel, ist aber de facto nicht länger in Kraft, da sie sich auf einen abgelaufenen Zeitraum erstreckte.

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
18.	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Verordnung (EG) Nr. 1299/2008 des Rates vom 9. Dezember 2008 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der gemeinschaftlichen Produktionspreise für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2009 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000	Die Verordnung enthält keine Verfallsklausel, ist aber de facto nicht länger in Kraft, da sie sich auf einen abgelaufenen Zeitraum erstreckte.
19.	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Verordnung (EG) Nr. 2326/2003 des Rates vom 19. Dezember 2003 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der gemeinschaftlichen Produktionspreise für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2004 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000	Die Verordnung enthält keine Verfallsklausel, ist aber de facto nicht länger in Kraft, da sie sich auf einen abgelaufenen Zeitraum erstreckte.
20.	Statistik	Verordnung (EG) Nr. 48/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 über die Erstellung der jährlichen Statistiken der Gemeinschaft über die Stahlindustrie für die Berichtsjahre 2003-2009	Obsolet, da die einschlägigen Daten nicht länger erhoben werden. Die Aufhebung der Verordnung über die Stahlindustrie-Statistiken wird Teil des für das 4. Quartal 2016 geplanten Vorschlags für eine Verordnung über Unternehmensstatistiken sein.
21.	Verkehr	Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates vom 27. April 1989 über die Strukturbereinigung in der Binnenschifffahrt	Diese Ratsverordnung lief am 28. April 1999 aus (siehe Erwägungsgrund N1 der Verordnung (EG) Nr. 718/1999 des Rates).
22.	Verkehr	Verordnung (EG) Nr. 2812/94 der Kommission vom 18. November 1994 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates betreffend die Bedingungen für die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten in der Binnenschifffahrt	Da es sich um eine Änderungsverordnung zur ausgelaufenen Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 handelt, ist sie ebenfalls obsolet.

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
23.	Verkehr	Verordnung (EG) Nr. 685/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über die Verteilung der im Rahmen der Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Bulgarien sowie zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Ungarn zur Regelung der Güterbeförderung auf der Straße und zur Förderung des kombinierten Verkehrs erhaltenen Lizenzen an die Mitgliedstaaten	Da beide Länder inzwischen Mitgliedstaaten der EU sind (und daher keine Genehmigungsregelung zur Güterbeförderung mehr auf sie anwendbar ist), ist die Verordnung nicht länger erforderlich.
24.	Verkehr	Verordnung (EWG) Nr. 2158/93 der Kommission vom 28. Juli 1993 zur Anwendung von Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See sowie des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe für die Zwecke der Verordnung (EWG) Nr. 613/91	Diese Kommissionsverordnung ist nicht länger anwendbar, weil die Verordnung, auf die sie sich bezieht (Verordnung Nr. 613/1991) mit Verordnung (EG) Nr. 789/2004 zur Umregistrierung von Fracht- und Fahrgastschiffen aufgehoben wurde.
25.	Verkehr	Verordnung (EG) Nr. 3298/94 vom 21. Dezember 1994 über verfahrenstechnische Einzelheiten im Zusammenhang mit dem System von Transitrechten (Ökopunkten) für Lastkraftwagen im Transit durch Österreich.	Das System der Ökopunkte, das die Umweltfolgen des Schwerlastverkehrs mildern sollte, wurde am 1. Januar 2004 durch die Lkw-Maut ersetzt wird von Österreich nicht länger praktiziert. Damit wurde auch die Rechtsgrundlage für seine Anwendung obsolet und kann aufgehoben werden.
26.	Verkehr	Verordnung (EG) Nr. 2888/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 über die Verteilung von Genehmigungen für Lastkraftwagen, die in der Schweiz fahren	Diese Verordnung über Genehmigungen zur Verteilung der von der Schweiz erhaltenen Quoten auf die Mitgliedstaaten wird nicht länger angewandt. Der Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt wird inzwischen im Abkommen zwischen der EU und der Schweiz geregelt.

Nr.	Politikbereich	Titel	Begründung
27.	Verkehr	Verordnung (EG) Nr. 103/2007 der Kommission vom 2. Februar 2007 zur Verlängerung der in Artikel 53 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1592/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeit	Die Übergangszeit endete am 31. Dezember 2007; die Verordnung ist daher obsolet.
28.	Steuern	Verordnung (EG) Nr. 2579/98 der Kommission vom 30. November 1998 zur Festlegung der Liste der Textilwaren, bei deren Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr in der Gemeinschaft kein Ursprungsnachweis verlangt wird	Bei dieser Kommissionsverordnung handelt es sich um einen Durchführungsrechtsakt zu Ratsverordnung (EG) Nr. 1541/98, die ihrerseits 2011 aufgehoben wurde.





EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 6

## ANHANG

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

## Anhang VI: 2016 in Kraft tretende Rechtsvorschriften

Weitere Angaben zu delegierten und Durchführungsrechtsakten, die 2016 in Kraft treten, sind abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm)

Ein Stern (\*) neben dem Datum des Inkrafttretens bedeutet, dass andere Teile des betreffenden Rechtsakts zu einem anderen Termin in Kraft treten können.

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
1.	Richtlinie 2014/48/EU des Rates vom 24. März 2014 zur Änderung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen	Steuern	1. Januar 2016
2.	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)	Finanzdienstleistungen	1. Januar 2016*
3.	Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation	Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	1. Januar 2016
4.	Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010	Finanzstabilität	1. Januar 2016*
5.	Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	1. Januar 2016*
6.	Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen	Binnenmarkt	1. Januar 2016*
7.	Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen	Binnenmarkt	1. Januar 2016*

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
8.	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012	Finanzdienstleistungen	1. Januar 2016*
9.	Verordnung (EU) Nr. 660/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen	Umwelt	1. Januar 2016*
10.	Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen	Institutionelle Angelegenheiten	1. Januar 2016*
11.	Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	4. Januar 2016*
12.	Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten)	Verbraucher	9. Januar 2016*
13.	Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG	Binnenmarkt	18. Januar 2016
14.	Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“).	Binnenmarkt	18. Januar 2016
15.	Richtlinie 2014/64/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Richtlinie 64/432/EWG des Rates hinsichtlich der elektronischen Datenbanken, die Teil der Überwachungsnetze in den Mitgliedstaaten sind.	Lebensmittelsicherheit	18. Januar 2016
16.	Richtlinie (EU) 2015/254 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2015 zur Aufhebung der Richtlinie 93/5/EWG des Rates über die Unterstützung der Kommission und die Mitwirkung der Mitgliedstaaten bei der wissenschaftlichen Prüfung von Lebensmittelfragen	Lebensmittelsicherheit	29. Februar 2016

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
17.	Beschluss (EU) 2015/137 des Rates vom 26. Januar 2015 zur Verlängerung der Amtszeit des Vizepräsidenten des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) und zweiter Vorsitzender der Beschwerdekammern des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)	Binnenmarkt	1. März 2016*
18.	Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Fahrtenstreifen im Straßenverkehr, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr	Verkehr	2. März 2016*
19.	Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Änderung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen	Finanzdienstleistungen	18. März 2016
20.	Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010	Finanzdienstleistungen	21. März 2016
21.	Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt	Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	10. April 2016
22.	Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe	Binnenmarkt	18. April 2016
23.	Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG des Rates	Binnenmarkt	18. April 2016
24.	Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG	Binnenmarkt	18. April 2016
25.	Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge	Binnenmarkt	19. April 2016

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
26.	Richtlinie 2014/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (Neufassung)	Binnenmarkt	20. April 2016
27.	Richtlinie 2014/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung einfacher Druckbehälter auf dem Markt	Binnenmarkt	20. April 2016
28.	Richtlinie 2014/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (Neufassung)	Binnenmarkt	20. April 2016
29.	Richtlinie 2014/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Bereitstellung nichtselbsttätiger Waagen auf dem Markt	Binnenmarkt	20. April 2016
30.	Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (Neufassung)	Binnenmarkt	20. April 2016
31.	Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (Neufassung)	Binnenmarkt	20. April 2016
32.	Richtlinie 2014/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung elektrischer Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen auf dem Markt	Binnenmarkt	20. April 2016
33.	Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union	Steuern	1. Mai 2016*
34.	Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/37/EG	Gesundheit	20. Mai 2016
35.	Richtlinie 2014/54/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen	Beschäftigung	21. Mai 2016

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
36.	Richtlinie 2014/62/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zum strafrechtlichen Schutz des Euro und anderer Währungen gegen Geldfälschung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2000/383/JI des Rates	Betrugsbekämpfung	23. Mai 2016
37.	Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankengebühren für kartengebundene Zahlungsvorgänge	Finanzdienstleistungen	9. Juni 2016*
38.	Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG	Binnenmarkt	13. Juni 2016
39.	Verordnung (EU) Nr. 598/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2002/30/EG	Umwelt	13. Juni 2016
40.	Richtlinie 2014/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen	Binnenmarkt	17. Juni 2016
41.	Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission	Binnenmarkt	17. Juni 2016*
42.	Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“)	Beschäftigung	18. Juni 2016
43.	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren	Justiz	26. Juni 2016*
44.	Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Änderung der Richtlinien 91/271/EWG und 1999/74/EG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2006/7/EG, 2006/25/EG und 2011/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates aufgrund der Änderung des Status von Mayotte gegenüber der Europäischen Union	Regionalpolitik	30. Juni 2016*
45.	Richtlinie 2013/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/40/EG	Beschäftigung	1. Juli 2016

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
46.	Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen und von Austauschschalldämpferanlagen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 70/157/EWG	Binnenmarkt	1. Juli 2016*
47.	Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG	Binnenmarkt	1. Juli 2016*
48.	Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation	Binnenmarkt	3. Juli 2016
49.	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU	Finanzdienstleistungen	3. Juli 2016
50.	Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission	Binnenmarkt	3. Juli 2016*
51.	Verordnung (EU) Nr. 655/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen	Justiz	18. Juli 2016 (nur Art. 50, die übrigen Teile der Verordnung treten am 18. Januar 2016 in Kraft)
52.	Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt	Binnenmarkt	19. Juli 2016*
53.	Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 92/52/EWG des Rates, der Richtlinien 96/8/EG, 1999/21/EG, 2006/125/EG und 2006/141/EG der Kommission, der Richtlinie 2009/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 41/2009 und (EG) Nr. 953/2009 des Rates und der Kommission	Lebensmittelsicherheit	20. Juli 2016*

Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
54.	Richtlinie 2014/89/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumplanung.	Maritime Angelegenheiten	18. September 2016
55.	Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates	Verkehr	18. September 2016
56.	Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen	Finanzdienstleistungen	18. September 2016
57.	Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer	Inneres	30. September 2016
58.	Beschluss (GASP) 2015/1763 des Rates vom 1. Oktober 2015 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Burundi	Auswärtige Angelegenheiten	3. Oktober 2016
59.	Richtlinie 2014/42/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union	Justiz	4. Oktober 2016
60.	Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe	Energie	18. November 2016
61.	Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG betreffend die Verringerung des Verbrauchs von leichten Kunststofftragetaschen	Umwelt	27. November 2016
62.	Richtlinie 2013/48/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs	Justiz	27. November 2016
63.	Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers	Inneres	29. November 2016



Nr.	Bezeichnung	Politikbereich	Datum des Inkrafttretens
64.	Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen	Binnenmarkt	6. Dezember 2016
65.	Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission	Verbraucher	13. Dezember 2016*
66.	Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union	Wettbewerb	27. Dezember 2016
67.	Richtlinie 2014/112/EU des Rates vom 19. Dezember 2014 zur Durchführung der von der Europäischen Binnenschiffahrts Union (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschiffahrt	Beschäftigung	31. Dezember 2016
68.	Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP)	Finanzdienstleistungen	31. Dezember 2016*



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

One year ago, this Commission made a new start. Based on the Political Guidelines<sup>1</sup>, we defined the priorities of the Commission and committed to focus on the big things where citizens expect Europe to make a difference. We decided we would change the way we work, and be open and accountable for our actions. And we invited the European Parliament and the Council to work together with us to deliver this change, because delivering results together on the things that really matter is the only way to regain Europeans' trust that our Union is there to serve them.

Citizens will judge the EU by its ability to deliver on the major challenges facing our societies today. The jobs, growth, and investment gap. Refugees fleeing instability and war to seek safe haven. Climate change and the pressure on natural resources. Inequality, intolerance and a sense of insecurity in some parts of our communities. The reality of global interdependence and our lack of self-confidence in Europe's place in an emerging new world order.

The ten priorities set out in the Agenda for Jobs, Growth, Fairness and Democratic Change – which is both the Juncker Commission's mission statement and the basis on which we were elected – address these challenges. The defining events of the last year – from the slower than expected recovery of our economies and the need to restore stability to the Greek economy, to the migratory pressure on our external borders and the insecurity in our neighbourhood which is fuelling it, to the terrorist attacks on Charlie Hebdo and elsewhere on European soil – have only strengthened our resolve to maintain the focus on these priorities, to do different things and to do things differently.

### **Doing different things**

Last year we said we would do different things and concentrate on the big things. Since then we have set out our vision and the concrete measures that need to be taken in the Investment Plan, the Digital Single Market, the Energy Union, the European Agenda on Security, the European Agenda on Migration, the Capital Markets Union, the Action Plan for Fair and Efficient Corporate Taxation, the new Trade Strategy and our most recent proposals to deepen and strengthen our Economic and Monetary Union. This week we present our Single Market Strategy for goods and services<sup>2</sup>, and we will complete the picture with our plans for a sustainable circular economy, labour mobility and better management of our external borders before the end of the year. All these actions are underpinned by the Commission's new Better Regulation Agenda.

Following a continuous dialogue with the European Parliament and the Council launched by the President's State of the Union address of 9 September<sup>3</sup>, this Work Programme sets out the

---

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_en.pdf)

<sup>2</sup> COM (2015) 550, 28.10.2015.

<sup>3</sup> <http://ec.europa.eu/priorities/soteu>.

See also the Letter of Intent signed by the President and the First Vice-President and addressed to the Presidents of the European Parliament and of the Council. On this basis, meetings took place between the President and the Coreper on 10 September, the First Vice-President discussed with the General Affairs Council on 13 October, the Commission met with the Conference of Committee Chairs on 6 October and the President and the First - Vice-President met with the Conference of Presidents on 20 October.

key initiatives we will take in the next twelve months to deliver on these commitments<sup>4</sup>. Not everything can be done in one year but what we are committing to represents a substantive legislative agenda, and a framework for further actions that will be included in future work programmes, for which preparatory work, including evaluation, consultations and impact assessments, will start in 2016.

We have given priority to the legislative changes which – if agreed quickly – can have a direct impact on jobs and growth, on our environment and social well-being, on our security and the way we engage with an interconnected world.

The directly elected European Parliament and the Council of ministers of each national government, which are the EU's co-legislators, have agreed with unprecedented speed the Commission's proposals for the European Fund for Strategic Investments (EFSI), for amending the EU budget for 2015 in order to strengthen financial support in the context of the refugee crisis, for a €35 billion package for jobs and growth in Greece and for the emergency decisions for relocation within the EU of refugees in need of international protection. This joint effort to deliver rapidly where decisions are quickly and most needed should no longer be the exception but must become the norm.

So before designing this Work Programme the Commission has engaged in intensive and constructive discussions with our institutional partners to build a common understanding of where the focus should be. The best proposals will change nothing if they lie on the negotiating table for years without agreement. That is also why we have identified some existing proposals which merit speedy adoption by the co-legislators<sup>5</sup>, and why we intend to withdraw a number of earlier Commission proposals which are no longer relevant, have been blocked or no longer meet the necessary level of ambition, in order to free up space to focus on the priority proposals which do have a good chance of being agreed<sup>6</sup>.

### **Doing things differently**

New challenges require new and ambitious responses, but we must remain just as ambitious in meeting ongoing challenges and, above all, check that where a European response is merited, this is as effective as possible in delivering our common goals. Results are what matter, not good intentions. This Commission's commitment to better regulation is about looking at the evidence and making sure that when the EU intervenes it does so in a way that actually will make a positive difference on the ground. So we need to be constantly attentive to make sure our legislation and spending programmes perform effectively and remain fit for purpose.

In many areas a common approach at European level is needed if we are to achieve our ambitious policy goals – a high level of environmental protection, high social and employment standards, energy security, a thriving economy that benefits all, a migration policy that reflects our common values. But rules which are outdated or are too heavy or too complex to be applied in practice will not achieve their objectives.

---

<sup>4</sup> Annex I.

<sup>5</sup> Annex III.

<sup>6</sup> Annex IV.

Checking that our rules actually deliver on our ambitions in these areas is not something to be feared but an opportunity to improve them – a chance to make sure that in areas such as health and safety legislation the rules are workable and will be enforced, so the high standards we have set are actually applied in workplaces everywhere, to the benefit of workers across the Union.

That is why we have decided to include in this Work Programme our plans to review key areas of existing legislation and to make sure they are fit to make a real difference on the ground<sup>7</sup>. And we are proposing to repeal some laws that are no longer relevant<sup>8</sup>. In the same spirit we are highlighting for the information of citizens and businesses the new EU legislation that will apply for the first time in the course of next year<sup>9</sup>.

Monitoring and where necessary enforcing the application of European legislation is one of the Commission's most important responsibilities, but has not always had the political attention it merits. We are changing that and stepping up enforcement activities in the areas which matter most, for example our common rules on asylum which must work properly if there is to be confidence in the Schengen area without internal borders. Applying our common European rules on the ground means working in close partnership with actors at all levels – national, regional and local.

We are determined to leverage all the tools at our disposal to deliver on our objectives. At a time when resources are under more demand than ever, the EU budget must be geared to results. The mid-term review of the Multi-annual Financial Framework will look at how better to target funding on the priorities we face, such as the internal and external dimensions of the refugee crisis. Furthermore the Commission will propose a strategy on 'An EU budget focused on results' to ensure that future financing has a stronger focus on achieving results. More can be done to facilitate the use of innovative financial instruments, and there is considerable scope for simplification (in particular in agriculture, the European Structural and Investment Funds and further efforts on research), performance-enhancement and measures linking effectiveness of funds to sound economic governance.

In this second year of our mandate this Commission's focus remains clear: being big on the big things, and better in how we deliver them<sup>10</sup>; and remaining small and modest on small things which do not require common EU action. With this Work Programme, structured around the ten priorities set out by President Juncker at the start of our mandate, we reaffirm our commitment to work with our partners in the European Parliament and the Council to deliver the results Europeans expect. Given the challenges Europe faces today, this is no time for business as usual.

\*\*\*

---

<sup>7</sup> Annex II.

<sup>8</sup> Annex V.

<sup>9</sup> Annex VI.

<sup>10</sup> In this context, the Commission will focus its communication work in 2016 on the priorities of the Commission, on the basis of the corporate communication action in 2016 under the Multiannual Financial Framework 2014-2020 (C(2015) 7346 of 27.10.2015).

## **1. A New Boost for Jobs, Growth and Investment**

History has shown that Europeans have an inherent capacity to work hard, innovate, to create and to sell their ideas to the world. We cannot afford to lose a generation of this talent and potential. The Commission will continue helping Member States in their efforts to get people back to work. We have frontloaded €1 billion to speed up the implementation of the Youth Employment Initiative to help up to 650,000 young people find jobs, apprenticeships, traineeships or continued education across Europe. We have proposed guidance to Member States to better help long-term unemployed return to work.

We need to equip Europeans to adapt to the needs of the rapidly changing world and emerging labour markets. Our New Skills Agenda will promote life-long investment in people, from vocational training and higher education through to digital and high-tech expertise and the life skills needed for citizens' active engagement in changing workplaces and societies. Special attention will be paid to work-life balance of working families, with a view to increasing women's participation in the labour market. The Women on Boards Directive should be adopted in 2016 and the Commission will continue its practical work to promote gender equality.

We also want to see European companies make the most of the opportunities of the Single Market, to grow and compete on a global scale. For that they need stable financing, a sound business environment, and modern infrastructure. The Investment Plan for Europe is now up and running. The European Fund for Strategic Investments (EFSI) is operational and delivering high quality investments to further boost the European economy, including in research. We now will focus on improving the investment environment and deepening the Single Market so it delivers better outcomes for Europeans, fewer barriers for businesses and the right environment for innovation.

We need to start work now to secure Europe's future sustainability. We will present a new approach to ensuring economic growth and social and environmental sustainability beyond the 2020 timeframe, taking into account the Europe 2020 review and the internal and external implementation of the United Nations Sustainable Development Goals.

Optimising the use of resources is essential to ensure that growth is green and inclusive. Starting next year, we will implement an Action Plan on the Circular Economy to create a single market for the re-use of materials and resources, supporting the move away from a linear economy. This will require action in all parts of the economic cycle, from sourcing to production, consumption, waste and recycling and innovation to harness economically and environmentally efficient business opportunities.

A sustainable future also means foreseeing and mitigating threats to a healthy environment. The Commission will continue its work to help Member States address the challenge of anti-microbial resistance and contribute to global efforts to tackle this threat. We will also launch preparatory work and will enhance consultation on Health Technology Assessment to improve the functioning of the single market for health products. We will conclude the complex preparatory work already under way to protect Europeans from the dangers of

endocrine disruptors<sup>11</sup> and follow up on it. Our review of the existing occupational health and safety legislation, including on carcinogens and mutagens, will improve the efficiency and effectiveness of an EU framework for protecting workers.

## **2. A Connected Digital Single Market**

A thriving digital economy can expand markets and create new sources of employment. Europe can lead here if we can overcome fragmentation, improve the offer to European consumers and open up new opportunities for business. That is why the Commission proposed the Digital Single Market Strategy in May 2015. Our aim is to present all relevant proposals before the end of 2016 so that the Union can achieve a fully functional Digital Single Market during the mandate of this Commission.

In December we will present our vision for a more modern, more European approach on copyright to take account of the digital revolution. We will also present proposals on digital contract rights. Further initiatives on copyright, geo-blocking, free flow of data, the cloud, and VAT for electronic commerce will follow in the course of 2016.

Following the agreement on the Connected Continent proposals, including an end to roaming charges by 2017, we are working on a comprehensive review of the telecoms regulatory framework. Further to the respective REFIT reviews, we will revise the audio-visual and media services directive, the satellite and cable directive, and the regulation on consumer protection cooperation to make sure the system actually delivers for citizens. We will work with the co-legislators to reach agreement by the end of the year on the data protection reform and the network and information security directive – two essential elements for building trust and security in the growing digital single market.

Our ambitious aim is and remains<sup>12</sup> to break down national silos in telecoms regulation, in copyright and data protection legislation, in the management of frequencies and in the application of competition law, taking full account of cultural diversity. By creating a connected Digital Single Market, we can generate up to €250 billion of additional growth in Europe in the course of the mandate of this Commission, thereby creating hundreds of thousands of new jobs, notably for younger job-seekers, and a vibrant knowledge-based society.

## **3. A Resilient Energy Union with a Forward-Looking Climate Change Policy**

In our Energy Union Strategy the Commission has set out the key actions needed to secure Europe's energy supply and reduce import dependency, to integrate national energy markets, to put energy efficiency first, to de-carbonise the economy and to promote research, innovation and competitiveness. In 2016 we will bring forward the bulk of the items foreseen

---

<sup>11</sup> Endocrine disruptors are chemicals that, at certain doses, can interfere with the hormone system in mammals.

<sup>12</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_en.pdf)

in the Energy Union roadmap. We will report on the progress made and what still needs to be done in a regular State of the Energy Union report.

The EU being a lead player in the Paris climate talks, the implementation of the 2030 energy and climate package will be a key priority next year to ensure the targets are duly met. In 2016, the Commission will come up with an effort-sharing proposal for sectors outside the Emission Trading Scheme (ETS), such as buildings, agriculture, and the de-carbonisation of transport. We will be promoting the use of non-discriminatory road charging schemes based on the polluter-pays and user-pays principles and efforts to create a single European transport area, allowing a more efficient use of the existing road infrastructure and a more flexible use of fleet capacity. To accelerate the energy transition, the Commission will also propose initiatives on a new energy market design, on reaching the 15% electricity interconnection target by 2030, on energy security of supply, on renewables and energy efficiency. Finally, we will develop an integrated strategy for Energy Union research, innovation and competitiveness in order to tap into the jobs and growth potential of the low-carbon economy.

#### **4. A Deeper and Fairer Internal Market with a Strengthened Industrial Base**

The Single Market is Europe's greatest and unique asset. It allows people, products, services and capital to move more freely. It ensures more choices and lower prices for consumers. It enables people to live, work and study where they wish. It offers opportunities for professionals and businesses, by reducing the red tape they would otherwise face when operating across borders. It is the bedrock for the competitiveness of our European industries.

In adopting the Single Market Strategy this week, we have stressed the need to build on these strengths and further unleash our internal market's full potential, adapting to changing economic conditions and making it the launch pad for our companies and industry to thrive in the global economy. Now we will focus on concrete measures, from helping start-ups to grow, to releasing the potential of new business models emerging from the collaborative economy, to facilitating the cross-border provision of services, to upgrading our standards system and ensuring that Single Market legislation is properly applied and enforced in practice. We will work to remove legal and technical access barriers to the road transport market and to strengthen the enforcement of applicable social legislation. We are focused on helping SMEs and start-ups to grow by addressing regulatory obstacles and facilitating access to finance. We will table a new initiative on preventive restructuring procedures and to give a second chance to entrepreneurs after bankruptcy.

Implementing the Capital Markets Union is a key part of this work, since achieving a single market for capital, funding and savings will play a critical role in removing investment bottlenecks and helping businesses to grow across the Single Market. It will be important that the co-legislators swiftly agree on the Commission's proposal on securitisation. Later this year, the Commission will also put forward a proposal to review the Prospectus Directive to make it easier for small firms to list and access market funding, as well as further measures to assist the creation of venture capital funds and develop a new venture capital culture to create opportunities for entrepreneurship.



To help Europeans make the most of the job opportunities in the Single Market, we have already proposed measures to strengthen the European job mobility portal (EURES) and cooperation between employment services. The Labour Mobility proposals we will present later this year will include measures to tackle abuse by means of better enforcement and coordination of social security systems, and we will present a targeted revision of the Posting of Workers Directive to address unfair practices leading to social dumping and brain drain by ensuring that the same work in the same place is rewarded by the same pay.

We will also put a particular emphasis on improving access to selected goods and services for people with disabilities.

In 2016 we will also look more closely at a few selected sectors either because of their growth potential or because they face specific challenges. We will present a strategy for releasing the full benefits of the European space programmes such as Galileo and Copernicus for the European economy and citizens. We will develop and implement a European action plan to ensure that our defence market is ready to meet future security needs. We will deliver the follow-up to the aviation strategy that will be presented later this year. And given developments in the agricultural sector, we will bring forward our report on the functioning of the milk market already to next year.

The Commission will present an action plan on VAT with further steps towards an efficient and fraud-proof definitive regime and initiatives on VAT rates and e-commerce in the context of the Digital Single Market. We also intend to withdraw a number of VAT proposals on the table that have made little progress in the Council or where their significant simplification potential has been unacceptably watered down, as is the case for the standard VAT declaration.

We also want to make further progress towards fair, efficient and growth-friendly corporate taxation, based on the principle that companies should pay taxes in the country where profits are generated. We will present a set of measures to enhance transparency of the corporate tax system and fight tax avoidance, including by implementing international standards on base erosion and profit-shifting. We intend to withdraw the blocked proposal for a Common Consolidated Corporate Tax Base and replace it with proposals for a staged approach starting with agreeing a mandatory tax base. This will improve the Single Market for businesses whilst closing loopholes and ensuring that all companies pay their fair share of tax.

## **5. A Deeper and Fairer Economic and Monetary Union**

The Commission has just tabled key elements of the first stage of the process to complete Economic and Monetary Union (EMU) as set out in the Five Presidents' Report<sup>13</sup>. We have proposed a renewed approach to the European Semester and an improved toolbox for economic governance, including the introduction of national Competitiveness Boards and an advisory European Fiscal Board. We propose to build a better dialogue between the Commission and the European Parliament to improve the democratic accountability of our

---

<sup>13</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report_en.pdf)

economic governance system. We also call for a more unified representation of the euro area within international organisations (notably the IMF). By the end of the year we will present a European bank deposit scheme based on a reinsurance mechanism and set out ways to further reduce risk and ensure a level playing field in the banking sector.

These measures represent an important step forward towards a more resilient and prosperous EMU. In that context, the 2016 European Semester will also put a stronger focus on the economic and fiscal situation in the euro area as a whole, enhance further the emphasis on Member States' employment and social performance, and promote convergence, including by removing national barriers to investment.

The development of a European pillar of social rights will contribute to this. The Commission will pursue two complementary work strands: firstly, modernising and addressing the gaps in existing social policy legislation to take account of today's work environment and to ensure that new models of work maintain a fair balance in the relationship between employers and workers; and secondly, identifying social benchmarks, notably as concerns the flexicurity concept, built on best practices in the Member States with a view to upwards convergence, in particular in the euro area, as regards the functioning of the labour market, skills and social protection.

We will take this work forward in enhanced dialogue with the European Parliament, Member States, national Parliaments and social partners. To prepare the transition from stage 1 to stage 2 of completing the EMU and the Commission White Paper scheduled for spring 2017, the Commission will launch a wide consultation and debate across the EU. We will also draw on analytical input from a High Level Expert Group which we will set up in summer 2016. The European Parliament will be closely involved in all these preparatory steps.

## **6. A Reasonable and Balanced Free Trade Agreement with the US**

International trade and investment are key drivers for the European economic recovery. The EU is uniquely well-placed to ensure the opportunities of globalisation are made to work for the benefit of Europeans, in a transparent and socially and environmentally responsible manner. An active trade policy will ensure that we connect to new emerging centres of global growth and are part of new digital and global value chains. This will provide openings for our businesses and create high-quality jobs without compromising on our European values or standards.

The Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement (TTIP) with the United States remains a top priority for 2016. We are committed to negotiating a fair and balanced deal with the US, with a new approach to investment protection. We plan to step up cooperation with the Asia-Pacific region, for example through the EU-Japan Free Trade Agreement (FTA) negotiations and an EU-China investment agreement, by requesting authorisation to negotiate FTAs with Australia and New Zealand, as well as opening free trade negotiations with the Philippines and with Indonesia, once the conditions are right. This ambitious bilateral trade

agenda, which already covers 27 negotiating partners, complements the multilateral World Trade Organisation system which remains at the heart of the EU approach.

In 2016 the Commission aims to see the provisional application of a number of new agreements, including those ones with Canada and with several African, Caribbean and Pacific regions. We will closely monitor existing agreements such as those with our Eastern Neighbourhood. Work will begin on modernising some of our existing agreements in light of new economic realities, including with countries like Turkey, Mexico and Chile.

With the new Trade and Investment Strategy we presented earlier this month, we aim to update the tools of trade policy and gear it more to services, digital trade, mobility, access to natural resources, innovation and other drivers of jobs and growth. We will work more on implementation and enforcement, to ensure that the opportunities created by trade agreements deliver real results, while paying particular attention to SMEs and helping workers adapt to change. We will also take forward our work on enhancing transparency for stakeholders and citizens about our trade negotiations.

## **7. An Area of Justice and Fundamental Rights Based on Mutual Trust**

Terrorism and radicalisation, organised crime, and cybercrime threaten the security of Europeans and are by nature transnational and require an EU response. The Commission will focus on the implementation of the European Agenda on Security, with proposals such as a revision of the Framework Decision on terrorism to address the phenomenon of foreign terrorist fighters and a proposal on combatting fraud and counterfeiting on non-cash means of payment. Work will continue to overhaul the legislative framework for controlling firearms. We will pay increased attention to developing the operational cooperation and tools which underpin the mutual trust that is essential for effective cross-border law enforcement work, whilst fully respecting fundamental rights.

The data protection reform (Regulation and Directive) and the proposal on EU Passenger Name Records should be agreed by the co-legislators by the end of the year. The Commission aims to conclude a solid agreement with the United States on transfer of personal data for law enforcement purposes which provides the necessary guarantees including judicial review for individuals. In the light of recent case-law we will work towards a new framework ensuring proper protection of personal data stored by companies in the US.

In 2016 it will be important that the co-legislators move forward on the European Public Prosecutor's Office and the reform of Europol. The Commission will also take forward work to clarify access to justice in environmental matters.

The Commission will also pursue the work towards the accession of the EU to the European Convention on Human Rights, taking full account of the Opinion of the Court of Justice<sup>14</sup>.

---

<sup>14</sup> OJ C 65, 23.2.2015, p. 2

## **8. Towards a New Policy on Migration**

Addressing the refugee crisis and managing the migratory pressure on our external borders is the most pressing priority the Union faces today, and instability, war and poverty in our neighbourhood mean that this issue will need to remain at the top of the political agenda for some years to come.

The European Agenda on Migration which we presented in May 2015 provides a comprehensive approach to migration management based on the principles of solidarity and responsibility. Two emergency schemes to relocate 160,000 people in need of international protection from the Member States most affected to other EU Member States are already operational. Every day the Frontex Joint Operations Poseidon and Triton are rescuing people shipwrecked in the Mediterranean Sea. Migration management support teams in "hotspot" areas are now helping national authorities in Greece and Italy with the identification, registration and processing of new arrivals. Efforts have been stepped up to tackle people smuggling and dismantle human trafficker groups. Action is being taken to return more people who are not in need of international protection.

The EU has already mobilised €4 billion in humanitarian, development, economic and stabilisation assistance to Syrians in their country and in host communities in Lebanon, Jordan, Iraq, Turkey and Egypt. An additional €1.8 billion will be used to set up an 'Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa'. Stronger and deeper cooperation with third countries of origin and transit is key to managing migration better, including a concerted effort to provide support for the growing number of refugees and internally-displaced persons in third countries.

The crisis has shown that beyond these immediate steps, we need to fundamentally rethink the way we manage our common external border and our European asylum framework. Later this year the Commission will present proposals for a European Border and Coast Guard, building on a significant strengthening of Frontex.

We will overhaul our common asylum system to correct the gaps and weaknesses exposed in the Dublin system and to strengthen the role of the European Asylum Support Office. We will press for the Action Plan on return to be fully and quickly put into operation, and for agreement on the pending proposals implementing the European Agenda on Migration. We will also present proposals for a structured system for resettlement so that those in need of protection can be given safe passage into the EU, without risking their lives in the hands of smugglers, together with better protection schemes in neighbouring regions.

And to meet Europe's future demographic and labour market needs, we will present a renewed approach on legal migration, including measures to improve the Blue Card Directive.

## **9. A Stronger Global Actor**

In an increasingly connected, contested and complex world marked by dynamic changes, the coherence of the EU's external action and our ability to use all available instruments in a joined up manner to achieve our objectives and complement our internal policies are ever more important. Challenges such as migration, access to energy and other resources, and climate change demonstrate the need for an effective external dimension to deliver on major internal policy objectives and to allow the EU to take advantage of opportunities to advance its values, such as democracy, human rights, equality and solidarity, as well as European history and culture, in the wider world. The Commission will therefore make a substantive contribution in support of the work of the High Representative/Vice-President on a new Global Strategy on foreign and security policy.

In addressing acute crisis such as the conflicts in Syria, Libya and Ukraine, the Commission will continue to be pro-actively engaged in support of international actors such as the United Nations and the Organisation for Security and Cooperation in Europe, drawing on the full range of policies, financing and other tools at its disposal. We will review and further develop our instruments to enhance security and development in partner countries, and will bring forward measures to support them in improving security sector governance and capacity building.

Following the ongoing public consultation, we will present a new post-Cotonou policy framework to govern relations with African, Caribbean and Pacific countries and regions. The Commission's development policy, as well as the new Trade and Investment Strategy, will also promote economic development, support social and environmental protection, defend human rights, tackle corruption, and improve migration management whilst addressing its root causes.

The Commission will continue to work towards a further concretisation of the accession perspective of the candidate countries. In this context, we will strengthen our partnership with Turkey, including by implementing the action plan on migration and modernising the customs union. The new European Neighbourhood Policy will provide a more focussed and tailor-made framework for the support of the stabilisation and democratic development of the countries in the Eastern and Southern neighbourhood.

We will also support the High Representative/Vice-President in deepening bilateral relations with the EU's key partners. Tailored strategic approaches will need to be regularly updated, with the EU policy on China being a first example. Following on from the successful conclusion of the nuclear negotiations with Iran, a renewed framework for the EU's engagement with the country could be envisaged subject to the full implementation of the agreement.

## **10. A Union of Democratic Change**

The Commission will work in partnership with the European Parliament and the Council to ensure that the negotiations on a new Inter-institutional Agreement on Better Regulation can

conclude by the end of the year, to strengthen our common commitment to better regulation as a tool for better results, increase transparency about how European decisions are made, and equip the three institutions to better work together in the future.

We will bring forward in 2016 our proposal for an Inter-institutional Agreement on a mandatory transparency register for interest representatives seeking to influence policy making in the European Parliament, the Council and the Commission.

In the past year we have stepped up the Commission's engagement and dialogue with national Parliaments, both in terms of meetings and exchanges of view with parliamentary committees, and by a renewed commitment to the political dialogue on draft proposals. We plan to build on this further in 2016 with further steps to ensure that national parliaments have a strong voice in European policy-making.

Finally, we will continue to expand our 'Citizens' Dialogues' which allow the Members of the Commission to listen directly to citizens in their own regions and reply on the issues that matter most to them.

\*\*\*

The European Union is at a defining moment. We are facing several unprecedented challenges: the refugee crisis, unemployment and the jobs and growth gap, the need to deepen our Economic and Monetary Union, climate change, instability in our Eastern and Southern neighbourhood, and a fair deal for the UK within a European Union committed to the four freedoms of the single market and the values which all 28 Member States share.

This is therefore no time for business as usual, which is why in this Work Programme the Commission commits to bold, focussed and pragmatic action that will allow us to overcome these challenges and emerge stronger in a spirit of European solidarity and responsibility. We look to our partners in the European Parliament and the Council to engage with us to bring about swiftly the results Europeans expect their Union to deliver.



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 1

**ANNEX**

*to the*

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

## Annex I: New initiatives

N°	Title	Type of initiative	Description of scope and objectives
<b>A New Boost for Jobs, Growth and Investment</b>			
1.	New Skills Agenda for Europe	Legislative / Non-legislative	The Agenda aims at promoting skills development, including the mutual recognition of qualifications, supporting vocational training and higher education and reaping the full potential of digital jobs.
2.	New start for working parents	Legislative / Non-legislative	A set of legislative and non-legislative measures to better address the challenges of work-life balance faced by working parents and support the participation of women in the labour market.
3.	Circular Economy Package	Legislative / Non-legislative	The aim is to address economic and environmental concerns by maximizing efficiency in the use of resources, covering the whole value chain (including sustainable consumption, production, waste management) and through innovation, thereby enabling the development of new markets and business models. The package will consist of a broad action plan, including actions on monitoring effective progress, and a waste proposal with long-term targets.
4.	Review of the Multiannual Financial Framework (MFF) 2014-2020	Legislative / Non-legislative	The mid-term review of the MFF will address how better to target funding on the priorities the EU faces. The review will also look for ways to further orientate the EU budget towards results and simplify the applicable rules (REFIT) e.g. for the European Structural and Investment Funds (ESIF) and the Common Agricultural Policy (CAP), and will explore the scope for further simplification under Horizon 2020 funding.
5.	Next steps for a sustainable European future	Non-legislative	This initiative will set out a new approach to ensure Europe's economic growth and social and environmental sustainability beyond the 2020 timeframe, taking into account the Europe 2020 review and the internal and external implementation of the United Nations Sustainable Development Goals.



N°	Title	Type of initiative	Description of scope and objectives
<b>A Connected Digital Single Market</b>			
6.	Implementation of the Digital Single Market Strategy	Legislative / Non-legislative	The Digital Single Market Strategy outlined in May 2015 will be taken forward with three sets of actions: 1) a Communication on copyright and legislative proposal on portability, followed by legislative proposals on copyright and the review of the satellite and cable directive (REFIT), legislative proposals on digital contract rights, geo-blocking, and VAT for electronic commerce (REFIT), and the review of the Regulation on consumer protection cooperation (REFIT); 2) reviews of the telecoms regulatory framework (REFIT) and the audiovisual and media services Directive (REFIT), and 3) a legislative proposal on the free flow of data.
<b>A Resilient Energy Union with a Forward-Looking Climate Change Policy</b>			
7.	Energy Union Package	Legislative / Non-legislative	Following up on the Framework Strategy, the Package is composed of: legislative proposals on electricity market design and the regulatory framework, including the review of the Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER), and the revision of the Regulation on security of electricity supply; the revision of the Regulation on security of gas supply and the revision of the Decision on inter-governmental agreements; the effort sharing decision and integration of the Land Use, Land-Use Change and Forestry sector (LULUCF) into the 2030 climate framework; a renewable energy package (REFIT), including sustainability criteria for biomass, and an energy efficiency package, including energy efficiency for buildings (REFIT).
<b>A Deeper and Fairer Internal Market with a Strengthened Industrial Base</b>			
8.	Labour Mobility Package	Legislative / Non-legislative	This initiative consists of a Communication on labour mobility, a targeted revision of the Directive on the posting of workers, and the revision of Regulations on social security coordination.

N°	Title	Type of initiative	Description of scope and objectives
9.	Follow-up to Single Market Strategy	Legislative / Non-legislative	The Single Market Strategy will be taken forward through guidance on how EU law applies to collaborative economy business models; action to help SMEs and start-ups grow; initiatives on the regulation of professions; a legislative initiative framing a new approach to business failure and insolvency; legislative initiatives to facilitate cross-border provision of services, tackle regulatory barriers in key business services and construction services, and address discrimination based on nationality or place of residence; review of the EU intellectual property enforcement framework (REFIT); action on standardisation including service standards; proposals for market information tools and an improved notification procedure under the Services Directive; and an action plan to increase awareness of the mutual recognition principles in the goods sector.
10.	European Defence Action Plan	Legislative / Non-legislative	The aim is a legal and policy framework to ensure that the European market and industrial and skills base will be able to deliver the military capability priorities that Member States may need to meet future security needs.
11.	Action Plan on VAT	Legislative / Non-legislative	The action plan aims at delivering efficient and fraud-proof VAT regimes and will include initiatives on VAT rates (REFIT) and a proposal on VAT for electronic commerce (REFIT) in the context of the Digital Single Market Strategy, and a Communication setting out the definitive VAT regime (REFIT).
12.	Corporate Tax Package	Legislative / Non-legislative	Following up on the Communication on A fair and efficient corporate tax system in the European Union: 5 key areas for action, the package includes a set of measures to enhance transparency of the corporate tax system and fight tax avoidance, including by implementing international standards on base erosion and profit shifting, and a staged approach starting with a mandatory tax base (REFIT) together with withdrawal of the existing CCCTB proposal.
13.	A Space Strategy for Europe	Non-legislative	The Strategy will coordinate the different strands of EU space activities, including a roadmap for concrete actions enabling targeted sectorial applications and further developing the EU space programmes to benefit the economy, public authorities and society as a whole.
<b>A Deeper and Fairer Economic and Monetary Union</b>			
14.	Pillar of Social Rights	Legislative / Non-legislative	The initiative will address gaps in existing legislation and identify common principles and reference benchmarks with a view to a greater convergence of employment and social performance over time.

N°	Title	Type of initiative	Description of scope and objectives
15.	European Bank Deposit Insurance Scheme / Completion of the Banking Union	Legislative / Non-legislative	Following up to the Five Presidents' Report, the proposal will outline steps towards a European Bank Deposit Insurance Scheme based on a reinsurance mechanism. A Communication will set out further measures to complete the Banking Union.
<b>Trade: A Reasonable and Balanced Free Trade Agreement with the U.S.</b>			
16.	Follow-up to the Trade and Investment Strategy	Legislative / Non-legislative	Against the background of the Trade for All strategy for a more effective and transparent trade and investment policy based on values, the Commission will pursue the TTIP negotiations with the US, as well as make progress at WTO, engage strategically with Asia and ensure that EPAs are well implemented.
<b>An Area of Justice and Fundamental Rights Based on Mutual Trust</b>			
17.	Implementation of European Agenda on Security	Legislative / Non-legislative	Actions to implement the European Agenda on Security including a proposal to amend the Framework Decision on terrorism, improved rules on firearms and a proposal on combatting fraud and counterfeiting on non-cash means of payment.
<b>Towards a New Policy on Migration</b>			
18.	Better Migration Management	Legislative / Non-legislative	The initiative has two dimensions: 1) legal migration: a Communication and further legislative measures including extension of the Blue Card approach; 2) asylum and refugees: a proposal for a structured system on resettlement of refugees and revision of the Dublin system on asylum.
19.	Border Management Package	Legislative / Non-legislative	The aim is to progress towards a European Border and Coast Guard building on a reinforced Frontex.
<b>A Stronger Global Actor</b>			
20.	Post-Cotonou Framework	Non-legislative	New policy framework to govern relations with the ACP countries and regions.
21.	Capacity building in the security sector	Legislative / non-legislative	The package covers security sector reform and a possible new dedicated instrument for capacity building in support of security and development in third countries.

N°	Title	Type of initiative	Description of scope and objectives
22.	Commission contribution to the Global Strategy	Non-legislative	The Commission will actively contribute to the Global Strategy on Foreign and Security Policy under the responsibility of the High Representative/Vice-President with a view to a better sense of direction to the EU external action.
<b>A Union of Democratic Change</b>			
23.	Proposal for an Inter-Institutional Agreement on a mandatory Transparency Register	Non-legislative	The proposal for an IIA with the European Parliament and the Council aims at enhancing openness and accountability by making the Transparency Register mandatory for all interest representatives seeking to influence policy making in any of the three institutions.



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 2

**ANNEX**

*to the*

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

## Annex II: REFIT Initiatives<sup>1</sup>

REFIT is the European Commission's Regulatory Fitness and Performance programme to make EU law simpler and to reduce regulatory costs without compromising policy objectives. REFIT thus contributes to a clear, stable and predictable regulatory framework supporting growth and jobs.

N°	Title	Type of initiative <sup>2</sup>	Description of scope and objectives
<b>A New Boost for Jobs, Growth and Investment</b>			
1.	REACH	Legislative Evaluation	Actions include a Commission Implementing Regulation on simplification of the authorisation procedure under REACH, a Commission Implementing Regulation on transparency and cost sharing in substance information exchange fora (SIEF) under REACH, and the launching of an evaluation to be completed in 2017 in view of the obligation stemming from Article 117(4) of Regulation (EC) No 1907/2006 for the Commission to report by 1 June 2017 on the implementation of REACH.
2.	Standard Procurement Document and Standard Forms for Public Procurement	Legislative	Commission Implementing Regulation on the European Standard Procurement Document (introduced by the new Public Procurement Directives to avoid having to repeatedly file information for each tender submission). Commission Implementing Regulation – update to the standard forms for tender notices in public procurement.
3.	Lifts (Directive 95/16/EC)	Evaluation	The evaluation will cover the scope, the essential health and safety requirements and their links with the related conformity assessment procedure.

<sup>1</sup> This annex lists new initiatives to be undertaken in 2016 not already listed in Annex I. All items are additional to those listed in the latest version of the REFIT Scoreboard: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/better\\_regulation/key\\_docs\\_en.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/better_regulation/key_docs_en.htm)

<sup>2</sup> The type of initiative is indicative only and might change, notably in view of the outcome of an impact assessment process. The table refers to "evaluation follow up" for those cases where a REFIT evaluation is still on-going and, while some form of follow up action is planned for 2016, its scope and nature remains too uncertain at this stage. During 2016, Roadmaps / Inception Impact Assessments will be published to inform the public about any such follow up action under consideration and allow for stakeholders' feedback: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index_en.htm)

N°	Title	Type of initiative <sup>2</sup>	Description of scope and objectives
4.	State Aid: Commission Notice on a Simplified Procedure for the treatment of certain types of State Aid ('Simplified procedure Notice') (2009/C136/03)	Evaluation	The objective of this evaluation will be to take account of the evolution of State aid law, the decision-making practice, and the experience gained in applying the Simplified Procedure. The evaluation will also identify further administrative/procedural simplification.
<b>A Resilient Energy Union with a Forward-Looking Climate Change Policy</b>			
5.	Targeted review of Commission Delegated Regulation (EU) No 639/2014 (Ecological Focus Areas)	Legislative	Revised delegated/implementing act following up to the Commission undertaking to evaluate the experience with the implementation of Ecological Focus Areas (EFA) in the Commission Delegated Regulation (EU) No 639/2014 after the first year of application. Part of the CAP simplification exercise.
6.	EU Nature Legislation	Evaluation follow up	Follow-up to the Fitness Check of Directive 2009/147/EEC on the conservation of wild birds, and Directive 92/43/EEC on the conservation of natural habitats and of wild fauna and flora.
7.	European Pollutant Release and Transfer Register (E-PRTR) Regulation	Evaluation follow up	This initiative would follow on an evaluation under the Commission's REFIT programme and a report regarding the implementation of the E-PRTR Regulation for the period 2010 to 2013.
8.	Fuel Quality Directive	Evaluation follow up	This initiative would follow up on the results of a REFIT evaluation.
9.	Environmental Reporting Initiative	Evaluation	Fitness Check to identify opportunities to simplify and alleviate reporting obligations stemming from EU environmental law with a view to develop a more modern, efficient and effective system for regulatory monitoring.
10.	Energy Union Reporting initiative	Evaluation	Fitness Check / evaluations in the area of Energy and Climate Policy in order to assess the consistency and administrative burden of reporting obligations.
<b>A Deeper and Fairer Internal Market with a Strengthened Industrial Base</b>			
11.	Prospectus Directive Review	Legislative	Part of the Capital Markets Union following up on a REFIT evaluation of the Prospectus Directive.

N°	Title	Type of initiative <sup>2</sup>	Description of scope and objectives
12.	Review of the European Venture Capital (EuVECA) and European Social Entrepreneurship Fund (EuSEF) regulations	Legislative	Legislative review of the European Venture Capital Funds (EuVECA) regulation (No 345/2013) and European Social Entrepreneurship Funds (EuSEF) regulation (No 346/2013) with a view to improve the take-up of these funds as part of the Capital Markets Union without reducing the level of investors protection. These specialist venture capital investment funds have been available since 2013 but only a small number of funds set up as EuVECA and EuSEF have so far been launched.
13.	Tariff and statistical nomenclature and on the Common Customs Tariff (Council Regulation (EEC) No 2658/87 of 23 July 1987) - Recast	Legislative	The aim of the recast is to align the existing legislation to the Lisbon Treaty. The Commission will also simplify and reduce regulatory burden by increasing clarity and improving the readability of the regulation.
14.	Tobacco excise duty (Council Directive No 2011/64/EU) - revision	Legislative	Planned to address the results of a REFIT evaluation of Council Directive 2011/64/EU of 21 June 2011 on the structure and rates of excise duty applied to manufactured tobacco.
15.	Port reception facilities (Directive 2000/59/EC) – revision	Legislative	Initiative to adapt the Directive to substantial changes in the MARPOL Convention. In so doing, The revision also follows up on the results of the 2015 REFIT evaluation of the Directive.
16.	Occupational Health and Safety Legislation	Evaluation follow up / Legislative	Follow-up to the REFIT Evaluation of Council Directive 89/391/EEC of 12 June 1989 on the introduction of measures to encourage improvements in the safety and health of workers at work and 23 related Directives with the aim of increasing its effectiveness and efficiency.
17.	Food Legislation	Evaluation follow up	Follow-up to the Fitness Check on the General Food Law.
18.	Follow-up to the 'Report of the Financial Legislation Review'	Follow up	The Commission is seeking to identify possible inconsistencies, incoherence and gaps in financial rules, as well as unnecessary regulatory burdens and factors negatively affecting long-term investment and growth. Following this call for evidence, Commission services will report on the main findings and next steps by mid-2016.



N°	Title	Type of initiative <sup>2</sup>	Description of scope and objectives
19.	Financial Conglomerates Directive	Evaluation	The Financial Conglomerates Directive (2011/89/EC amending 2002/87/EC) aims at the supplementary supervision of regulated entities that form part of a financial conglomerate, i.e. groups with licenses in both the banking and the insurance sector, by focusing on potential risks of double gearing (multiple use of capital) and on “group risks” (the risks of contagion, management complexity, risk concentration, and conflicts of interest). The evaluation will assess whether the Directive can be considered ‘fit for purpose’
20.	Nutrition and Health Claims made on Food	Evaluation Legislative	The purpose of this evaluation is to assess whether the current requirements for nutrient profiles and claims made on botanicals are fit-for-purpose.
21.	Maritime Legislation Fitness Check	Evaluation	The Fitness Check will cover legislation on flag state responsibilities, port state control, the Vessel Traffic Monitoring and Information System and the Reporting Formalities Directive.
22.	Seafarers (Directive 2008/106/EC and Directive 2005/45/EC)	Evaluation	Directive 32008/106/EC sets Minimum standards of trainings, certification and watch keeping for seafarers serving on board Community vessels. Directive 2005/45/EC covers the mutual recognition of seafarers' certificates issued by the Member States (amending Directive 2001/25/EC).
23.	Written Statement Directive 91/533/EC	Evaluation	Council Directive 91/533/EEC of 14 October 1991 on an employer's obligation to inform employees of the conditions applicable to the contract or employment relationship.
24.	Pesticides: legislation covering Maximum Residue limit setting and placing on the market of plant protection products	Evaluation	The purpose is to launch an evaluation of Regulation (EC) No 1107/2009 and Regulation (EC) No 396/2005 and to fulfil Commission's obligation under Regulation (EC) No 1107/2009 (Article 82 and 62(5) and Regulation (EC) No 396/2005 (Article 47) including the preparation of reports to the European Parliament and the Council.
25.	Motor Insurance Directive	Evaluation	Evaluation of Directive 2009/103/EC intended to help EU residents involved in a road accident in another EU country. Under the Directive, subscribers to compulsory motor insurance policies in all EU countries are covered for motoring throughout the EU.
<b>A Deeper and Fairer Economic and Monetary Union</b>			
26.	Statistics Package	Legislative / Non-legislative	The package includes the integration of social statistics, the integration of business statistics (FRIBS) and the Framework Regulation in Agricultural Statistics.

N°	Title	Type of initiative <sup>2</sup>	Description of scope and objectives
<b>An Area of Justice and Fundamental Rights Based on Mutual Trust</b>			
27.	Judgments in matrimonial matters and matters of parental responsibility (Brussels IIa)	Legislative	This initiative follows up on an assessment of the application of Regulation (EC) No 2201/2003 on jurisdiction, recognition and enforcement of judgments in matrimonial matters and matters of parental responsibility.



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 3

**ANNEX**

*to the*

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

### Annex III: Priority pending proposals

Item	Full title	Reference
<b>A New Boost for Jobs, Growth and Investment</b>		
1.	Integration of long-term unemployed	Proposal for a COUNCIL RECOMMENDATION on the integration of the long-term unemployed into the labour market 2015/0219/NLE
2.	EURES	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on a European network of Employment Services, workers' access to mobility services and the further integration of labour markets 2014/0002/COD
3.	Women on Boards	Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on improving the gender balance among non-executive directors of companies listed on stock exchanges and related measures 2012/0299/COD
<b>A Connected Digital Single Market</b>		
4.	Network and Information Security (NIS)	Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL concerning measures to ensure a high common level of network and information security across the Union 2013/0027/COD
<b>A Resilient Energy Union with a Forward-Looking Climate Change Policy</b>		
5.	Reduction of national emissions (NEC)	Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants and amending Directive 2003/35/EC 2013/0443/COD
<b>A Deeper and Fairer Internal Market with a Strengthened Industrial Base</b>		
6.	Financial transaction tax (FTT) – enhanced cooperation	Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE implementing enhanced cooperation in the area of financial transaction tax 2013/0045/CNS
7.	EU securitisation framework	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL laying down common rules on securitisation and creating a European framework for simple, transparent and standardised securitisation and amending Directives 2009/65/EC, 2009/138/EC, 2011/61/EU and Regulations (EC) No 1060/2009 and (EU) No 648/2012 2015/0226/COD
8.	Port Services	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing a framework on market access to port services and financial transparency of ports 2013/0157/COD
<b>A Deeper and Fairer Economic and Monetary Union</b>		
9.	European Platform on undeclared work	Proposal for a DECISION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on establishing a European Platform to enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work 2014/0124/COD

Item	Full title	Reference
<b>An Area of Justice and Fundamental Rights Based on Mutual Trust</b>		
10.	Data Protection Reform Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the protection of individuals with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data (General Data Protection Regulation) Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the protection of individuals with regard to the processing of personal data by competent authorities for the purposes of prevention, investigation, detection or prosecution of criminal offences or the execution of criminal penalties, and the free movement of such data	2012/0010, 0011/COD
11.	European Public Prosecutor's Office (EPPO) Proposal for a COUNCIL REGULATION on the establishment of the European Public Prosecutor's Office	2013/0255/APP
12.	EU Agency for Law Enforcement Cooperation and Training (Europol) Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the European Union Agency for Law Enforcement Cooperation and Training (Europol) and repealing Decisions 2009/371/JHA and 2005/681/JHA	2013/0091/COD
13.	EU Passenger Name Record (PNR) Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the use of Passenger Name Record data for the prevention, detection, investigation and prosecution of terrorist offences and serious crime	2011/0023/COD
14.	Anti-discrimination Proposal for a Council Directive on implementing the principle of equal treatment between persons irrespective of religion or belief, disability, age or sexual orientation	2008/0140/CNS
<b>Towards a New Policy on Migration</b>		
15.	Permanent relocation scheme Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing a crisis relocation mechanism and amending Regulation (EU) No 604/2013 of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 establishing the criteria and mechanisms for determining the Member State responsible for examining an application for international protection lodged in one of the Member States by a third country national or a stateless person	2015/0208/COD
16.	EU list of safe countries of origin Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing an EU common list of safe countries of origin for the purposes of Directive 2013/32/EU of the European Parliament and of the Council on common procedures for granting and withdrawing international protection, and amending Directive 2013/32/EU	2015/0211/COD
<b>A Union of Democratic Change</b>		
17.	Genetically modified organisms (GMO) Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Regulation (EC) No 1829/2003 as regards the possibility for the Member States to restrict or prohibit the use of genetically modified food and feed on their territory	2015/0093/COD



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 4

**ANNEX**

*to the*

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

### Annex IV: List of withdrawals or modifications of pending proposals

The Commission intends to withdraw the proposals listed below within six months (by April 2016).

Withdrawals for reasons other than obsolescence, as well as modifications, are indicated in **bold**.

N°	COM/ Inter-institutional reference	Title	Reasons for withdrawal/modification
<b>Economic &amp; Financial Affairs, Taxation &amp; Customs</b>			
1.	COM/2007/0746	<b>Proposal for a COUNCIL REGULATION laying down implementing measures for Directive 2006/112/EC on the common system of value added tax, as regards the treatment of insurance and financial services</b>	The proposal dates from 2007 and no agreement is foreseen (no Council Presidency has recently taken up discussions).
2.	COM/2007/0747 2007/0267/CNS	<b>Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE amending Directive 2006/112/EC on the common system of value added tax, as regards the treatment of insurance and financial services</b>	The proposal dates from 2007 and no agreement is foreseen (no Council Presidency has recently taken up discussions).
3.	COM/2013/0721 2013/0343/CNS	<b>Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE amending Directive 2006/112/EC on the common system of value added tax as regards a standard VAT return</b>	Negotiations have resulted in a draft compromise text that has fully denatured the substance of the Commission proposal. In particular, the latest developments have run counter to the simplification, harmonisation and substantial burden reduction objectives of the Commission proposal.
4.	COM/2011/0594 2011/0261/CNS	Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE on a common system of financial transaction tax and amending Directive 2008/7/EC	This proposal has been superseded by a corresponding proposal of 2013 under the procedure of enhanced cooperation.

N°	COM/ Inter-institutional reference	Title	Reasons for withdrawal/modification
5.	COM/2011/0738 2011/0334/CNS	Proposal for a COUNCIL REGULATION on the methods and procedure for making available the own resource based on the financial transaction tax	The European Council of February 2013, when deciding on the 2014-2020 package, "called upon participating Member States to examine if it (i.e. the financial transaction tax) could become the base for a new own resource". It should be noted that the high-level Group on Own Resources has been tasked with undertaking "a general review of the own resources system guided by the overall objectives of simplicity, transparency, equity and democratic accountability". As the making available regulation was based on the Commission proposal of June 2011 for a new Own resources decision, which was in this respect not retained, the proposed making available regulation is no longer relevant and the Commission therefore intends to withdraw the proposal. Any possible future Commission proposal on a FTT own resource would again have to be accompanied by a corresponding making available regulation.
6.	COM/2011/0121 2011/0058/CNS	Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE on a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB)	As announced in the Communication on "A fair and efficient corporate tax system in the European Union: 5 key areas for action" (COM(2015)302), the Commission is re-launching the work with a new staged approach. The existing proposal will be withdrawn in parallel.
7.	COM/1998/0637	Proposal for a COUNCIL DECISION on the representation and position taking of the Community at international level in the context of Economic and Monetary Union	The proposal was withdrawn (C(2015)8001) and replaced by a new proposal on 21 October 2015 (COM(2015)603).
<b>Foreign Affairs &amp; Security Policy</b>			
8.	COM2007/0141 2007/0049/APP	Proposal for a COUNCIL AND COMMISSION DECISION on the conclusion of the Protocol to the Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Turkmenistan, of the other part, to take account of the accession of the Republic of Bulgaria and Romania to the European Union	Obsolete: this Protocol of adaptation was to reflect the accession of Bulgaria and Romania, however it was never finalised and it was subsequently decided to propose a Decision covering all Member State accessions since 2004.



N°	COM/ Inter-institutional reference	Title	Reasons for withdrawal/modification
9.	COM/2007/0144	Proposal for a COUNCIL DECISION on the signing and provisional application of a Protocol to the Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Turkmenistan, of the other part, to take account of the accession of the Republic of Bulgaria and Romania to the European Union	Obsolete: this Protocol of adaptation was to reflect the accession of Bulgaria and Romania, however it was never finalised and it was subsequently decided to propose a Decision covering all Member State accessions since 2004.
10.	COM/2004/808	Proposal for a COUNCIL DECISION on the signature on behalf of the European Community and provisional application of certain provisions of a Euro-Mediterranean Association Agreement between the European Community and its Member States and the Syrian Arab Republic	This agreement will not be finalised and the legal texts from 2004 and 2008 have become obsolete in the meantime.
11.	COM/2008/853	Proposal for a COUNCIL DECISION on the signature on behalf of the European Community and provisional application of certain provisions of a Euro-Mediterranean Association Agreement between the European Community and its Member States and the Syrian Arab Republic	This agreement will not be finalised and the legal texts from 2004 and 2008 have become obsolete in the meantime.
<b>Trade</b>			
12.	COM/2008/0522 2008/0169/APP	Proposal for a COUNCIL DECISION concluding the agreement establishing a framework for an Economic Partnership Agreement between the European Community and its Member States, on one part, and the East African Community Partner States, on the other part	This agreement will not be finalised as it is overtaken by a more comprehensive agreement negotiated after 2007 and initialled in 2014.
13.	COM/2008/0565 2008/0177/APP	Proposal for a COUNCIL DECISION concluding the Interim Economic Partnership Agreement between the European Community and its Member States, on the one part, and the SADC EPA States, on the other part	This agreement will not be finalised as it is overtaken by a more comprehensive agreement negotiated after 2007 and initialled in 2014.

N°	COM/ Inter-institutional reference	Title	Reasons for withdrawal/modification
14.	COM/2012/0593 2012/0287/NLE	Proposal for a COUNCIL DECISION on the position to be taken on behalf of the European Union within the Cooperation Committee set up by the Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Members States, of one part, and the Russian Federation of the other part, of 24 June 1994 as regards the establishment of a list of conciliators	Obsolete. Russia officially refused on 13 December 2012 to establish a list of conciliators to operationalise the dispute settlement system of the Agreement on Partnership and Cooperation. The EU has recourse to the general provisions of the WTO.
<b>Transport</b>			
15.	COM/2014/0083 2014/0042/NLE	Proposal for a COUNCIL DECISION on the position to be adopted on behalf of the European Union at the International Maritime Organization during the 66th session of the Marine Environment Protection Committee on the adoption of amendments to MARPOL Annex VI concerning the delay of the Tier III NOx emission standards	Although the position of the Commission as contained in the proposed Decision is still valid, the proposal has become obsolete as the 66 <sup>th</sup> session of the Marine Environment Protection Committee has already taken place (31 March – 4 April 2014).
16.	COM/2013/484 2013/0226/COD	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Regulation (EC) No 1365/2006 on statistics of goods transport by inland waterways as regards conferring of delegated and implementing powers upon the Commission for the adoption of certain measures	If not agreed in six months, the proposal should be withdrawn.
17.	COM/2013/0611 2013/0297/COD	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Regulation (EC) No 91/2003 of the European Parliament and of the Council of 16 December 2002 on rail transport statistics, as regards the collection of data on goods, passengers and accidents	If not agreed in six months, the proposal should be withdrawn.

N°	COM/ Inter-institutional reference	Title	Reasons for withdrawal/modification
Migration, Home Affairs & Citizenship			
18.	COM/2013/0095 2013/0057/COD	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing an Entry/Exit System (EES) to register entry and exit data of third country nationals crossing the external borders of the Member States of the European Union (Smart Borders Package)	The Commission has announced in its "European Agenda on Migration" (COM(2015)240) its intention to present a modified proposal in 2016.
19.	COM/2013/0097 2013/0059/COD	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing a registered traveller programme (Smart Borders Package)	The Commission has announced in its "European Agenda on Migration" (COM(2015)240) its intention to present a modified proposal in 2016.
20.	COM/2013/0096 2013/0060/COD	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Regulation (EC) No 562/2006 as regards the use of the Entry/Exit System (EES) and the Registered Traveller Programme (RTP) (Smart Borders Package)	The Commission has announced in its "European Agenda on Migration" (COM(2015)240) its intention to present a modified proposal in 2016.



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 5

**ANNEX**

*to the*

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

## Annex V: List of envisaged repeals

N°	Policy Area	Title	Reasons for repeal
1.	Agriculture	Horizontal action declaring the obsolescence of a number of defunct acts in relation to the Common Agricultural Policy	The aim of this action is to formally declare that acts that have exhausted their effects are obsolete while they cannot be repealed for lack of a legal base.
2.	Environment	Council Directive of 23 December 1991 standardizing and rationalizing reports on the implementation of certain Directives relating to the environment (91/692/EEC)	In 2016 the Commission intends to prepare a Communication which sets out the strategy and the ambition level of the Fitness Check of monitoring and reporting obligations in environment policy and documents some early actions in this field, among other things the state of play of the Standardised Reporting Directive and related questionnaires, including a possible proposal for its repeal.
3.	Environment	"Water Questionnaire" (Commission Decision 95/337/EEC)	This decision is an implementing decision based on the Standardised Reporting Directive which will potentially be repealed in 2016. In 2016 the Commission intends to prepare a Communication which sets out the strategy and the ambition level of the Fitness Check of monitoring and reporting obligations in environment policy and documents some early actions in this field, among other things the state of play of the Standardised Reporting Directive and related questionnaires, including a possible proposal for its repeal.
4.	Home Affairs	Commission Decision (2008/602/EC) of 17 June 2008 laying down the physical architecture and requirements of the national interfaces and of the communication infrastructure between the central Visa Information System (VIS) and the national interfaces for the development phase (notified under document number C(2008) 2693) (OJ L 194, 23.7.2008, p. 3)	This act is obsolete VIS has been developed and it is operational since October 2011.

N°	Policy Area	Title	Reasons for repeal
5.	Home Affairs	Commission Decision (2006/752/EC) of 3 November 2006 establishing the sites for the Visa Information System during the development phase (OJ L 305 of 4.11.2006, p. 13)	This act is obsolete VIS has been developed and it is operational since October 2011.
6.	Home Affairs	Council Regulation (EC) No 189/2008 of 18 February 2008 on the tests of the second generation Schengen Information System (SIS II) (OJ L 57, 1.3.2008, p. 1);	This Regulation was related to the testing of the SIS II Central system prior the entry into operation of the system. Its content is obsolete for the testing of the live system.
7.	Home Affairs	Council Decision (2008/173/EC) of 18 February 2008 on the tests of the second generation Schengen Information System (SIS II) (OJ L 57, 1.3.2008, p. 14; Corrigendum OJ L 24, 28.1.2009, p. 24)	This Regulation was related to the testing of the SIS II Central system prior the entry into operation of the system. Its content is obsolete for the testing of the live system.
8.	Home Affairs	Council Regulation (EC) No 1295/2003 of 15 July 2003 relating to measures envisaged to facilitate the procedures for applying for and issuing visas for members of the Olympic family taking part in the Olympic or Paralympic Games in Athens in 2004 (Schengen)	This act is obsolete as its application had a temporal limitation (Athens Olympic games)
9.	Home Affairs	European Parliament and Council Regulation (EC) No 2046/2005 of 14 December 2005 relating to measures envisaged to facilitate the procedures for applying for and issuing visas for members of the Olympic family taking part in the Olympic and/or Paralympic Winter Games in Turin (Schengen) 2006	This act is obsolete as its application had a temporal limitation (Turin Olympic games)

N°	Policy Area	Title	Reasons for repeal
10.	Home Affairs	The Schengen acquis: decision of the Executive Committee of 7 October 1997 on contributions from Norway and Iceland to the costs of installing and operating of the C.SIS (SCH/Com-ex (97) 18)	The financing of the SIS II central system and the contribution to eu-LISA by the associated countries is based on the Association agreement and the eu-LISA founding regulation.
11.	Home Affairs	The Schengen acquis: decision of the Executive Committee of 7 October 1997 on the development of the SIS (SCH/Com-ex (97) 24)	This act is obsolete as SIS II has been developed and entered into operation on 9 April 2013.
12.	Home Affairs	The Schengen acquis: decision of the Executive Committee of 16 September 1998 on forwarding the Common Manual to EU applicant States (SCH/Com-ex (98) 35 rev. 2)	This act is obsolete as the Common Manual (which was "restricted") has been abolished at the moment the adoption of the Schengen Borders Code which is a Regulation published in the OJ
13.	Home Affairs	The Schengen acquis: decision of the Executive Committee of 16 September 1998 setting up an ad hoc committee for Greece (SCH/Com-ex (98) 43 rev.);	This act is obsolete as of the moment that Greece joined the Schengen zone
14.	Maritime Affairs and Fisheries	Council Regulation (EU) No 1242/2012 of 18 December 2012 fixing for the 2013 fishing year the guide prices and Union producer prices for certain fishery products pursuant to Regulation (EC) No 104/2000.	The act lacks a sunset clause but it is de facto no longer in force because it refers to past action(s).
15.	Maritime Affairs and Fisheries	Council Regulation (EC) No 645/2008 of 8 July 2008 opening and providing for the administration of autonomous Community tariff quotas on imports of certain fishery products into the Canary Islands.	The act lacks a sunset clause but it is de facto no longer in force because it refers to past action(s). Has been replaced by Council Regulation (EU) No 1412/2013 of 17 December 2013 opening and providing for the administration of autonomous Union tariff quotas for imports of certain fishery products into the Canary Islands from 2014 to 2020.

N°	Policy Area	Title	Reasons for repeal
16.	Maritime Affairs and Fisheries	Council Regulation (EU) No 1388/2011 of 16 December 2011 fixing for the 2012 fishing year the guide prices and Union producer prices for certain fishery products pursuant to Regulation (EC) No 104/2000.	The act lacks a sunset clause but it is de facto no longer in force because it refers to past action(s).
17.	Maritime Affairs and Fisheries	Council Regulation (EEC) No 110/76 of 19 January 1976 laying down general rules for granting export refunds on fishery products and criteria for fixing the amount of such refunds.	The act lacks a sunset clause but it is de facto no longer in force because it refers to past action(s).
18.	Maritime Affairs and Fisheries	Council Regulation (EC) No 1299/2008 of 9 December 2008 fixing for the 2009 fishing year the guide prices and Community producer prices for certain fishery products pursuant to Regulation (EC) No 104/2000.	The act lacks a sunset clause but it is de facto no longer in force because it refers to past action(s).
19.	Maritime Affairs and Fisheries	Council Regulation (EC) No 2326/2003 of 19 December 2003 fixing for the fishing year 2004 the guide prices and Community producer prices for certain fishery products pursuant to Regulation (EC) No 104/2000.	The act lacks a sunset clause but it is de facto no longer in force because it refers to past action(s).
20.	Statistics	Regulation (EC) No 48/2004 of 5 December 2003 on the production of annual Community statistics on the steel industry for the reference years 2003-2009	The Regulation has become obsolete as the respective data is no longer collected. The Steel statistics regulation will be formally proposed for repeal as part of the Proposal for a Regulation on business statistics, planned for Commission adoption in 4th quarter 2016.
21.	Transport	Council Regulation (EEC) No 1101/89 on structural improvements in inland waterway transport	This Council Regulation expired on 28 April 1999 (see recital N1 of Council Regulation (EC) No 718/1999).



N°	Policy Area	Title	Reasons for repeal
22.	Transport	Commission Regulation (EC) No 2812/94 as regards the conditions which apply to the putting into service of new capacity in inland waterway transport	This Regulation amends Regulation (EEC) No 1101/89 which expired on 28 April 1999.
23.	Transport	Regulation (EC) No 685/2001 of the European Parliament and of the Council concerning the distribution of authorisations among Member States received through the Agreements establishing certain conditions for the carriage of goods by road and the promotion of combined transport between the European Community and the Republic of Bulgaria and between the European Community and the Republic of Hungary	The Regulation is no longer needed as Bulgaria and Hungary are EU Member States (they are no longer subject to a system of authorisations as far as access to the haulage market is concerned).
24.	Transport	Commission Regulation (EEC) No 2158/93 concerning the application of amendments to the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974, and to the International Convention for the Prevention of Pollution from ships, 1973, for the purpose of Council Regulation (EEC) No 613/91	The Commission regulation is no longer applicable because it refers to an instrument (Council regulation 613 of 1991) which has been repealed by Regulation (EC) 789/2004 on the transfer of cargo and passenger ships between registers).
25.	Transport	Commission Regulation (EC) No 3298/94 laying down detailed measures concerning the system of Rights of Transit (Ecopoints) for heavy goods vehicles transiting through Austria	The system of Ecopoints, which was intended to reduce the environmental impact of transit traffic by heavy goods vehicles, has become obsolete with the introduction of the HGV toll ("Maut") on Austrian motorways and expressways on 1 January 2004 and is no longer applied by Austria. The legal basis for Ecopoints has therefore also become obsolete and can therefore be repealed.

N°	Policy Area	Title	Reasons for repeal
26.	Transport	Regulation (EC) No 2888/2000 of the European Parliament and of the Council on the distribution of permits for heavy goods vehicles travelling in Switzerland	This Regulation on permits, which distributes the quotas which the Community received from Switzerland for the years 2001 to 2004 among the EU Member States, is no longer applied. The access to haulage market is now regulated by the EU-Swiss agreement.
27.	Transport	Commission Regulation (EC) No 103/2007 on the extension of the transitional period referred to in Article 53(4) of Regulation (EC) No 1592/2002	The transitional period was extended until 31 December 2007, this regulation is therefore obsolete.
28.	Taxation	Commission Regulation (EC) No 2579/98 of 30 November 1998 establishing the list of textile products for which no proof of origin is required on release for free circulation in the Community	This Commission Regulation was an implementing act to Council Regulation (EC) No 1541/98, which itself has been repealed in 2011.



EUROPEAN  
COMMISSION

Strasbourg, 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 6

**ANNEX**

*to the*

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN  
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL  
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

**Commission Work Programme 2016**

**No time for business as usual**

## Annex VI: Legislation that becomes applicable in 2016

Further information on delegated and implementing acts that become applicable in 2016 will be available at: [http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_en.htm).

As regards the date(s) of application, an asterisk (\*) means that, in addition to the date indicated, other dates may also apply to other parts of the legislative act.

N°	Title	Policy area	Date of application
1.	Council Directive 2014/48/EU of 24 March 2014 amending Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments	Taxation	01 January 2016
2.	Directive 2009/138/EC of the European Parliament and of the Council of 25 November 2009 on the taking-up and pursuit of the business of Insurance and Reinsurance (Solvency II) (Text with EEA relevance)	Financial Services	01 January 2016*
3.	Directive 2014/61/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on measures to reduce the cost of deploying high-speed electronic communications networks	Digital Economy and Society	01 January 2016
4.	Regulation (EU) No 806/2014 of the European Parliament and of the Council of 15 July 2014 establishing uniform rules and a uniform procedure for the resolution of credit institutions and certain investment firms in the framework of a Single Resolution Mechanism and a Single Resolution Fund and amending Regulation (EU) No 1093/2010	Financial Stability	01 January 2016*
5.	Regulation (EU) No 1308/2013 of the European Parliament and of the Council of 17 December 2013 establishing a common organisation of the markets in agricultural products and repealing Council Regulations (EEC) No 922/72, (EEC) No 234/79, (EC) No 1037/2001 and (EC) No 1234/2007	Agriculture and Rural Development	01 January 2016*
6.	Regulation (EU) No 167/2013 of the European Parliament and of the Council of 5 February 2013 on the approval and market surveillance of agricultural and forestry vehicles	Internal Market	01 January 2016*
7.	Regulation (EU) No 168/2013 of the European Parliament and of the Council of 15 January 2013 on the approval and market surveillance of two- or three-wheel vehicles and quadricycles	Internal Market	01 January 2016*
8.	Regulation (EU) No 575/2013 of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on prudential requirements for credit institutions and investment firms and amending Regulation (EU) No 648/2012	Financial Services	01 January 2016*

N°	Title	Policy area	Date of application
9.	Regulation (EU) No 660/2014 of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 amending Regulation (EC) No 1013/2006 on shipments of waste	Environment	01 January 2016*
10.	Regulation (EU, Euratom) No 1141/2014 of the European Parliament and of the Council of 22 October 2014 on the statute and funding of European political parties and European political foundations	Institutional	01 January 2016*
11.	Regulation (EU) No 1151/2012 of the European Parliament and of the Council of 21 November 2012 on quality schemes for agricultural products and foodstuffs	Agriculture and Rural Development	04 January 2016*
12.	Regulation (EU) No 524/2013 of the European Parliament and of the Council of 21 May 2013 on online dispute resolution for consumer disputes and amending Regulation (EC) No 2006/2004 and Directive 2009/22/EC (Regulation on consumer ODR)	Consumers	09 January 2016*
13.	Directive 2013/53/EU of the European Parliament and of the Council of 20 November 2013 on recreational craft and personal watercraft and repealing Directive 94/25/EC	Internal Market	18 January 2016
14.	Directive 2013/55/EU of the European Parliament and of the Council of 20 November 2013 amending Directive 2005/36/EC on the recognition of professional qualifications and Regulation (EU) No 1024/2012 on administrative cooperation through the Internal Market Information System ('the IMI Regulation')	Internal Market	18 January 2016
15.	Directive 2014/64/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 amending Council Directive 64/432/EEC as regards computer databases which are part of the surveillance networks in the Member States	Food Safety	18 January 2016
16.	Directive (EU) 2015/254 of the European Parliament and of the Council of 11 February 2015 repealing Council Directive 93/5/EEC on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food	Food Safety	29 February 2016
17.	Council Decision (EU) 2015/137 of 26 January 2015 renewing the terms of office of the Vice-President of the Office for Harmonization in the Internal Market (Trade Marks and Designs) and of two Chairmen of the Boards of Appeal of the Office for Harmonization in the Internal Market (Trade Marks and Designs)	Internal Market	01 March 2016*

N°	Title	Policy area	Date of application
18.	Regulation (EU) No 165/2014 of the European Parliament and of the Council of 4 February 2014 on tachographs in road transport, repealing Council Regulation (EEC) No 3821/85 on recording equipment in road transport and amending Regulation (EC) No 561/2006 of the European Parliament and of the Council on the harmonisation of certain social legislation relating to road transport	Transport	02 March 2016*
19.	Directive 2014/91/EU of the European Parliament and of the Council of 23 July 2014 amending Directive 2009/65/EC on the coordination of laws, regulations and administrative provisions relating to undertakings for collective investment in transferable securities (UCITS) as regards depository functions, remuneration policies and sanctions	Financial Services	18 March 2016
20.	Directive 2014/17/EU of the European Parliament and of the Council of 4 February 2014 on credit agreements for consumers relating to residential immovable property and amending Directives 2008/48/EC and 2013/36/EU and Regulation (EU) No 1093/2010	Financial Services	21 March 2016
21.	Directive 2014/26/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on collective management of copyright and related rights and multi-territorial licensing of rights in musical works for online use in the internal market	Digital Economy and Society	10 April 2016
22.	Directive 2014/23/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the award of concession contracts	Internal Market	18 April 2016
23.	Directive 2014/24/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on public procurement and repealing Directive 2004/18/EC	Internal Market	18 April 2016
24.	Directive 2014/25/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on procurement by entities operating in the water, energy, transport and postal services sectors and repealing Directive 2004/17/EC	Internal Market	18 April 2016
25.	Directive 2014/33/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to lifts and safety components for lifts	Internal Market	19 April 2016
26.	Directive 2014/28/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market and supervision of explosives for civil uses (recast)	Internal Market	20 April 2016

N°	Title	Policy area	Date of application
27.	Directive 2014/29/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market of simple pressure vessels	Internal Market	20 April 2016
28.	Directive 2014/30/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to electromagnetic compatibility (recast)	Internal Market	20 April 2016
29.	Directive 2014/31/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market of non-automatic weighing instruments	Internal Market	20 April 2016
30.	Directive 2014/32/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market of measuring instruments (recast)	Internal Market	20 April 2016
31.	Directive 2014/34/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to equipment and protective systems intended for use in potentially explosive atmospheres (recast)	Internal Market	20 April 2016
32.	Directive 2014/35/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market of electrical equipment designed for use within certain voltage limits	Internal Market	20 April 2016
33.	Regulation (EU) No 952/2013 of the European Parliament and of the Council of 9 October 2013 laying down the Union Customs Code	Taxation	01 May 2016*
34.	Directive 2014/40/EU of the European Parliament and of the Council of 3 April 2014 on the approximation of the laws, regulations and administrative provisions of the Member States concerning the manufacture, presentation and sale of tobacco and related products and repealing Directive 2001/37/EC	Health	20 May 2016
35.	Directive 2014/54/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on measures facilitating the exercise of rights conferred on workers in the context of freedom of movement for workers	Employment	21 May 2016
36.	Directive 2014/62/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on the protection of the euro and other currencies against counterfeiting by criminal law, and replacing Council Framework Decision 2000/383/JHA	Anti-Fraud	23 May 2016

N°	Title	Policy area	Date of application
37.	Regulation (EU) 2015/751 of the European Parliament and of the Council of 29 April 2015 on interchange fees for card-based payment transactions	Financial Services	09 June 2016*
38.	Directive 2014/53/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market of radio equipment and repealing Directive 1999/5/EC	Internal Market	13 June 2016
39.	Regulation (EU) No 598/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on the establishment of rules and procedures with regard to the introduction of noise-related operating restrictions at Union airports within a Balanced Approach and repealing Directive 2002/30/EC	Environment	13 June 2016
40.	Directive 2014/56/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 amending Directive 2006/43/EC on statutory audits of annual accounts and consolidated accounts	Internal Market	17 June 2016
41.	Regulation (EU) No 537/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on specific requirements regarding statutory audit of public-interest entities and repealing Commission Decision 2005/909/EC	Internal Market	17 June 2016*
42.	Directive 2014/67/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on the enforcement of Directive 96/71/EC concerning the posting of workers in the framework of the provision of services and amending Regulation (EU) No 1024/2012 on administrative cooperation through the Internal Market Information System ('the IMI Regulation')	Employment	18 June 2016
43.	Regulation (EU) 2015/848 of the European Parliament and of the Council of 20 May 2015 on insolvency proceedings	Justice	26 June 2016*
44.	Council Directive 2013/64/EU of 17 December 2013 amending Council Directives 91/271/EEC and 1999/74/EC, and Directives 2000/60/EC, 2006/7/EC, 2006/25/EC and 2011/24/EU of the European Parliament and of the Council, following the amendment of the status of Mayotte with regard to the European Union	Regional Policy	30 June 2016*
45.	Directive 2013/35/EU of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on the minimum health and safety requirements regarding the exposure of workers to the risks arising from physical agents (electromagnetic fields) (20th individual Directive within the meaning of Article 16(1) of Directive 89/391/EEC) and repealing Directive 2004/40/EC	Employment	01 July 2016



N°	Title	Policy area	Date of application
46.	Regulation (EU) No 540/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on the sound level of motor vehicles and of replacement silencing systems, and amending Directive 2007/46/EC and repealing Directive 70/157/EEC	Internal Market	01 July 2016*
47.	Regulation (EU) No 910/2014 of the European Parliament and of the Council of 23 July 2014 on electronic identification and trust services for electronic transactions in the internal market and repealing Directive 1999/93/EC	Internal Market	01 July 2016*
48.	Directive 2014/57/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on criminal sanctions for market abuse (market abuse directive)	Internal Market	03 July 2016
49.	Directive 2014/65/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on markets in financial instruments and amending Directive 2002/92/EC and Directive 2011/61/EU	Financial Services	03 July 2016
50.	Regulation (EU) No 596/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on market abuse (market abuse regulation) and repealing Directive 2003/6/EC of the European Parliament and of the Council and Commission Directives 2003/124/EC, 2003/125/EC and 2004/72/EC	Internal Market	03 July 2016*
51.	Regulation (EU) No 655/2014 of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 establishing a European Account Preservation Order procedure to facilitate cross-border debt recovery in civil and commercial matters	Justice	18 July 2016 (Art. 50 only, the rest of the regulation 18 January 2016)
52.	Directive 2014/68/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market of pressure equipment	Internal Market	19 July 2016*
53.	Regulation (EU) No 609/2013 of the European Parliament and of the Council of 12 June 2013 on food intended for infants and young children, food for special medical purposes, and total diet replacement for weight control and repealing Council Directive 92/52/EEC, Commission Directives 96/8/EC, 1999/21/EC, 2006/125/EC and 2006/141/EC, Directive 2009/39/EC of the European Parliament and of the Council and Commission Regulations (EC) No 41/2009 and (EC) No 953/2009	Food Safety	20 July 2016*
54.	Directive 2014/89/EU of the European Parliament and of the Council of 23 July 2014 establishing a framework for maritime spatial planning	Maritime Affairs	18 September 2016

N°	Title	Policy area	Date of application
55.	Directive 2014/90/EU of the European Parliament and of the Council of 23 July 2014 on marine equipment and repealing Council Directive 96/98/EC	Transport	18 September 2016
56.	Directive 2014/92/EU of the European Parliament and of the Council of 23 July 2014 on the comparability of fees related to payment accounts, payment account switching and access to payment accounts with basic features	Financial Services	18 September 2016
57.	Directive 2014/36/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the conditions of entry and stay of third-country nationals for the purpose of employment as seasonal workers	Home Affairs	30 September 2016
58.	Council Decision (CFSP) 2015/1763 of 1 October 2015 concerning restrictive measures in view of the situation in Burundi	External Affairs	03 October 2016
59.	Directive 2014/42/EU of the European Parliament and of the Council of 3 April 2014 on the freezing and confiscation of instrumentalities and proceeds of crime in the European Union	Justice	04 October 2016
60.	Directive 2014/94/EU of the European Parliament and of the Council of 22 October 2014 on the deployment of alternative fuels infrastructure	Energy	18 November 2016
61.	Directive (EU) 2015/720 of the European Parliament and of the Council of 29 April 2015 amending Directive 94/62/EC as regards reducing the consumption of lightweight plastic carrier bags	Environment	27 November 2016
62.	Directive 2013/48/EU of the European Parliament and of the Council of 22 October 2013 on the right of access to a lawyer in criminal proceedings and in European arrest warrant proceedings, and on the right to have a third party informed upon deprivation of liberty and to communicate with third persons and with consular authorities while deprived of liberty	Justice	27 November 2016
63.	Directive 2014/66/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on the conditions of entry and residence of third-country nationals in the framework of an intra-corporate transfer	Home Affairs	29 November 2016
64.	Directive 2014/95/EU of the European Parliament and of the Council of 22 October 2014 amending Directive 2013/34/EU as regards disclosure of non-financial and diversity information by certain large undertakings and groups	Internal Market	06 December 2016

N°	Title	Policy area	Date of application
65.	Regulation (EU) No 1169/2011 of the European Parliament and of the Council of 25 October 2011 on the provision of food information to consumers, amending Regulations (EC) No 1924/2006 and (EC) No 1925/2006 of the European Parliament and of the Council, and repealing Commission Directive 87/250/EEC, Council Directive 90/496/EEC, Commission Directive 1999/10/EC, Directive 2000/13/EC of the European Parliament and of the Council, Commission Directives 2002/67/EC and 2008/5/EC and Commission Regulation (EC) No 608/2004	Consumers	13 December 2016*
66.	Directive 2014/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2014 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union	Competition	27 December 2016
67.	Council Directive 2014/112/EU of 19 December 2014 implementing the European Agreement concerning certain aspects of the organisation of working time in inland waterway transport, concluded by the European Barge Union (EBU), the European Skippers Organisation (ESO) and the European Transport Workers' Federation (ETF)	Employment	31 December 2016
68.	Regulation (EU) No 1286/2014 of the European Parliament and of the Council of 26 November 2014 on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products (PRIIPs)	Financial Services	31 December 2016*



Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL EUROPÉEN ET AU COMITÉ  
DES RÉGIONS**

**Programme de travail de la Commission pour 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**

Il y a un an, la Commission a pris un nouveau départ. À partir des orientations politiques<sup>1</sup>, nous avons défini les priorités de la Commission et nous nous sommes engagés à nous concentrer sur les grands enjeux, sur lesquels les citoyens attendent de l'Europe qu'elle fasse la différence. Nous avons décidé de changer notre mode de fonctionnement, de faire preuve d'ouverture et de répondre de nos actes. Et nous avons invité le Parlement européen et le Conseil à coopérer avec nous pour induire ce changement. Obtenir ensemble des résultats dans les domaines qui importent vraiment est, en effet, la seule manière de faire en sorte que les Européens aient de nouveau confiance dans le fait que notre Union est là pour les servir.

Les citoyens jugeront l'Union européenne sur sa capacité de faire face aux grands défis qui se posent à nos sociétés aujourd'hui: l'emploi, la croissance, le retard d'investissement. Les réfugiés en quête de protection, fuyant l'instabilité et la guerre. Les changements climatiques et la pression sur les ressources naturelles. Les inégalités, l'intolérance et le sentiment d'insécurité dans certaines parties de nos communautés. La réalité de l'interdépendance mondiale et notre manque de confiance en l'Europe et dans le rôle qu'elle peut jouer dans l'émergence d'un nouvel ordre mondial.

Les dix priorités définies dans le «programme pour l'emploi, la croissance, l'équité et le changement démocratique» – qui constitue à la fois la lettre de mission de la Commission Juncker et la base sur laquelle nous avons été élus – visent à relever ces défis. Les événements marquants de l'année écoulée – avec la relance plus lente que prévue de nos économies et la nécessité de rétablir la stabilité de l'économie grecque, la pression migratoire à nos frontières extérieures, nourrie par l'insécurité régnant dans notre voisinage, les attaques terroristes contre Charlie Hebdo et ailleurs sur le territoire européen – n'ont fait que renforcer notre détermination à conserver ces priorités au premier plan, à faire d'autres choses et à les faire autrement.

### **Faire d'autres choses**

L'année dernière, nous avons dit que nous ferions d'autres choses et que nous nous concentrerions sur les grands enjeux. Depuis lors, nous avons exposé notre vision, et les mesures concrètes qu'il convient de prendre, dans le plan d'investissement, le marché unique numérique, l'union de l'énergie, le programme européen en matière de sécurité, le programme européen en matière de migration, l'union des marchés des capitaux, le plan d'action pour une fiscalité des entreprises juste et efficace, la nouvelle stratégie en matière de commerce et nos propositions les plus récentes visant à approfondir et renforcer notre Union économique et monétaire. Nous présentons cette semaine notre stratégie pour le marché unique des biens et les services<sup>2</sup> et, d'ici la fin de l'année, nos plans pour une économie circulaire durable, pour la mobilité de la main-d'œuvre et pour une meilleure gestion de nos frontières extérieures viendront compléter ce tableau. Le nouveau «programme pour une meilleure réglementation» de la Commission sous-tend l'ensemble de ces actions.

---

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_fr.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_fr.pdf)

<sup>2</sup> COM(2015) 550 du 28.10.2015.

À la suite d'un dialogue permanent avec le Parlement européen et le Conseil amorcé par le discours sur l'état de l'Union prononcé par le président le 9 septembre<sup>3</sup>, le présent programme de travail expose les initiatives clés que nous prendrons dans les douze mois à venir pour honorer ces engagements<sup>4</sup>. Tout ne peut pas être accompli en un an, mais nos engagements représentent un programme législatif substantiel et un cadre pour les actions ultérieures qui seront incluses dans de futurs programmes de travail, dont les travaux préparatoires, notamment sous la forme d'évaluations, de consultations et d'analyses d'impact, débiteront en 2016.

Nous avons donné la priorité aux modifications législatives qui, si elles sont adoptées rapidement, peuvent avoir un impact direct sur l'emploi et la croissance, sur notre environnement et notre bien-être social, sur notre sécurité et notre manière d'aborder un monde interconnecté.

Le Parlement européen, élu directement, et le Conseil, constitué de ministres de chaque gouvernement national, qui sont les colégislateurs de l'Union, ont adopté avec une rapidité sans précédent les propositions de la Commission relatives au Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFSD), à la modification du budget européen pour 2015 visant à renforcer le soutien financier dans le cadre de la crise des réfugiés, à une enveloppe de 35 milliards d'euros pour l'emploi et à la croissance en Grèce, et aux décisions d'urgence en vue de la relocalisation dans l'UE de réfugiés ayant besoin d'une protection internationale. Un tel effort conjoint pour parvenir à des résultats rapides dans les domaines où il est le plus important de prendre des décisions, et d'agir promptement, ne devrait plus être l'exception mais bien la norme.

Ainsi, avant d'élaborer le présent programme de travail, la Commission a mené des discussions intensives et constructives avec les partenaires institutionnels pour établir un consensus sur ce que devraient être les priorités. Les meilleures propositions ne changeront rien si elles restent sur la table des négociations pendant des années sans qu'un accord ne se dégage. C'est aussi pour cette raison que nous avons recensé certaines propositions existantes qui méritent d'être adoptées rapidement par les colégislateurs<sup>5</sup>, et que nous comptons retirer un certain nombre de propositions antérieures de la Commission qui ne sont plus pertinentes ou ont été bloquées, ou dont le niveau d'ambition ne correspond plus aux besoins actuels, afin de libérer de l'espace pour les débats à consacrer aux propositions prioritaires qui ont de bonnes chances d'être adoptées<sup>6</sup>.

## **Faire les choses différemment**

---

<sup>3</sup> <http://ec.europa.eu/priorities/soteu>.

Voir aussi la lettre d'intention signée par le président et le premier vice-président de la Commission et adressée aux présidents du Parlement européen et du Conseil. Sur cette base, des réunions ont eu lieu entre le président et le Coreper le 10 septembre, le premier vice-président a discuté avec le Conseil «Affaires générales» le 13 octobre, la Commission a rencontré la Conférence des présidents des commissions le 6 octobre; enfin, le président et le premier vice-président ont rencontré la Conférence des présidents le 20 octobre.

<sup>4</sup> Annexe I.

<sup>5</sup> Annexe III.

<sup>6</sup> Annexe IV.

De nouveaux défis exigent des réponses nouvelles et ambitieuses, mais nous devons rester tout aussi ambitieux face aux défis présents et surtout vérifier que, lorsqu'une réponse à l'échelon européen se justifie, elle concourt avec une efficacité optimale à la réalisation de nos objectifs communs. Ce sont les résultats qui importent, et pas les bonnes intentions. L'engagement de la Commission à améliorer la réglementation passe par l'examen des éléments de preuve et consiste à faire en sorte que, lorsque l'UE intervient, elle change réellement les choses de façon positive sur le terrain. Nous devons donc constamment veiller à ce que notre législation et nos programmes de dépenses soient efficaces et restent adaptés à leur finalité.

Dans de nombreux domaines, une approche commune au niveau européen est indispensable si nous voulons atteindre nos objectifs ambitieux – un niveau élevé de protection de l'environnement, des normes élevées dans le domaine social et en matière d'emploi, la sécurité de l'approvisionnement en énergie, une prospérité économique profitable pour tous, une politique en matière de migration qui reflète nos valeurs communes. Mais des règles désuètes, trop lourdes ou d'application trop complexe en pratique ne permettront pas d'atteindre les objectifs qu'elles poursuivent.

Vérifier que nos règles sont bien adaptées à la réalisation de nos ambitions dans ces domaines n'est pas une formalité qu'il faut craindre, mais une chance de les améliorer – une occasion de nous assurer que, dans des domaines tels que la législation en matière de santé et de sécurité, les règles sont applicables et seront bien appliquées, de sorte que les normes élevées que nous nous sommes fixées sont réellement appliquées sur chaque lieu de travail, dans l'intérêt des travailleurs de l'ensemble de l'Union.

C'est la raison pour laquelle nous avons décidé d'inclure, dans ce programme de travail, nos plans de réexamen de la législation existante dans des domaines essentiels, et de nous assurer que celle-ci est toujours de nature à faire réellement la différence sur le terrain<sup>7</sup>. D'autre part, nous proposons d'abroger certaines réglementations qui ont perdu de leur pertinence<sup>8</sup>. Dans le même esprit, afin d'informer les citoyens et les entreprises, nous attirons l'attention sur les nouveaux instruments législatifs de l'UE qui s'appliqueront pour la première fois dans le courant de l'année prochaine<sup>9</sup>.

Surveiller l'application de la législation européenne et, si nécessaire, assurer sa mise en œuvre correcte est l'une des responsabilités majeures de la Commission, qui n'a toutefois pas toujours reçu l'attention politique qu'elle mérite. Nous avons entrepris de changer cela et de renforcer les activités de contrôle de l'application dans les domaines les plus importants, par exemple à propos de nos règles communes en matière d'asile, dont la bonne application est essentielle si l'on veut maintenir la confiance dans l'espace Schengen sans frontières intérieures. L'application de nos règles communes européennes sur le terrain suppose d'agir en partenariat étroit avec des acteurs intervenant à tous les niveaux – national, régional et local.

---

<sup>7</sup> Annexe II.

<sup>8</sup> Annexe V.

<sup>9</sup> Annexe VI.

Nous sommes déterminés à mobiliser tous les instruments à notre disposition pour atteindre nos objectifs. À un moment où les ressources doivent satisfaire des besoins plus considérables que jamais, le budget de l'Union doit être axé sur les résultats. Le réexamen à mi-parcours du cadre financier pluriannuel sera l'occasion de réfléchir aux moyens de mieux cibler les financements sur les priorités qui s'imposent à nous, comme les dimensions intérieure et extérieure de la crise des réfugiés. La Commission proposera en outre une stratégie relative à «un budget européen axé sur les résultats» pour faire en sorte que les financements futurs soient davantage axés sur l'obtention de résultats. Des efforts supplémentaires peuvent être faits pour faciliter le recours à des instruments financiers innovants, et il existe de nombreuses possibilités de simplification (notamment dans les domaines de l'agriculture, des fonds structurels et d'investissement et du renforcement des efforts de recherche), d'amélioration des performances, et de mesures établissant un lien entre l'efficacité des fonds et une bonne gouvernance économique.

Pour la deuxième année de son mandat, le principe guidant l'action de la Commission reste clair: être très visible sur les grands enjeux et plus efficace dans la manière d'y répondre<sup>10</sup>, et rester plus discrète sur les questions de moindre importance qui ne nécessitent pas d'action commune de l'Union. Avec ce programme de travail, organisé autour des dix priorités définies par le président Juncker au début de notre mandat, nous réaffirmons notre engagement à collaborer avec nos partenaires du Parlement européen et du Conseil pour obtenir les résultats que les Européens attendent. Compte tenu des défis auxquels l'Europe est confrontée aujourd'hui, l'heure n'est plus à une gestion conventionnelle.

\*\*\*

## **1. Un nouvel élan pour l'emploi, la croissance et l'investissement**

L'histoire montre que les Européens ont une aptitude intrinsèque à travailler dur, à innover, à créer et à vendre leurs idées au reste du monde. Nous ne pouvons pas nous permettre de gaspiller les talents et le potentiel de toute une génération. La Commission continuera à aider les États membres dans leurs efforts pour remettre les gens au travail. Nous avons engagé par anticipation un milliard d'euros pour accélérer la mise en œuvre de l'initiative pour l'emploi des jeunes, dont le but est d'aider jusqu'à 650 000 jeunes à trouver un emploi, un apprentissage, un stage ou une formation continue dans l'ensemble de l'Europe. Nous avons proposé, à l'intention des États membres, des orientations visant à favoriser le retour à l'emploi des chômeurs de longue durée.

Il faut que nous donnions aux Européens les moyens de s'adapter aux besoins d'un monde en évolution rapide, et à ceux des marchés du travail émergents. Notre stratégie pour des compétences nouvelles pour l'Europe promouvra l'investissement dans le capital humain tout au long de la vie, qu'il s'agisse de formation professionnelle, d'enseignement supérieur ou de compétences numériques et en matière de hautes technologies, ou encore du savoir-être que

---

<sup>10</sup> Dans ce contexte, la Commission concentrera son travail de communication en 2016 sur les priorités de la Commission, sur la base de l'action de communication institutionnelle en 2016 au titre du cadre financier pluriannuel 2014-2020 [C(2015) 7346 du 27.10.2015].



chaque personne doit acquérir pour s'engager activement dans des lieux de travail et des sociétés en mutation. Afin d'accroître la participation des femmes au marché du travail, une attention particulière sera accordée à l'équilibre entre vie professionnelle et vie privée pour les familles qui travaillent. La directive sur la présence des femmes dans les conseils des sociétés devrait être adoptée en 2016 et la Commission poursuivra ses travaux pour promouvoir l'égalité entre les hommes et les femmes.

Nous souhaitons en outre voir les entreprises européennes tirer le meilleur parti des possibilités qu'offre le marché unique pour croître et se poser en concurrentes à l'échelle mondiale. Pour y parvenir, elles ont besoin de moyens de financement stables, d'un environnement économique sain et d'infrastructures modernes. Le plan d'investissement pour l'Europe fonctionne à présent. Le Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFSD) est opérationnel et mobilise des investissements de haute qualité afin de stimuler davantage l'économie européenne, y compris dans le domaine de la recherche. Nous nous emploierons désormais à améliorer le climat d'investissement et à approfondir le marché unique pour qu'il profite davantage aux Européens, que les entreprises aient moins d'obstacles à franchir et que l'innovation bénéficie d'un environnement propice.

Nous devons nous attacher dès à présent à assurer la pérennité future de l'Europe. Nous présenterons une nouvelle approche visant à garantir la croissance économique et la viabilité sociale et environnementale au-delà de l'horizon 2020, en tenant compte du réexamen de la stratégie Europe 2020 et de la mise en œuvre interne et externe des objectifs de développement durable des Nations unies.

Il est essentiel d'optimiser l'utilisation des ressources pour faire en sorte que la croissance soit verte et inclusive. À partir de l'année prochaine, nous allons mettre en œuvre un plan d'action visant à créer un marché unique pour la réutilisation des matériaux et des ressources, qui soutiendra la transition d'une économie linéaire à une économie circulaire. Il faudra agir dans toutes les parties du cycle économique, de l'approvisionnement au recyclage en passant par la production, la consommation et la gestion des déchets, et faire preuve d'innovation pour exploiter les débouchés commerciaux d'une manière compatible avec les impératifs d'efficacité économique et de respect de l'environnement.

Un avenir durable suppose aussi de prévoir et d'atténuer les menaces qui pèsent sur la conservation d'un environnement sain. La Commission continuera à aider les États membres à relever le défi de la résistance aux agents antimicrobiens et à contribuer aux efforts déployés au niveau mondial pour lutter contre cette menace. Pour améliorer le fonctionnement du marché unique des produits de santé, nous allons également entamer des travaux préparatoires et renforcer les consultations sur l'évaluation des technologies de la santé. Nous mènerons à terme les travaux préparatoires complexes déjà en cours pour protéger les Européens contre les dangers des perturbateurs endocriniens<sup>11</sup>, et y donnerons suite. Notre réexamen de la législation sur la sécurité et l'hygiène au travail, y compris en ce qui concerne les agents

---

<sup>11</sup> Les perturbateurs endocriniens sont des substances chimiques qui, à certaines doses, peuvent interférer avec le système hormonal des mammifères.

cancérogènes et mutagènes, permettra de rendre plus efficace et efficient un cadre européen modernisé pour la protection des travailleurs.

## **2. Un marché unique numérique connecté**

Une économie numérique prospère peut contribuer à développer des marchés et créer de nouvelles sources d'emploi. L'Europe peut jouer un rôle de premier plan dans ce domaine si nous parvenons à remédier à la fragmentation, à améliorer l'offre dont bénéficient les consommateurs européens et à ouvrir de nouvelles perspectives aux entreprises. C'est la raison pour laquelle la Commission a proposé en mai 2015 la stratégie pour le marché unique numérique. Notre objectif est de présenter toutes les propositions nécessaires avant la fin de l'année 2016, pour que l'Union puisse se doter d'un marché unique numérique pleinement opérationnel au cours du mandat de la présente Commission.

En décembre, nous présenterons notre vision d'une approche plus moderne et plus européenne du droit d'auteur, afin de tenir compte de la révolution numérique. Nous présenterons aussi des propositions sur les droits des contrats numériques. D'autres initiatives dans les domaines du droit d'auteur, du blocage géographique, de la libre circulation des données, de l'informatique en nuage et de la TVA applicable au commerce électronique seront présentées dans le courant de l'année 2016.

À la suite de l'accord intervenu sur les propositions «continent connecté», dont la suppression des frais d'itinérance d'ici à 2017, nous travaillons à une révision complète du cadre réglementaire des télécommunications. À la suite des examens respectifs effectués dans le cadre du programme REFIT, nous allons réviser la directive sur les services de médias audiovisuels, la directive «satellite et câble» et le règlement relatif à la coopération en matière de protection des consommateurs, pour faire en sorte que le système soit à la hauteur des attentes des citoyens. Nous coopérerons avec les colégislateurs pour parvenir d'ici à la fin de l'année à un accord sur la réforme de la protection des données et sur la directive concernant la sécurité des réseaux et de l'information – deux éléments essentiels pour instaurer la confiance et la sécurité dans le marché unique numérique en pleine croissance.

Notre objectif ambitieux est et reste<sup>12</sup> de mettre fin à la fragmentation nationale en ce qui concerne la réglementation des télécommunications, la législation relative au droit d'auteur et à la protection des données, la gestion des fréquences et l'application du droit de la concurrence, en tenant pleinement compte de la diversité culturelle. En créant un marché unique numérique connecté, nous pouvons générer jusqu'à 250 milliards d'euros de croissance supplémentaire en Europe au cours du mandat de cette Commission, et créer ainsi des centaines de milliers de nouveaux emplois, au profit notamment des jeunes au chômage, et une société de la connaissance dynamique.

---

<sup>12</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_fr.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_fr.pdf)

### **3. Une Union plus résiliente sur le plan de l'énergie, dotée d'une politique visionnaire en matière de changement climatique**

Dans le cadre de notre stratégie pour l'union de l'énergie, la Commission a défini les actions clés nécessaires pour assurer l'approvisionnement énergétique de l'Europe et réduire la dépendance à l'égard des importations, pour intégrer les marchés nationaux de l'énergie, faire de l'efficacité énergétique une priorité, décarboniser l'économie et promouvoir la recherche, l'innovation et la compétitivité. En 2016, nous présenterons la majeure partie des éléments prévus dans la feuille de route de l'union de l'énergie. Nous ferons rapport sur les progrès accomplis et sur ce qui reste à faire dans un rapport régulier sur l'état de l'union de l'énergie.

L'Union européenne étant un des principaux acteurs des négociations de Paris sur le climat, la mise en œuvre du paquet «climat et énergie à l'horizon 2030» sera l'une des grandes priorités l'an prochain pour faire en sorte que les objectifs soient atteints. En 2016, la Commission mettra sur la table une proposition de répartition de l'effort pour les secteurs non couverts par le système d'échange de quotas d'émission (SEQE), tels que la construction, l'agriculture et la décarbonisation des transports. Nous promouvons la mise en place de systèmes de péage routier non discriminatoires fondés sur les principes du pollueur-payeur et de l'utilisateur-payeur, ainsi que les efforts visant à instaurer un espace européen unique des transports, favorisant une utilisation plus efficace de l'infrastructure routière existante et une utilisation plus souple du parc de véhicules. Afin d'accélérer la transition énergétique, la Commission proposera également des initiatives portant sur une nouvelle organisation du marché de l'énergie, sur la réalisation de l'objectif fixé pour 2030 en matière d'interconnexion électrique (capacité de transfert de 15 % de l'électricité produite vers les pays voisins), sur la sécurité d'approvisionnement en énergie, sur les énergies renouvelables et sur l'efficacité énergétique. Enfin, nous mettrons sur pied une stratégie intégrée pour la recherche, l'innovation et la compétitivité dans le cadre de l'union de l'énergie, afin d'exploiter le potentiel d'emploi et de croissance de l'économie à faible intensité de carbone.

### **4. Un marché intérieur plus approfondi et plus équitable, doté d'une base industrielle renforcée**

Le marché unique est un atout précieux pour l'Europe, voire son meilleur atout. Il permet aux personnes, aux produits, aux services et aux capitaux de circuler plus librement. Il élargit le choix qui s'offre aux consommateurs et les fait profiter de prix plus bas. Il permet de choisir librement le pays où l'on veut vivre, travailler et étudier. Il ouvre des possibilités aux professionnels et aux entreprises en réduisant la bureaucratie qu'ils devraient supporter pour leurs activités transfrontières si le marché unique n'existait pas. Il est le fondement de la compétitivité de nos entreprises européennes.

En adoptant cette semaine la stratégie pour le marché unique, nous avons insisté sur la nécessité de consolider ces atouts et de continuer à libérer tout le potentiel de notre marché intérieur, en l'adaptant à l'évolution des conditions économiques et en en faisant un tremplin pour aider nos entreprises et nos secteurs d'activité à prospérer dans une économie mondialisée. Nous allons à présent nous concentrer sur des mesures concrètes, qu'il s'agisse

de soutenir la croissance des entreprises en phase de démarrage, de libérer le potentiel qu'offrent les nouveaux modèles économiques issus de l'économie collaborative, ou de faciliter la fourniture transfrontière de services, de moderniser notre système de normes ou de faire en sorte que l'on applique correctement et fasse respecter la législation relative au marché unique dans la pratique. Nous nous emploierons à supprimer les obstacles juridiques et techniques qui s'opposent à l'accès au marché du transport routier, et à renforcer le contrôle de l'application de la législation sociale en vigueur. Nous nous attachons à aider les PME et les entreprises en phase de démarrage à se développer en nous attaquant aux obstacles réglementaires et en facilitant l'accès au financement. Nous présenterons une nouvelle initiative concernant les procédures de restructuration préventive et visant à donner une deuxième chance aux entrepreneurs après une faillite.

Mettre en œuvre l'union des marchés des capitaux (UMC) est un élément essentiel de ces travaux, car la réalisation d'un marché unique des capitaux, des financements et de l'épargne jouera un rôle essentiel dans la suppression des goulets d'étranglement en matière d'investissement et dans le soutien à la croissance des entreprises au sein du marché unique. Il sera important que les colégislateurs se mettent rapidement d'accord sur la proposition de la Commission en matière de titrisation. Plus tard dans l'année, la Commission présentera également une proposition de réforme de la directive «prospectus», pour que les petites entreprises puissent plus facilement se faire coter en bourse et accéder aux financements de marché, ainsi que d'autres mesures visant à faciliter la création de fonds de capital-risque et à développer une nouvelle culture du capital-risque afin de créer des perspectives pour l'entreprenariat.

Pour aider les Européens à tirer le meilleur parti des possibilités d'emploi au sein du marché unique, nous avons déjà proposé des mesures visant à renforcer le portail européen sur la mobilité de l'emploi (portail EURES) et la coopération entre les services de l'emploi. Les propositions en faveur de la mobilité de la main-d'œuvre que nous présenterons d'ici à la fin de l'année comprendront des mesures destinées à lutter contre les abus grâce à une meilleure application et à une meilleure coordination des systèmes de sécurité sociale, et nous présenterons une révision ciblée de la directive sur le détachement des travailleurs afin de lutter contre les pratiques déloyales entraînant un dumping social et la fuite des cerveaux, en assurant une égalité de salaire pour un travail égal dans un même lieu de travail.

Nous veillerons aussi tout particulièrement à améliorer l'accès à une série de biens et de services pour les personnes handicapées.

En 2016, nous examinerons également de plus près une sélection limitée de secteurs, soit en raison de leur potentiel de croissance, soit parce qu'ils sont confrontés à des défis spécifiques. Nous présenterons une stratégie en vue d'exploiter tous les avantages qu'offrent les programmes spatiaux européens tels que Galileo et Copernicus pour l'économie de l'Europe et pour ses citoyens. Nous allons élaborer et mettre en œuvre un plan d'action européen visant à faire que notre marché de la défense en mesure de faire face aux besoins futurs en matière de sécurité. Nous assurerons le suivi de la stratégie en matière d'aviation, qui sera présentée dans le courant de l'année. Et compte tenu de l'évolution de la situation dans le secteur

agricole, nous présenterons, pour l'an prochain déjà, notre rapport sur le fonctionnement du marché du lait.

La Commission présentera un plan d'action sur la TVA qui prévoira de nouvelles étapes vers un régime définitif efficace et à l'épreuve de la fraude, ainsi que des initiatives sur les taux de TVA et le commerce électronique dans le cadre du marché unique numérique. Nous avons aussi l'intention de retirer un certain nombre de propositions en matière de TVA qui sont déjà sur la table mais qui ont peu progressé au sein du Conseil ou qui se sont vu vider de manière inacceptable de leur important potentiel de simplification, comme dans le cas de la déclaration de TVA standard.

Nous voulons aussi progresser davantage vers une fiscalité des entreprises équitable, efficace et propice à la croissance, fondée sur le principe que les entreprises devraient payer des impôts dans le pays où elles réalisent leurs bénéfices. Nous présenterons un ensemble de mesures visant à renforcer la transparence du système d'imposition des sociétés et la lutte contre l'évasion fiscale, notamment par la mise en œuvre de normes internationales relatives à l'érosion de la base d'imposition et au transfert de bénéfices. Nous avons l'intention de retirer la proposition concernant une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés, qui est bloquée, et de la remplacer par des propositions en vue d'une approche progressive, en commençant par dégager un accord sur une assiette fiscale obligatoire. Cela permettra d'améliorer le marché unique pour les entreprises, tout en comblant les lacunes et en veillant à ce que chaque entreprise paie sa juste part de l'impôt.

## **5. Une Union économique et monétaire plus approfondie et plus équitable**

La Commission vient de présenter les éléments clés de la première phase de la procédure visant à compléter l'Union économique et monétaire (UEM), exposés dans le rapport des cinq présidents.<sup>13</sup> Nous avons proposé une approche renouvelée du semestre européen et une panoplie plus efficace d'instruments de gouvernance économique, notamment la mise en place de conseils nationaux de la compétitivité et d'un comité budgétaire européen consultatif. Nous proposons d'établir un meilleur dialogue entre la Commission et le Parlement européen afin d'améliorer la responsabilité démocratique de notre système de gouvernance économique. Nous appelons également à une représentation plus unifiée de la zone euro au sein des organisations internationales (notamment le FMI). D'ici à la fin de l'année, nous présenterons un système européen de garantie des dépôts fondé sur un mécanisme de réassurance et définirons comment réduire encore les risques et garantir des conditions de concurrence équitables dans le secteur bancaire.

Ces mesures représentent un important pas en avant vers une UEM plus résistante et plus prospère. Dans ce contexte, le semestre européen 2016 mettra également davantage l'accent sur la situation économique et budgétaire dans l'ensemble de la zone euro, renforcera l'importance accordée aux performances des États membres dans le domaine social et en matière d'emploi et favorisera la convergence, notamment en éliminant les obstacles nationaux à l'investissement.

---

<sup>13</sup> [http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report\\_fr.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report_fr.pdf)

La mise en place d'un socle européen de droits sociaux contribuera à cet objectif. La Commission adoptera deux axes de travail complémentaires: le premier consistera à moderniser la législation en vigueur en matière de politique sociale et à combler ses lacunes afin de prendre en compte l'environnement de travail actuel et de veiller à ce que les nouveaux modèles de travail maintiennent un juste équilibre dans les relations entre les employeurs et les travailleurs; le second permettra de déterminer des critères sociaux, relatifs notamment au concept de flexicurité, qui seront fondés sur les meilleures pratiques dans les États membres en vue d'une convergence accrue, surtout dans la zone euro, en ce qui concerne le fonctionnement du marché du travail, les compétences et la protection sociale.

Nous allons poursuivre ces travaux dans le cadre d'un dialogue renforcé avec le Parlement européen, les États membres, les parlements nationaux et les partenaires sociaux. Pour préparer la transition de la phase 1 à la phase 2 de l'achèvement de l'UEM et élaborer le livre blanc de la Commission prévu pour le printemps 2017, la Commission lancera une consultation de grande envergure et un débat dans l'ensemble de l'UE. Nous nous appuyerons également sur les données analytiques fournies par un groupe d'experts de haut niveau qui sera mis sur pied en 2016. Le Parlement européen sera étroitement associé à l'ensemble de ces travaux préparatoires.

## **6. Un accord de libre-échange raisonnable et équilibré avec les États-Unis**

Le commerce international et les investissements sont des moteurs essentiels de la reprise économique en Europe. L'UE est particulièrement bien placée pour veiller à ce que les chances offertes par la mondialisation bénéficient bel et bien aux citoyens européens, en toute transparence et de manière responsable sur les plans social et environnemental. Grâce à une politique commerciale active, nous serons assurés d'être reliés aux nouveaux centres de la croissance mondiale et de faire partie des nouvelles chaînes de valeur numériques et internationales. Cela offrira des opportunités pour nos entreprises et créera des emplois de qualité sans transiger sur nos valeurs ou normes européennes.

L'accord de partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (TTIP) avec les États-Unis reste une priorité fondamentale pour 2016. Nous nous sommes engagés à négocier un accord équitable et équilibré avec les États-Unis, avec une nouvelle approche solide en matière de protection des investissements. Nous avons l'intention de renforcer la coopération avec la région Asie-Pacifique, dans le cadre par exemple des négociations de l'accord de libre-échange (ALE) entre l'UE et le Japon et d'un accord d'investissement entre l'UE et la Chine, en demandant l'autorisation de négocier des ALE avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande et en entamant des négociations de libre-échange avec les Philippines et l'Indonésie dès que les conditions seront réunies. Cet ambitieux programme d'accords bilatéraux sur les échanges commerciaux, qui englobe déjà 27 partenaires de négociation, vient compléter le système multilatéral de l'Organisation mondiale du commerce, qui reste au cœur de l'approche de l'UE.

En 2016, l'objectif de la Commission est de voir l'application provisoire d'un certain nombre de nouveaux accords, dont ceux conclus avec le Canada et avec plusieurs régions de

l’Afrique, des Caraïbes et du Pacifique. Nous suivrons attentivement les accords existants tels que ceux conclus avec les pays du voisinage oriental de l’UE. Des travaux seront entamés en vue de moderniser quelques-uns de nos accords existants à la lumière des nouvelles réalités économiques, notamment avec des pays comme la Turquie, le Mexique et le Chili.

Avec la nouvelle stratégie en matière de commerce et d’investissement que nous avons présentée au début de ce mois, nous avons pour objectif d’actualiser les outils de la politique commerciale et de l’orienter davantage vers les services, le commerce numérique, la mobilité, l’accès aux ressources naturelles, l’innovation et d’autres moteurs de l’emploi et de la croissance. Nous axerons davantage notre travail sur la mise en œuvre et le contrôle de l’application, afin de veiller à ce que les possibilités créées par les accords commerciaux débouchent sur de véritables résultats, tout en accordant une attention particulière aux PME et en aidant les travailleurs à s’adapter au changement. Nous nous attacherons également à faire avancer les travaux que nous menons en vue de renforcer la transparence de nos négociations commerciales à l’égard des parties prenantes et des citoyens.

## **7. Un espace de justice et de droits fondamentaux basé sur la confiance mutuelle**

Le terrorisme et la radicalisation, le crime organisé et la cybercriminalité menacent la sécurité des Européens et, possédant par nature un caractère transnational, ils nécessitent une réaction de l’UE. La Commission se concentrera sur la mise en œuvre du programme européen en matière de sécurité, avec des propositions telles que la révision de la décision-cadre sur la lutte contre le terrorisme, de manière à s’attaquer au phénomène des combattants terroristes étrangers, ainsi qu’une proposition relative à la lutte contre la fraude et la contrefaçon des moyens de paiement autres que les espèces. Les travaux se poursuivront en vue de revoir le cadre législatif pour le contrôle des armes à feu. Nous accorderons une attention accrue au développement de la coopération opérationnelle et des outils qui soutiennent la confiance mutuelle indispensable à l’efficacité de la coopération transfrontière des services répressifs, dans le respect total des droits fondamentaux.

La réforme des règles en matière de protection des données (règlement et directive) et la proposition relative au système européen de dossiers passagers devraient être adoptées par les colégislateurs d’ici à la fin de l’année. La Commission a l’intention de conclure avec les États-Unis un accord solide sur le transfert de données à caractère personnel à des fins répressives, qui fournira les garanties nécessaires et proposera notamment une voie de recours pour les personnes physiques. À la lumière de la jurisprudence récente, nous nous emploierons à établir un nouveau cadre garantissant une protection adéquate des données à caractère personnel conservées par les entreprises aux États-Unis.

En 2016, il sera important que les colégislateurs fassent progresser le Parquet européen et la réforme d’Europol. La Commission entend également faire avancer les travaux visant à clarifier les conditions d’accès à la justice en matière d’environnement.

La Commission poursuivra également ses travaux en vue de l'adhésion de l'UE à la convention européenne des droits de l'homme, en tenant pleinement compte de l'avis de la Cour de justice<sup>14</sup>.

## **8. Vers une nouvelle politique migratoire**

La priorité la plus urgente de l'Union à cette heure est de faire face à la crise des réfugiés et de gérer la pression migratoire à nos frontières extérieures. Vu la situation d'instabilité, de guerre et de pauvreté qui existe dans notre voisinage, cette question devra rester au premier rang des priorités politiques au cours des quelques prochaines années.

Le programme européen en matière de migration, que nous avons lancé en mai 2015, prévoit une approche globale de la gestion des migrations reposant sur les principes de solidarité et de responsabilité. Deux mécanismes d'urgence sont déjà opérationnels pour la relocalisation de 160 000 personnes requérant une protection internationale, qui seront transférées des États membres les plus touchés vers d'autres États membres de l'UE. Chaque jour, les opérations conjointes Poseidon et Triton de l'agence Frontex portent secours à des naufragés en Méditerranée. Des équipes d'appui à la gestion des flux migratoires intervenant dans les zones de crise («hotspots») aident désormais les autorités nationales en Grèce et en Italie pour l'identification et l'enregistrement des nouveaux arrivants et pour le traitement de leur dossier. Les efforts se sont intensifiés pour neutraliser les passeurs et démanteler les organisations de traite des êtres humains. Des mesures sont prises pour renvoyer un nombre accru de personnes ne nécessitant pas une protection internationale.

L'UE a déjà mobilisé 4 milliards d'euros pour l'assistance humanitaire, l'aide au développement, l'assistance économique et de stabilisation aux Syriens dans leur pays ainsi qu'aux réfugiés et aux communautés qui les ont accueillis au Liban, en Jordanie, en Iraq, en Turquie et en Égypte. Un montant supplémentaire de 1,8 milliard d'euros sera alloué à la création d'un «fonds d'affectation spéciale d'urgence pour la stabilité et la lutte contre les causes profondes de la migration irrégulière et du phénomène des personnes déplacées en Afrique». Il est fondamental de renforcer et d'approfondir la coopération avec les pays tiers d'origine et de transit pour mieux gérer les flux migratoires, et notamment conjuguer les efforts pour fournir, dans les pays tiers, une assistance au nombre croissant de réfugiés et de personnes déplacées à l'intérieur du pays.

La crise a montré qu'au-delà de ces mesures immédiates, nous devons repenser fondamentalement le mode de gestion de nos frontières extérieures communes ainsi que notre cadre européen en matière d'asile. Dans le courant de l'année, la Commission présentera des propositions concernant un corps européen de garde-frontières et de garde-côtes, s'appuyant sur un renforcement notable de l'agence Frontex.

Nous réviserons notre régime d'asile commun de manière à remédier aux lacunes et aux faiblesses détectées dans le système de Dublin et à renforcer le rôle du Bureau européen d'appui en matière d'asile. Nous insisterons pour que le plan d'action en matière de retour soit

---

<sup>14</sup> JO C 65 du 23.2.2015, p. 2.



pleinement et rapidement mis en œuvre, et qu'un accord se dégage sur les propositions relatives à la mise en œuvre du programme européen en matière de migration. Nous présenterons également des propositions relatives à un système structuré en matière de réinstallation afin que les personnes nécessitant une protection puissent passer en toute sécurité dans l'UE, sans risquer leur vie dans les mains des trafiquants, avec de meilleurs mécanismes de protection dans les régions voisines.

Enfin, pour répondre aux enjeux démographiques et aux besoins du marché de l'emploi à venir pour l'Europe, nous présenterons une nouvelle approche sur la migration légale, comprenant notamment des mesures destinées à améliorer la directive «carte bleue».

## **9. Une Europe plus forte sur la scène internationale**

Dans un monde de plus en plus connecté, contesté et complexe marqué par des mutations dynamiques, la cohérence de l'action extérieure de l'UE et notre capacité à faire usage de tous les instruments disponibles d'une manière concertée pour atteindre nos objectifs et renforcer nos politiques internes prennent une importance d'autant plus grande. Les défis tels que la migration, l'accès à l'énergie et à d'autres ressources et le changement climatique font apparaître la nécessité d'une véritable dimension extérieure pour pouvoir obtenir des résultats sur les grands objectifs de politique interne et pour permettre à l'UE de profiter des possibilités qui s'offrent à elle de promouvoir, dans le reste du monde, ses valeurs telles que la démocratie, les droits de l'homme, l'égalité et la solidarité, ainsi que l'histoire et la culture européenne. La Commission apportera dès lors une aide substantielle pour soutenir l'action de la haute représentante et vice-présidente sur une nouvelle stratégie globale concernant les questions de politique étrangère et de sécurité.

Pour faire face à des crises aiguës telles que les conflits en Syrie, en Libye et en Ukraine, la Commission continuera à prendre des initiatives pour appuyer des acteurs internationaux comme les Nations unies et l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe, en recourant à toute la gamme des politiques, des financements et des autres outils à sa disposition. Nous allons examiner et perfectionner nos instruments afin de renforcer la sécurité et le développement dans les pays partenaires, et proposer des mesures visant à les aider à améliorer la gouvernance du secteur sécuritaire et le renforcement des capacités.

À l'issue de la consultation publique en cours, nous présenterons un nouveau cadre d'action post-Cotonou régissant les relations avec les États et régions d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique. La politique de développement de la Commission, de même que la nouvelle stratégie en matière de commerce et d'investissement, auront également pour effet de favoriser le développement économique, d'appuyer la protection sociale et environnementale, de défendre les droits de l'homme, de lutter contre la corruption et d'améliorer la gestion des flux migratoires tout en s'attaquant à leurs causes profondes.

La Commission poursuivra ses efforts pour concrétiser davantage la perspective d'adhésion des pays candidats. Dans ce contexte, nous renforcerons notre partenariat avec la Turquie, grâce notamment à la mise en œuvre du plan d'action sur les migrations et à la modernisation

de l'Union douanière. La nouvelle politique européenne de voisinage fournira un cadre plus ciblé et taillé sur mesure destiné à soutenir la stabilisation et le développement démocratique des pays du voisinage oriental et méridional.

Nous prêterons également main-forte à la haute représentante et vice-présidente pour approfondir les relations bilatérales avec les principaux partenaires de l'UE. Des approches stratégiques sur mesure devront être actualisées de manière régulière, à commencer par la politique de l'UE à l'égard la Chine par exemple. Après l'aboutissement des négociations sur le nucléaire avec l'Iran, il serait possible d'envisager un cadre renouvelé de l'engagement de l'UE avec ce pays, sous réserve de la mise en œuvre intégrale de l'accord.

## **10. Une Union du changement démocratique**

La Commission travaillera en partenariat avec le Parlement européen et le Conseil pour veiller à ce que les négociations relatives à un nouvel accord interinstitutionnel sur l'amélioration de la réglementation puissent s'achever d'ici à la fin de l'année, afin de renforcer notre engagement commun en faveur d'une meilleure réglementation en tant qu'outil pour de meilleurs résultats, d'accroître la transparence concernant le mode d'adoption des décisions européennes et de doter les trois institutions des moyens nécessaires pour mieux travailler ensemble à l'avenir.

En 2016, nous présenterons notre proposition d'accord interinstitutionnel relatif à un registre de transparence obligatoire pour les représentants d'intérêts qui cherchent à influencer sur l'élaboration des politiques au sein du Parlement européen, du Conseil et de la Commission.

L'an dernier, nous avons intensifié l'engagement de la Commission et le dialogue avec les parlements nationaux, tant au niveau des réunions et des échanges de vues avec les commissions parlementaires qu'au moyen d'un engagement renouvelé en faveur du dialogue politique sur les projets de propositions. Nous avons l'intention de poursuivre dans cette voie en 2016, avec des mesures supplémentaires pour faire en sorte que les parlements nationaux fassent clairement entendre leur voix dans l'élaboration des politiques européennes.

Enfin, nous continuerons à développer nos «dialogues avec les citoyens», qui permettent aux membres de la Commission d'écouter directement les citoyens dans leurs régions et de répondre aux questions qui leur importent le plus.

\*\*\*

L'Union européenne est à un tournant crucial. Nous sommes confrontés à des défis sans précédent: la crise des réfugiés, le chômage et les écarts en matière d'emploi et de croissance, la nécessité d'approfondir notre Union économique et monétaire, le changement climatique, l'instabilité dans notre voisinage oriental et méridional et la recherche d'un accord équitable pour le Royaume-Uni au sein d'une Union européenne attachée aux quatre libertés qui fondent le marché unique et aux valeurs partagées par ses 28 États membres.

L'heure n'est donc plus à une gestion conventionnelle, c'est la raison pour laquelle la Commission s'engage, dans le présent programme de travail, à une action audacieuse, ciblée et pragmatique qui nous permettra de relever ces défis et d'en sortir renforcés, dans un esprit européen de solidarité et de responsabilité. Nous comptons sur nos partenaires au Parlement européen et au Conseil pour qu'ils s'engagent avec nous afin d'obtenir rapidement les résultats que les Européens attendent de leur Union.



Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 1

**ANNEXE**

*à la*

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL ET AU COMITÉ DES  
RÉGIONS**

**Programme de travail de la Commission 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**

## Annexe I: nouvelles initiatives

N°	Intitulé	Type d'initiative	Description de la portée et des objectifs
<b>Un nouvel élan pour l'emploi, la croissance et l'investissement</b>			
1.	Stratégie pour des compétences nouvelles en Europe	Législative/non législative	Ce programme vise à promouvoir le développement des compétences, y compris la reconnaissance mutuelle des qualifications, à soutenir la formation professionnelle et l'enseignement supérieur, et à exploiter pleinement le potentiel d'emploi dans le secteur numérique.
2.	Un nouvel élan pour les parents qui travaillent	Législative/non législative	Une série de mesures législatives et non législatives pour mieux relever les défis touchant à l'équilibre entre vie privée et vie professionnelle auxquels les parents qui travaillent sont confrontés et favoriser la présence des femmes sur le marché du travail.
3.	Paquet «économie circulaire»	Législative/non législative	L'objectif est de résoudre les problèmes économiques et environnementaux par une utilisation des ressources aussi efficiente que possible, en couvrant l'ensemble de la chaîne de valeur (y compris la consommation durable, la production durable et la gestion durable des déchets) et par l'innovation, de façon à permettre le développement de nouveaux marchés et modèles d'entreprise. Le paquet consistera en un vaste plan d'action, qui comprendra des mesures de suivi des progrès concrets ainsi qu'une proposition en matière de déchets dotée d'objectifs à long terme.
4.	Examen du cadre financier pluriannuel (CFP) (2014-2020)	Législative/non législative	L'examen à mi-parcours du CFP étudiera les façons de mieux cibler le financement sur les priorités auxquelles l'UE est confrontée. Cet examen explorera aussi les façons de continuer à axer le budget de l'UE sur les résultats et de simplifier les règles en vigueur (REFIT), p. ex. pour les Fonds structurels et d'investissement européens («Fonds ESI») et la politique agricole commune (PAC), et étudiera les possibilités de simplification accrue dans le cadre du financement au titre d'Horizon 2020.
5.	Prochaines étapes pour un avenir européen durable	Non législative	Cette initiative définira une nouvelle approche pour garantir la croissance économique et la durabilité sociale et environnementale de l'Europe au-delà de l'horizon 2020, en tenant compte de l'examen de la stratégie Europe 2020 et de la mise en œuvre interne et externe des objectifs de développement durable des Nations unies.

N°	Intitulé	Type d'initiative	Description de la portée et des objectifs
<b>Un marché unique numérique connecté</b>			
6.	Mise en œuvre du marché unique numérique connecté	Législative/non législative	La stratégie relative au marché unique numérique définie en mai 2015 sera mise en œuvre par trois séries d'actions: 1) une communication sur les droits d'auteur et une proposition législative sur la portabilité, suivie de propositions législatives sur les droits d'auteur et l'examen de la directive «câble et satellite» (REFIT), des propositions législatives sur les droits des contrats numériques, le géoblocage et la TVA pour le commerce électronique (REFIT), ainsi que l'examen du règlement relatif à la coopération en matière de protection des consommateurs (REFIT); 2) l'examen du cadre réglementaire du secteur des télécommunications (REFIT) et de la directive sur les services de médias audiovisuels (REFIT), et 3) une proposition législative sur la libre circulation des données.
<b>Une Union plus résiliente sur le plan de l'énergie, dotée d'une politique visionnaire en matière de changement climatique</b>			
7.	Paquet «union de l'Énergie»	Législative/non législative	Dans le prolongement de la stratégie cadre, le paquet comprend les éléments suivants: des propositions législatives relatives à l'organisation du marché de l'électricité et au cadre réglementaire, y compris l'examen de l'Agence de coopération des régulateurs de l'énergie (ACER), et la révision du règlement sur la sécurité de l'approvisionnement en électricité; la révision du règlement sur la sécurité de l'approvisionnement en gaz et de la décision sur les accords intergouvernementaux; une décision sur la répartition de l'effort et l'intégration du secteur «Utilisation des terres, changement d'affectation des terres et foresterie» (LULUCF) dans le cadre d'action en matière de climat à l'horizon 2030; un paquet sur les énergies renouvelables (REFIT), y compris des critères de durabilité pour la biomasse, et un paquet de mesures concernant l'efficacité énergétique, notamment l'amélioration de l'efficacité énergétique des bâtiments (REFIT).
<b>Un marché intérieur plus approfondi et plus équitable, doté d'une base industrielle renforcée</b>			
8.	Paquet «mobilité des travailleurs»	Législative/non législative	Cette initiative se compose d'une communication sur la mobilité de la main-d'œuvre, de la révision ciblée de la directive sur le détachement de travailleurs et de la révision des règlements sur la coordination de la sécurité sociale.

N°	Intitulé	Type d'initiative	Description de la portée et des objectifs
9.	Mise en œuvre de la stratégie relative au marché unique	Législative/non législative	La stratégie relative au marché unique sera mise en œuvre par les mesures suivantes: des orientations sur la façon dont le droit de l'Union s'applique aux modèles d'entreprise de l'économie collaborative; des mesures pour aider les PME et les jeunes entreprises à se développer; des initiatives sur la réglementation des professions; une initiative législative définissant une nouvelle approche en matière de défaillances et d'insolvabilité des entreprises; des initiatives législatives visant à faciliter la prestation transfrontalière de services, à s'attaquer aux obstacles réglementaires pour les services aux entreprises et les services du bâtiment principaux et à lutter contre la discrimination fondée sur la nationalité ou le lieu de résidence; l'examen du cadre européen en matière de protection des droits de propriété intellectuelle (REFIT); des mesures en matière de normalisation, y compris les normes de service; des propositions pour des instruments d'information sur le marché et une procédure de notification améliorée dans le cadre de la directive sur les services; un plan d'action pour sensibiliser aux principes de la reconnaissance mutuelle dans le secteur des marchandises.
10.	Plan d'action européen de la défense	Législative/non législative	Le but est d'obtenir un cadre juridique et politique pour garantir que le marché européen, la base industrielle et le socle de compétences seront en mesure de fournir les capacités militaires prioritaires dont les États membres pourront avoir besoin pour répondre aux futurs besoins en matière de sécurité.
11.	Plan d'action sur la TVA	Législative/non législative	Le plan d'action vise à mettre en œuvre des régimes de TVA efficaces et étanches à la fraude. Il comprendra des initiatives sur les taux de TVA (REFIT) et une proposition sur la TVA pour le commerce électronique (REFIT) dans le cadre de la stratégie relative au marché unique numérique, ainsi qu'une communication définissant le régime définitif de TVA (REFIT).
12.	Paquet «fiscalité des entreprises»	Législative/non législative	Dans le prolongement de la communication intitulée <i>Un système d'imposition des sociétés juste et efficace au sein de l'Union européenne: cinq domaines d'action prioritaires</i> , ce paquet comprend une série de mesures pour améliorer la transparence du système d'imposition de sociétés et lutter contre l'évasion fiscale, notamment en mettant en œuvre des normes internationales relatives à l'érosion de la base d'imposition et le transfert de bénéfices, ainsi qu'une stratégie graduelle débutant par une assiette commune obligatoire (REFIT) ainsi que le retrait de la proposition concernant une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS).

N°	Intitulé	Type d'initiative	Description de la portée et des objectifs
13.	Une stratégie spatiale pour l'Europe	Non législative	La stratégie coordonnera les différents axes des activités spatiales de l'UE et comprendra notamment une feuille de route pour des mesures concrètes permettant des applications sectorielles ciblées et développant les programmes spatiaux de l'Union, au profit de l'économie, des autorités publiques et de la société dans son ensemble.
<b>Une Union économique et monétaire plus approfondie et plus équitable</b>			
14.	Pilier de droits sociaux	Législative/non législative	Cette initiative permettra de combler les lacunes de la législation existante et de déterminer des principes communs et des critères de référence en vue d'obtenir à terme une plus grande convergence des performances dans le domaine social et dans celui de l'emploi.
15.	Système européen de garantie des dépôts bancaires – achèvement de l'Union bancaire	Législative/non législative	À la suite du rapport des cinq présidents, la proposition définira des mesures visant à créer un système européen de garantie des dépôts bancaires basé sur un mécanisme de réassurance. Une communication définira de nouvelles mesures pour achever l'Union bancaire.
<b>Commerce: Un accord de libre-échange raisonnable et équilibré avec les États-Unis</b>			
16.	Mise en œuvre de la stratégie relative au marché unique	Législative/non législative	Dans le contexte de la stratégie «Le commerce pour tous», qui promeut un commerce plus efficace et transparent et des politiques d'investissement fondées sur des valeurs, la Commission poursuivra les négociations du partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (TTIP) avec les États-Unis et avancera les travaux au sein de l'OMC, établira une coopération stratégique avec l'Asie et garantira que les APE sont mis en œuvre de manière satisfaisante.
<b>Un Espace de justice et de droits fondamentaux basé sur la confiance mutuelle</b>			
17.	Mise en œuvre du programme européen en matière de sécurité	Législative/non législative	Mesures visant à mettre en œuvre le programme européen en matière de sécurité, y compris une proposition de modification de la décision-cadre sur le terrorisme, des règles améliorées sur les armes à feu et une proposition relative à la lutte contre la fraude et la contrefaçon des moyens de paiement autres que les espèces



N°	Intitulé	Type d'initiative	Description de la portée et des objectifs
<b>Vers une nouvelle politique migratoire</b>			
18.	Meilleure gestion de la migration	Législative/non législative	L'initiative comporte deux volets: 1) la migration légale: une communication et de nouvelles mesures législatives, y compris l'extension de l'approche de la «carte bleue»; 2) le droit d'asile et les réfugiés: une proposition pour un système structuré en matière de réinstallation des réfugiés et la révision du système de Dublin en matière d'asile.
19.	Paquet «gestion des frontières»	Législative/non législative	L'objectif est d'avancer vers la création d'un corps européen de gardes-frontières et de gardes-côtes, en prenant comme base une agence Frontex renforcée.
<b>Une Europe plus forte sur la scène internationale</b>			
20.	Cadre post-Cotonou	Non législative	Nouveau cadre politique pour régir les relations avec les pays et régions ACP
21.	Renforcement des capacités dans le domaine de la sécurité	Législative/non législative	Ce paquet porte sur la réforme du secteur de la sécurité et un éventuel nouvel instrument spécifique pour le renforcement des capacités à l'appui de la sécurité et du développement dans les pays tiers.
22.	Contribution de la Commission à la stratégie mondiale	Non législative	La Commission contribuera activement à la stratégie globale de l'UE en matière de politique étrangère et de sécurité, sous la responsabilité du vice-président/haut représentant, afin que l'action extérieure de l'UE soit orientée plus précisément.
<b>Une Union du changement démocratique</b>			
23.	Proposition d'accord interinstitutionnel (AII) relatif à un registre de transparence obligatoire	Non législative	La proposition d'AII avec le Parlement européen et le Conseil vise à renforcer les normes en matière d'ouverture et d'obligation de rendre compte, en rendant le registre de transparence obligatoire pour tous les représentants d'intérêts qui cherchent à influencer l'élaboration des politiques dans l'une quelconque des trois institutions.



COMMISSION  
EUROPÉENNE

Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 2

**ANNEXE**

*à la*

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL EUROPÉEN ET AU COMITÉ  
DES RÉGIONS**

**Programme de travail 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**

## Annexe II: initiatives REFIT<sup>1</sup>

REFIT est le programme de la Commission européenne pour une réglementation affûtée et performante qui vise à rendre la législation de l'UE plus simple et à réduire les coûts induits par la réglementation sans compromettre les objectifs stratégiques. Il contribue ainsi à la mise en place d'un cadre réglementaire clair, stable et prévisible, favorable à la croissance et à l'emploi.

N°	Titre	Type d'initiative <sup>2</sup>	Description du champ d'application et des objectifs
<b>Un nouvel élan pour l'emploi, la croissance et l'investissement</b>			
1.	REACH	Législative évaluation	Les actions comprennent un règlement d'exécution de la Commission relatif à la simplification de la procédure d'autorisation REACH, un règlement d'exécution de la Commission relatif à la transparence et à la répartition des coûts en matière de forums d'échange d'information sur les substances (FEIS) dans le cadre de REACH et le lancement d'une évaluation à mener à bien en 2017 eu égard à l'obligation faite à la Commission, en vertu de l'article 117, paragraphe 4, du règlement (CE) n° 1907/2006, de publier un rapport au plus tard le 1 <sup>er</sup> juin 2017 sur la mise en œuvre de REACH.
2.	Formulaire type pour le document unique de marché européen et formulaires types pour la passation de marchés publics	Législative	Règlement d'exécution de la Commission établissant le formulaire type pour le document unique de marché européen (formulaire introduit par la nouvelle directive sur la passation de marchés publics pour éviter de devoir réintroduire de manière répétée les mêmes informations lors de la soumission de chaque offre). Règlement d'exécution de la Commission - mise à jour des formulaires types pour les avis de marché dans le cadre de la passation de marchés publics
3.	Ascenseurs (directive 95/16/CE)	Évaluation	L'évaluation portera sur le champ d'application ainsi que sur les exigences essentielles en matière de santé et de sécurité et leurs liens avec la procédure d'évaluation de la conformité.

<sup>1</sup> Cette annexe répertorie les nouvelles initiatives qui seront lancées en 2016 qui ne figurent pas encore à l'annexe I. Tous les éléments ont été ajoutés à ceux qui figurent dans la dernière version du tableau de bord REFIT. [http://ec.europa.eu/smart-regulation/better\\_regulation/key\\_docs\\_en.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/better_regulation/key_docs_en.htm)

<sup>2</sup> Ce type d'initiative est indiqué à titre indicatif et pourrait changer, notamment à l'issue du processus d'analyse d'impact. Le tableau mentionne «suivi de l'évaluation» pour les dossiers pour lesquels une évaluation REFIT est encore en cours et pour lesquels, bien qu'un certain type d'action de suivi soit prévu pour 2016, la portée et la nature de celui-ci sont encore très incertains à ce stade. En 2016, les feuilles de route / analyses d'impact initiales seront publiées afin d'informer le public de toute action de suivi envisagée et permettre aux parties prenantes de donner leur avis: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index\\_fr.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index_fr.htm)

N°	Titre	Type d'initiative <sup>2</sup>	Description du champ d'application et des objectifs
4.	Aides d'État: communication de la Commission relative à une procédure simplifiée de traitement de certains types d'aides d'État («communication relative à une procédure simplifiée») (2009/C136/03)	Évaluation	Cette évaluation a pour objectif de prendre en compte l'évolution des législations en matière d'aides d'État, des pratiques décisionnelles et de l'expérience acquise dans l'application de la procédure simplifiée. Elle mettra également en évidence de nouvelles possibilités de simplification administrative/procédurale.
<b>Une Union plus résiliente sur le plan de l'énergie, dotée d'une politique visionnaire en matière de changement climatique</b>			
5.	Révision ciblée du règlement délégué (UE) n° 639/2014 de la Commission (surfaces d'intérêt écologique)	Législative	Acte délégué/d'exécution révisé qui s'inscrit dans le prolongement des travaux de la Commission visant à évaluer l'expérience acquise lors de la mise en œuvre des surfaces d'intérêt écologique (SIE) dans le règlement délégué (UE) n° 639/2014 de la Commission après la première année d'application. S'inscrit dans l'exercice de simplification de la PAC.
6.	Législation de l'UE relative à la nature	Suivi de l'évaluation	Suivi du bilan de qualité de la directive 2009/147/CEE concernant la conservation des oiseaux sauvages et de la directive 92/43/CEE concernant la conservation des habitats naturels ainsi que de la faune et de la flore sauvages
7.	Règlement relatif au registre européen des rejets et des transferts de polluants (E-PRTR)	Suivi de l'évaluation	Cette initiative ferait suite à une évaluation menée dans le cadre du programme REFIT de la Commission et à un rapport concernant la mise en œuvre du règlement E-PRTR pour la période 2010 à 2013.
8.	Directive sur la qualité des carburants	Suivi de l'évaluation	Cette initiative ferait suite aux résultats de l'évaluation REFIT.
9.	Initiative relative aux rapports sur l'environnement	Évaluation	Bilan de qualité visant à mettre en évidence les possibilités de simplification et d'allègement des obligations d'établissement de rapports relevant de la législation environnementale de l'UE, l'objectif ultime étant de créer un système de surveillance réglementaire plus moderne, plus efficace et plus efficace.
10.	Initiative relative à l'obligation d'établissement de rapports dans le cadre de l'Union de l'énergie	Évaluation	Bilan de qualité / évaluations dans le domaine de la politique énergétique et climatique visant à évaluer la cohérence et la charge administrative des obligations en matière d'établissement de rapports.

N°	Titre	Type d'initiative <sup>2</sup>	Description du champ d'application et des objectifs
<b>Un marché intérieur plus approfondi et plus équitabile, doté d'une base industrielle renforcée</b>			
11.	Révision de la directive «prospectus»	Législative	S'inscrit dans le cadre de l'Union des marchés de capitaux; fait suite à l'évaluation REFIT de la directive «prospectus»
12.	Révision des règlements relatifs aux fonds de capital-risque européens (EuVECA) et aux fonds d'entrepreneuriat social européens (EuSEF)	Législative	Révision législative du règlement n° 345/2013 relatif aux fonds de capital-risque européens (EuVECA) et du règlement n° 346/2013 relatif aux fonds d'entrepreneuriat social européens (EuSEF) visant à améliorer le recours à ces fonds dans le cadre de l'Union des marchés de capitaux sans réduire le niveau de protection des investisseurs. Ces fonds de capital-risque existent depuis 2013, mais seul un petit nombre de fonds EuVECA et EuSEF ont été créés à ce jour.
13.	Nomenclature tarifaire et statistique et tarif douanier commun (règlement (CEE) n° 2658/87 du Conseil du 23 juillet 1987) - refonte	Législative	L'objectif de la refonte est d'aligner la législation existante sur le traité de Lisbonne. La Commission simplifiera et réduira par ailleurs la charge réglementaire en renforçant la clarté et en améliorant la lisibilité du règlement.
14.	Accises applicables au tabac (directive 2011/64/UE du Conseil) - révision	Législative	Initiative visant à tenir compte des résultats d'une évaluation REFIT de la directive 2011/64/UE du Conseil du 21 juin 2011 concernant la structure et les taux des accises applicables aux tabacs manufacturés.
15.	Installations de réception portuaires (directive 2000/59/CE) – révision	Législative	Initiative visant à adapter la directive aux modifications importantes apportées à la convention MARPOL. En adaptant cette directive, la révision assure également le suivi des résultats de l'évaluation REFIT effectuée en 2015.
16.	Législation relative à la sécurité et à l'hygiène au travail	Suivi de l'évaluation / Législative	Suivi de l'évaluation REFIT de la directive 89/391/CEE du Conseil du 12 juin 1989 concernant la mise en œuvre de mesures visant à promouvoir l'amélioration de la sécurité et de la santé des travailleurs au travail, ainsi que de 23 directives dérivées visant à renforcer son efficacité et son efficacité
17.	Législation alimentaire	Suivi de l'évaluation	Suivi du bilan de qualité relatif à la législation alimentaire générale

N°	Titre	Type d'initiative <sup>2</sup>	Description du champ d'application et des objectifs
18.	Suivi du rapport sur la révision de la législation financière	Suivi	La Commission cherche à mettre en évidence les éventuelles incohérences et lacunes de la réglementation financière, ainsi que les charges administratives superflues et les facteurs qui ont une incidence négative sur la croissance et les investissements à long terme. À la suite du présent appel à contributions, les services de la Commission feront rapport, d'ici la fin du premier semestre 2016, sur les principales conclusions et les prochaines étapes.
19.	Directive relative aux conglomerats financiers	Évaluation	La directive relative aux conglomerats financiers (directive 2011/89/UE modifiant la directive 2002/89/CE) a pour objectif de garantir une surveillance complémentaire des entités financières faisant partie de conglomerats financiers, c'est-à-dire de groupes ayant des agréments tant dans le secteur bancaire que dans le secteur de l'assurance, cette surveillance étant axée essentiellement sur les risques potentiels liés au double emploi des fonds propres (utilisation multiple de fonds propres) et sur les «risques de groupes» (risques de contagion, complexité de la gestion, concentration des risques et conflits d'intérêts). L'évaluation déterminera si la directive peut être considérée comme étant adaptée aux besoins.
20.	Allégations nutritionnelles et de santé portant sur les denrées alimentaires	Évaluation / Législative	Cette évaluation vise à déterminer si les exigences actuelles en matière de profils nutritionnels et d'allégations portant sur substances botaniques sont adaptées à l'objectif poursuivi.
21.	Bilan de qualité concernant la législation maritime	Évaluation	Le bilan de qualité portera sur la législation relative aux responsabilités de l'État du pavillon, au contrôle par l'État du port et au système de suivi du trafic des navires et d'information et sur la directive sur les formalités déclaratives.
22.	Gens de mer (directive 2008/106/CE et directive 2005/45/CE)	Évaluation	La directive 2008/106/CE fixe des normes minimales en matière de formation, de délivrance des brevets et de veille pour les gens de mer travaillant à bord des navires de la Communauté. La directive 2005/45/CE concerne la reconnaissance mutuelle des brevets des gens de mer délivrés par les États membres (directive modifiant la directive 2001/25/CE).
23.	Directive relative à la déclaration écrite (91/533/CE)	Évaluation	Directive 91/533/CEE du Conseil du 14 octobre 1991 relative à l'obligation de l'employeur d'informer le travailleur des conditions applicables au contrat ou à la relation de travail.

N°	Titre	Type d'initiative <sup>2</sup>	Description du champ d'application et des objectifs
24.	Pesticides: législation portant sur la fixation des limites maximales de résidus et sur la mise sur le marché de produits phytopharmaceutiques	Évaluation	L'objectif est de lancer une évaluation du règlement (CE) n° 1107/2009 et le règlement (CE) n° 396/2005 et de respecter les obligations qui incombent à la Commission au titre du règlement (CE) n° 1107/2009 (article 82 et article 62, paragraphe 5) et du règlement (CE) n° 396/2005 (article 47), notamment en ce qui concerne l'élaboration de rapports destinés au Parlement européen et au Conseil.
25.	Directive sur l'assurance automobile	Évaluation	Évaluation de la directive 2009/103/CE, qui vise à aider les résidents de l'UE impliqués dans un accident de la circulation dans un autre pays de l'UE. Conformément à la directive, les personnes ayant souscrit à une assurance automobile, obligatoire dans tous les États membres de l'UE, sont couvertes sur l'ensemble du territoire de l'UE.
<b>Une Union économique et monétaire plus approfondie et plus équitable</b>			
26.	Paquet «statistiques»	Législative / non législative	Le paquet prévoit l'intégration des statistiques sociales, l'intégration des statistiques d'entreprises (FRIBS) et le règlement-cadre relatif aux statistiques agricoles
<b>Un espace de justice et de droits fondamentaux basé sur la confiance mutuelle</b>			
27.	Décisions en matière matrimoniale et en matière de responsabilité parentale (Règlement Bruxelles II bis)	Législative	Cette initiative s'inscrit dans le prolongement d'une appréciation de l'application du règlement (CE) n° 2201/2003 relatif à la compétence, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière matrimoniale et en matière de responsabilité parentale.



COMMISSION  
EUROPÉENNE

Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 3

**ANNEXE**

*à la*

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL ET AU COMITÉ DES  
RÉGIONS**

**Programme de travail de la Commission 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**



## Annexe III: propositions prioritaires en attente

Objet	Intitulé intégral	Référence
<b>Un nouvel élan pour l'emploi, la croissance et l'investissement</b>		
1.	Intégration des chômeurs de longue durée	2015/0219 (NLE)
2.	EURES	2014/0002 (COD)
3.	Présence des femmes dans les conseils des sociétés	2012/0299 (COD)
<b>Un marché unique numérique connecté</b>		
4.	Sécurité des réseaux et de l'information (SRI)	2013/0027/COD
<b>Une Union plus résiliente sur le plan de l'énergie, dotée d'une politique visionnaire en matière de changement climatique</b>		
5.	Réduction des émissions nationales (PEN)	2013/0443/COD
<b>Un marché intérieur plus profondi et plus équitable, doté d'une base industrielle renforcée</b>		
6.	Coopération renforcée dans le domaine de la taxe sur les transactions financières	2013/0045/CNS
7.	Cadre de l'UE en matière de titrisation	2015/0226/COD
8.	Services portuaires	2013/0157/COD
<b>Une Union économique et monétaire plus approfondie et plus équitable</b>		

Objet		Intitulé intégral	Référence
9.	Plateforme européenne sur le travail non déclaré	Proposition de DÉCISION DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL établissant une plateforme européenne dans l'objectif de renforcer la coopération visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré	2014/0124/COD
<b>Un espace de justice et de droits fondamentaux basé sur la confiance mutuelle</b>			
10.	Réforme de la réglementation en matière de protection des données	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données (règlement général sur la protection des données) Proposition de DIRECTIVE DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel par les autorités compétentes à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière ou d'exécution de sanctions pénales, et à la libre circulation de ces données	2012/0010, 0011/COD
11.	Parquet européen	Proposition de RÈGLEMENT DU CONSEIL portant création du Parquet européen	2013/0255/APP
12.	Agence de l'Union européenne pour la coopération et la formation des services répressifs (Europol)	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL relatif à l'Agence de l'Union européenne pour la coopération et la formation des services répressifs (Europol) et abrogeant les décisions 2009/371/JAI et 2005/681/JAI	2013/0091/COD
13.	Dossiers passagers (PNR) dans l'UE	Proposition de DIRECTIVE DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL relative à l'utilisation des données des dossiers passagers pour la prévention et la détection des infractions terroristes et des formes graves de criminalité, ainsi que pour les enquêtes et les poursuites en la matière	2011/0023/COD
14.	Lutte contre la discrimination	Proposition de DIRECTIVE DU CONSEIL relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre les personnes sans distinction de religion ou de convictions, de handicap, d'âge ou d'orientation sexuelle	2008/0140/CNS
<b>Vers une nouvelle politique migratoire</b>			
15.	Programme de relocalisation permanent	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL établissant un mécanisme de crise concernant la relocalisation et modifiant le règlement (UE) n° 604/2013 du Parlement et du Conseil du 26 juin 2013 établissant les critères et mécanismes de détermination de l'État membre responsable de l'examen d'une demande de protection internationale introduite dans l'un des États membres par un ressortissant de pays tiers ou un apatride	2015/0208/COD
16.	Liste de l'UE relative aux pays d'origine sûrs	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL établissant une liste commune de l'Union de pays d'origine sûrs aux fins de la directive 2013/32/UE du Parlement européen et du Conseil relative à des procédures communes pour l'octroi et le retrait de la protection internationale, et modifiant la directive 2013/32/UE	2015/0211/COD
<b>Une Union du changement démocratique</b>			
17.	Organismes génétiquement modifiés (OGM)	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL modifiant le règlement (CE) n° 1829/2003 en ce qui concerne la possibilité pour les États membres de restreindre ou d'interdire sur leur territoire l'utilisation de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux génétiquement modifiés	2015/0093/COD



COMMISSION  
EUROPÉENNE

Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 4

**ANNEXE**

*à la*

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL EUROPÉEN ET AU COMITÉ  
DES RÉGIONS**

**Programme de travail de la Commission 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**

### Annexe IV: liste des retraits ou des modifications de propositions en attente

La Commission a l'intention de retirer les propositions énumérées ci-dessous dans un délai de six mois (d'ici au mois d'avril 2016). Les retraits pour des motifs autres que l'obsolescence, ainsi que les modifications, sont indiqués en caractères **gras**

N°	Référence COM/interinstitutionnelle	Intitulé	Motifs du retrait/de la modification
<b>Affaires économiques et financières, fiscalité et douanes</b>			
1.	COM/2007/0746	Proposition de <b>RÈGLEMENT DU CONSEIL</b> portant modalités d'application de la directive 2006/112/CE relative au système commun de taxe sur la valeur ajoutée en ce qui concerne le traitement des services d'assurance et des services financiers	Cette proposition remonte à 2007 et aucun accord n'est prévu (aucune présidence du Conseil n'a poursuivi l'examen récément).
2.	COM/2007/0747 2007/0267/CNS	Proposition de <b>DIRECTIVE DU CONSEIL</b> modifiant la directive 2006/112/CE relative au système commun de taxe sur la valeur ajoutée en ce qui concerne le traitement des services d'assurance et des services financiers	Cette proposition remonte à 2007 et aucun accord n'est prévu (aucune présidence du Conseil n'a poursuivi l'examen récément).
3.	COM/2013/0721 2013/0343/CNS	Proposition de <b>DIRECTIVE DU CONSEIL</b> modifiant la directive 2006/112/CE relative au système commun de taxe sur la valeur ajoutée en ce qui concerne une déclaration de TVA normalisée	Les négociations ont abouti à un projet de compromis qui a totalement dénaturé la proposition de la Commission sur le fond. En particulier, les dernières évolutions se sont écartées des objectifs de simplification, d'harmonisation et de réduction substantielle de la charge administrative fixés dans la proposition de la Commission.
4.	COM/2011/0594 2011/0261/CNS	Proposition de <b>DIRECTIVE DU CONSEIL</b> établissant un système commun de taxe sur les transactions financières et modifiant la directive 2008/7/CE	Cette proposition a été remplacée par une proposition correspondante datant de 2013, dans le cadre de la procédure de coopération renforcée.

N°	Référence COM/interinstitutionnelle	Intitulé	Motifs du retrait/de la modification
5.	COM/2011/0738 2011/0334/CNS	Proposition de RÈGLEMENT DU CONSEIL relatif aux modalités et à la procédure de mise à disposition de la ressource propre fondée sur la taxe sur les transactions financières	Le Conseil européen de février 2013, lorsqu'il a statué sur le paquet 2014-2020, a «invité les États membres participants à examiner si cette taxe (c'est-à-dire la taxe sur les transactions financières) pourrait servir de base à une nouvelle ressource propre». Il convient de noter que le groupe de haut niveau sur les ressources propres a été chargé de procéder à «un réexamen général du système des ressources propres en tenant compte des objectifs généraux de simplicité, de transparence, d'équité et de responsabilité démocratique». Étant donné que le règlement «mise à disposition» était basé sur la proposition de la Commission de juin 2011 concernant une nouvelle décision «ressources propres», qui n'a pas été retenue en ce qui concerne ce point, la proposition de règlement «mise à disposition» n'a plus lieu d'être. Dès lors, la Commission a l'intention de la retirer. Toute proposition éventuelle de la Commission concernant une ressource propre fondée sur la taxe sur les transactions financières devrait à nouveau être accompagnée d'un règlement «mise à disposition» correspondant.
6.	COM/2011/0121 2011/0058/CNS	Proposition de DIRECTIVE DU CONSEIL concernant une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS)	Comme annoncé dans la communication intitulée «Un système d'imposition des sociétés juste et efficace au sein de l'Union européenne: cinq domaines d'action prioritaires» [COM(2015) 302], la Commission relance les travaux selon une nouvelle approche par étapes. La proposition existante sera retirée en parallèle.
7.	COM/1998/0637	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL sur la représentation et la prise de position de la Communauté au niveau international dans le contexte de l'Union économique et monétaire	Cette proposition a été retirée [C(2015) 8001] et remplacée par une nouvelle proposition le 21 octobre 2015 [COM(2015) 603].
Affaires étrangères et politique de sécurité			

N°	Référence COM/interinstitutionnelle	Intitulé	Motifs du retrait/de la modification
8.	COM/2007/0141 2007/0049/APP	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL ET DE LA COMMISSION concernant la conclusion du protocole à l'accord de partenariat et de coopération entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et le Turkménistan, d'autre part, pour tenir compte de l'adhésion de la République de Bulgarie et de la Roumanie à l'Union européenne	Obsolète: ce protocole d'adaptation devait être adopté pour tenir compte de l'adhésion de la Bulgarie et de la Roumanie, mais il n'a jamais été finalisé et il a ensuite été décidé de proposer une décision englobant toutes les adhésions à l'UE qui ont eu lieu depuis 2004.
9.	COM/2007/0144	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL relative à la signature et à l'application provisoire d'un protocole à l'accord de partenariat et de coopération entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et le Turkménistan, d'autre part, pour tenir compte de l'adhésion de la République de Bulgarie et de la Roumanie à l'Union européenne	Obsolète: ce protocole d'adaptation devait être adopté pour tenir compte de l'adhésion de la Bulgarie et de la Roumanie, mais il n'a jamais été finalisé et il a ensuite été décidé de proposer une décision englobant toutes les adhésions à l'UE qui ont eu lieu depuis 2004.
10.	COM/2004/808	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL relative à la signature, au nom de la Communauté européenne, et à l'application provisoire de certaines dispositions d'un accord euro-méditerranéen d'association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République arabe syrienne, d'autre part	Cet accord ne sera pas finalisé et entre-temps les textes juridiques de 2004 et 2008 sont devenus caducs.
11.	COM/2008/853	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL relative à la signature, au nom de la Communauté européenne, et à l'application provisoire de certaines dispositions d'un accord euro-méditerranéen d'association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République arabe syrienne, d'autre part	Cet accord ne sera pas finalisé et entre-temps les textes juridiques de 2004 et 2008 sont devenus caducs.
<b>Commerce</b>			
12.	COM/2008/0522 2008/0169/APP	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL concluant l'accord établissant un cadre pour un accord de partenariat économique entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et les États partenaires de la Communauté d'Afrique de l'Est, d'autre part	Cet accord ne sera pas finalisé car il a été rendu caduc par un accord plus large, qui a été négocié après 2007 et paraphé en 2014.
13.	COM/2008/0565 2008/0177/APP	Proposition de DECISION DU CONSEIL concluant l'accord de partenariat économique intérimaire entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et les États de l'APE CDA, d'autre part	Cet accord ne sera pas finalisé, car il a été rendu caduc par un accord plus large, qui a été négocié après 2007 et paraphé en 2014.

N°	Référence COM/interinstitutionnelle	Intitulé	Motifs du retrait/de la modification
14.	COM/2012/0593 2012/0287/NLE	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL relative à la position à adopter au nom de l'Union européenne au sein du comité de coopération institué par l'accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la Fédération de Russie, d'autre part, du 24 juin 1994, en ce qui concerne l'établissement d'une liste d'arbitres	Obsolète: le 13 décembre 2012, la Russie a officiellement refusé d'établir une liste d'arbitres pour concrétiser le système de règlement des différends faisant partie de l'accord de partenariat et de coopération. L'UE a recours aux clauses générales de l'OMC.
<b>Transports</b>			
15.	COM/2014/0083 2014/0042/NLE	Proposition de DÉCISION DU CONSEIL relative à la position à adopter au nom de l'Union européenne au sein de l'Organisation maritime internationale lors de la 66 <sup>e</sup> session du comité de la protection du milieu marin concernant l'adoption de modifications à l'annexe VI de la convention MARPOL relatives au report d'introduction des normes d'émissions de NOx du III <sup>e</sup> pilier	Bien que la position de la Commission, telle qu'elle est consignée dans la proposition de décision, reste valable, cette proposition est devenue caduque, car la 66 <sup>e</sup> session du comité de la protection du milieu marin a déjà eu lieu (31 mars - 4 avril 2014).
16.	COM/2013/484 2013/0226/COD	<b>Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL modifiant le règlement (CE) n° 1365/2006 relatif aux statistiques des transports de marchandises par voies navigables intérieures, en ce qui concerne l'attribution de pouvoirs délégués et de compétences d'exécution à la Commission en vue de l'adoption de certaines mesures</b>	<b>Si la proposition n'est pas approuvée dans les six mois, il y aura lieu de la retirer.</b>
17.	COM/2013/0611 2013/0297/COD	<b>Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL modifiant le règlement (CE) n° 91/2003 du Parlement européen et du Conseil du 16 décembre 2002 relatif aux statistiques des transports par chemin de fer, en ce qui concerne la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents</b>	<b>Si la proposition n'est pas approuvée dans les six mois, il y aura lieu de la retirer.</b>

N°	Référence COM/interinstitutionnelle	Intitulé	Motifs du retrait/de la modification
Migration, affaires intérieures et citoyenneté			
18.	COM/2013/0095 2013/0057/COD	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL portant création d'un système d'entrée/sortie pour l'enregistrement des entrées et sorties des ressortissants de pays tiers franchissant les frontières extérieures des États membres de l'Union européenne (paquet «frontières intelligentes»)	La Commission a annoncé, dans son «Agenda européen en matière de migration» [COM(2015) 240], son intention de présenter une proposition modifiée en 2016.
19.	COM/2013/0097 2013/0059/COD	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL portant création d'un programme d'enregistrement des voyageurs (paquet «frontières intelligentes»)	La Commission a annoncé, dans son «Agenda européen en matière de migration» [COM(2015) 240], son intention de présenter une proposition modifiée en 2016.
20.	COM/2013/0096 2013/0060/COD	Proposition de RÈGLEMENT DU PARLEMENT EUROPÉEN ET DU CONSEIL modifiant le règlement (CE) n° 562/2006 en ce qui concerne l'utilisation du système d'entrée/sortie (EES) et le programme d'enregistrement des voyageurs (RTP) (paquet «frontières intelligentes»)	La Commission a annoncé, dans son «Agenda européen en matière de migration» [COM(2015) 240], son intention de présenter une proposition modifiée en 2016.





COMMISSION  
EUROPÉENNE

Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 5

**ANNEXE**

*à la*

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL ET AU COMITÉ DES  
RÉGIONS**

**Programme de travail de la Commission 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**

## Annexe V: Liste des abrogations envisagées

N°	Domaine d'action	Titre	Motifs de l'abrogation
1.	Agriculture	Mesure horizontale déclarant obsolètes certains actes caducs concernant la politique agricole commune	L'objectif de cette mesure est de déclarer officiellement obsolètes les actes qui ont épuisé leurs effets mais ne peuvent pas être abrogés en l'absence de base juridique.
2.	Environnement	Directive 91/692/CEE du Conseil du 23 décembre 1991 visant à la standardisation et à la rationalisation des rapports relatifs à la mise en œuvre de certaines directives concernant l'environnement	La Commission a l'intention de préparer, en 2016, une communication qui présentera la stratégie et le niveau d'ambition à adopter pour le bilan de qualité portant sur les obligations de suivi et de déclaration dans le domaine de la politique de l'environnement et rendra compte de certaines mesures précoces prises dans ce domaine, notamment l'état des travaux sur la directive relative à la standardisation des rapports, y compris son éventuelle abrogation.
3.	Environnement	«Questionnaire sur les eaux» (décision 95/337/CEE de la Commission)	Il s'agit d'une décision d'exécution fondée sur la directive relative à la standardisation des rapports, qui pourrait être abrogée en 2016. La Commission a l'intention de préparer, en 2016, une communication qui présentera la stratégie et le niveau d'ambition à adopter pour le bilan de qualité portant sur les obligations de suivi et de déclaration dans le domaine de la politique de l'environnement et rendra compte de certaines mesures précoces prises dans ce domaine, notamment l'état des travaux sur la directive relative à la standardisation des rapports, y compris son éventuelle abrogation.

N°	Domaine d'action	Titre	Motifs de l'abrogation
4.	Affaires intérieures	Décision 2008/602/CE de la Commission du 17 juin 2008 définissant l'architecture physique ainsi que les caractéristiques des interfaces nationales et de l'infrastructure de communication entre le système central d'information sur les visas et les interfaces nationales pour la phase de développement (notifiée sous le numéro C(2008) 2693) (JO L 194 du 23.7.2008, p. 3)	Cet acte est devenu obsolète, le développement du système d'information sur les visas (VIS) ayant été achevé et le système étant opérationnel depuis octobre 2011.
5.	Affaires intérieures	Décision 2006/752/CE de la Commission du 3 novembre 2006 établissant les sites pour le système d'information sur les visas pendant la phase de développement (JO L 305 du 4.11.2006, p. 13)	Cet acte est devenu obsolète, le développement du système d'information sur les visas (VIS) ayant été achevé et le système étant opérationnel depuis octobre 2011.
6.	Affaires intérieures	Règlement (CE) n° 189/2008 du Conseil du 18 février 2008 relatif aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) (JO L 57 du 1.3.2008, p. 1)	Ce règlement concernait les essais menés sur le SIS II central avant la mise en service du système en question. Son contenu, devenu obsolète, est inadapté pour mener des essais sur le système opérationnel.
7.	Affaires intérieures	Décision 2008/173/CE du Conseil du 18 février 2008 relative aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) (JO L 57 du 1.3.2008, p. 14, rectifié au JO L 24 du 28.1.2009, p. 24)	Ce règlement concernait les essais menés sur le SIS II central avant la mise en service du système en question. Son contenu, devenu obsolète, est inadapté pour mener des essais sur le système opérationnel.
8.	Affaires intérieures	Règlement (CE) n° 1295/2003 du Conseil du 15 juillet 2003 relatif à des mesures visant à faciliter les procédures de demande et de délivrance de visas pour les membres de la famille olympique participant aux jeux Olympiques et/ou Paralympiques de 2004 à Athènes (Schengen)	Cet acte est devenu obsolète car son application était limitée dans le temps (jeux Olympiques d'Athènes).

N°	Domaine d'action	Titre	Motifs de l'abrogation
9.	Affaires intérieures	Règlement (CE) n° 2046/2005 du Parlement européen et du Conseil du 14 décembre 2005 relatif à des mesures visant à faciliter les procédures de demande et de délivrance de visas pour les membres de la famille olympique participant aux jeux Olympiques et/ou Paralympiques d'hiver de 2006 à Turin (Schengen)	Cet acte est devenu obsolète car son application était limitée dans le temps (jeux Olympiques de Turin).
10.	Affaires intérieures	Acquis de Schengen - Décision du Comité exécutif du 7 octobre 1997 concernant la participation de la Norvège et de l'Islande aux frais d'installation et de fonctionnement du C.SIS [SCH/Com-ex (97) 18]	Le financement du SIS II central et la contribution des pays associés à l'eu-LISA reposent sur l'accord d'association et le règlement portant création de l'eu-LISA.
11.	Affaires intérieures	Acquis de Schengen - Décision du Comité exécutif du 7 octobre 1997 concernant le développement du SIS [SCH/Com-ex (97) 24]	Cet acte est devenu obsolète car le développement du SIS II est achevé et celui-ci est entré en service le 9 avril 2013.
12.	Affaires intérieures	Acquis de Schengen - Décision du Comité exécutif du 16 septembre 1998 concernant la transmission du Manuel commun aux candidats à l'adhésion à l'UE [SCH/Com-ex (98) 35 rév. 2]	Cet acte est devenu obsolète car le manuel commun (classé «restreint») a été aboli lors de l'adoption du code frontières Schengen, qui est un règlement publié au JO.
13.	Affaires intérieures	Acquis de Schengen - Décision du Comité exécutif du 16 septembre 1998 concernant la création d'une commission ad hoc Grèce [SCH/Com-ex (98) 43 rév.]	Cet acte est devenu obsolète dès l'entrée de la Grèce dans l'espace Schengen.

N°	Domaine d'action	Titre	Motifs de l'abrogation
14.	Affaires maritimes et pêche	Règlement (UE) n° 1242/2012 du Conseil du 18 décembre 2012 fixant, pour la campagne de pêche 2013, les prix d'orientation et les prix à la production de l'Union pour certains produits de la pêche conformément au règlement (CE) n° 104/2000	Malgré l'absence d'une clause de suppression automatique, cet acte n'est de facto plus en vigueur car il concerne des actions révolues.
15.	Affaires maritimes et pêche	Règlement (CE) n° 645/2008 du Conseil du 8 juillet 2008 portant ouverture et mode de gestion de contingents tarifaires communautaires autonomes lors de l'importation de certains produits de la pêche aux îles Canaries	Malgré l'absence d'une clause de suppression automatique, cet acte n'est de facto plus en vigueur car il concerne des actions révolues. Il a été remplacé par le règlement (UE) n° 1412/2013 du Conseil du 17 décembre 2013 portant ouverture et mode de gestion de contingents tarifaires autonomes de l'Union pour l'importation de certains produits de la pêche aux îles Canaries de 2014 à 2020.
16.	Affaires maritimes et pêche	Règlement (UE) n° 1388/2011 du Conseil du 16 décembre 2011 fixant, pour la campagne de pêche 2012, les prix d'orientation et les prix à la production de l'Union pour certains produits de la pêche conformément au règlement (CE) n° 104/2000	Malgré l'absence d'une clause de suppression automatique, cet acte n'est de facto plus en vigueur car il concerne des actions révolues.
17.	Affaires maritimes et pêche	Règlement (CEE) n° 110/76 du Conseil du 19 janvier 1976 établissant, dans le secteur des produits de la pêche, les règles générales relatives à l'octroi des restitutions à l'exportation et les critères de fixation de leur montant	Malgré l'absence d'une clause de suppression automatique, cet acte n'est de facto plus en vigueur car il concerne des actions révolues.
18.	Affaires maritimes et pêche	Règlement (CE) n° 1299/2008 du Conseil du 9 décembre 2008 fixant, pour la campagne de pêche 2009, les prix d'orientation et les prix à la production communautaire pour certains produits de la pêche conformément au règlement (CE) n° 104/2000	Malgré l'absence d'une clause de suppression automatique, cet acte n'est de facto plus en vigueur car il concerne des actions révolues.

N°	Domaine d'action	Titre	Motifs de l'abrogation
19.	Affaires maritimes et pêche	Règlement (CE) n° 2326/2003 du Conseil du 19 décembre 2003 fixant, pour la campagne de pêche 2004, les prix d'orientation et les prix à la production communautaire pour certains produits de la pêche conformément au règlement (CE) n° 104/2000	Malgré l'absence d'une clause de suppression automatique, cet acte n'est de facto plus en vigueur car il concerne des actions révolues.
20.	Statistiques	Règlement (CE) n° 48/2004 du Parlement européen et du Conseil du 5 décembre 2003 relatif à la production de statistiques communautaires annuelles de l'industrie sidérurgique pour les années de référence 2003-2009	Cet acte est devenu obsolète, les données concernées n'étant plus collectées. L'initiative formelle d'abroger le règlement sur les statistiques de l'acier sera prise par la proposition de règlement sur les statistiques sur les entreprises, dont l'adoption est prévue au quatrième trimestre 2016.
21.	Transports	Règlement (CEE) n° 1101/89 du Conseil relatif à l'assainissement structurel dans la navigation intérieure	Ce règlement du Conseil a pris fin le 28 avril 1999 (voir le considérant 1 du règlement (CE) du Conseil n° 718/1999).
22.	Transports	Règlement (CE) n° 2812/94 de la Commission modifiant le règlement (CEE) n° 1101/89 du Conseil en ce qui concerne les conditions qui s'appliquent à la mise en service de capacités nouvelles dans la navigation intérieure	Ce règlement modifie le règlement (CEE) n° 1101/89, qui a pris fin le 28 avril 1999.
23.	Transports	Règlement (CE) n° 685/2001 du Parlement européen et du Conseil du 4 avril 2001 concernant la répartition entre les États membres des autorisations reçues dans le cadre des accords établissant certaines conditions pour le transport de marchandises par route et la promotion du transport combiné entre la Communauté européenne et la République de Bulgarie et entre la Communauté européenne et la République de Hongrie	Ce règlement est à présent superflu puisque la Bulgarie et la Hongrie sont membres de l'UE (et, de ce fait, ne sont plus soumises à un système d'autorisation concernant le marché du transport routier).

N°	Domaine d'action	Titre	Motifs de l'abrogation
24.	Transports	Règlement (CEE) n° 2158/93 de la Commission concernant l'application des amendements à la convention internationale de 1974 sur la sauvegarde de la vie humaine en mer ainsi qu'à la convention internationale de 1973 sur la prévention de la pollution par les navires aux fins du règlement (CEE) n° 613/91 du Conseil	Ce règlement de la Commission n'est plus applicable car il vise un instrument (le règlement n° 613/91 du Conseil) qui a été abrogé par le règlement (CE) n° 789/2004 relatif au changement de registre des navires de charge et navires à passagers).
25.	Transports	Règlement (CE) n° 3298/94 de la Commission arrêtant les modalités des procédures relatives au système de droits de transit (écopoints) pour les camions de marchandises en transit à travers l'Autriche	Le système des écopoints, destiné à réduire l'incidence du transit des camions de marchandises sur l'environnement, a été rendu obsolète par l'introduction, le 1 <sup>er</sup> janvier 2004, d'un péage pour les poids lourds («Maut») sur les autoroutes et voies rapides autrichiennes, et n'est plus appliqué par l'Autriche. La base légale des écopoints est donc également devenue obsolète et peut donc être abrogée.
26.	Transports	Règlement (CE) n° 2888/2000 du Parlement européen et du Conseil sur la répartition des autorisations pour les poids lourds circulant en Suisse	Ce règlement relatif aux autorisations, qui fixe la répartition, entre les États membres de l'UE, des contingents accordés à la Communauté par la Suisse pour les années 2001 à 2004, n'est plus appliqué. L'accès au marché du transport routier est à présent régi par l'accord UE-Suisse.
27.	Transports	Règlement (CE) n° 103/2007 de la Commission concernant la prolongation de la période transitoire visée à l'article 53, paragraphe 4, du règlement (CE) n° 1592/2002	La période de transition a été prolongée jusqu'au 31 décembre 2007; ce règlement est par conséquent devenu obsolète.
28.	Fiscalité	Règlement (CE) n° 2579/98 de la Commission du 30 novembre 1998 fixant la liste des produits textiles pour lesquels aucune preuve de l'origine n'est exigée lors de leur mise en libre pratique dans la Communauté	Ce règlement de la Commission était un acte d'exécution du règlement (CE) n° 1541/98 du Conseil, lequel a été abrogé en 2011.



COMMISSION  
EUROPÉENNE

Strasbourg, le 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 6

**ANNEXE**

*à la*

**COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU  
CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL EUROPÉEN ET AU COMITÉ  
DES RÉGIONS**

**Programme de travail de la Commission 2016**

**L'heure n'est plus à une gestion conventionnelle**



## Annexe VI: textes législatifs devenant applicables en 2016

De plus amples informations sur les actes délégués et les actes d'exécution devenant applicables en 2016 seront fournies à l'adresse suivante: [http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index\\_fr.htm](http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_fr.htm)

En ce qui concerne la/les date(s) de mise en application, un astérisque (\*) signifie qu'en plus de la date indiquée, d'autres dates peuvent également s'appliquer à d'autres parties de l'acte législatif.

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
1.	Directive 2014/48/UE du Conseil du 24 mars 2014 modifiant la directive 2003/48/CE en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts	Fiscalité	1 <sup>er</sup> janvier 2016
2.	Directive 2009/138/CE du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2009 sur l'accès aux activités de l'assurance et de la réassurance et leur exercice (solvabilité II) (Texte présentant de l'intérêt pour l'EEE)	Services financiers	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
3.	Directive 2014/61/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 relative à des mesures visant à réduire le coût du déploiement de réseaux de communications électroniques à haut débit	Économie et société numériques	1 <sup>er</sup> janvier 2016
4.	Règlement (UE) n° 806/2014 du Parlement européen et du Conseil du 15 juillet 2014 établissant des règles et une procédure uniformes pour la résolution des établissements de crédit et de certaines entreprises d'investissement dans le cadre d'un mécanisme de résolution unique et d'un Fonds de résolution bancaire unique, et modifiant le règlement (UE) n° 1093/2010	Stabilité financière	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
5.	Règlement (UE) n° 1308/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 portant organisation commune des marchés des produits agricoles et abrogeant les règlements (CEE) n° 922/72, (CEE) n° 234/79, (CE) n° 1037/2001 et (CE) n° 1234/2007 du Conseil	Agriculture et développement rural	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
6.	Règlement (UE) n° 167/2013 du Parlement européen et du Conseil du 5 février 2013 relatif à la réception et à la surveillance du marché des véhicules agricoles et forestiers	Marché intérieur	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
7.	Règlement (UE) n° 168/2013 du Parlement européen et du Conseil du 15 janvier 2013 relatif à la réception et à la surveillance du marché des véhicules à deux ou trois roues et des quadricycles	Marché intérieur	1 <sup>er</sup> janvier 2016*

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
8.	Règlement (UE) n° 575/2013 du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 concernant les exigences prudentielles applicables aux établissements de crédit et aux entreprises d'investissement et modifiant le règlement (UE) n° 648/2012	Services financiers	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
9.	Règlement (UE) n° 660/2014 du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 modifiant le règlement (CE) n° 1013/2006 concernant les transferts de déchets	Environnement	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
10.	Règlement (UE, Euratom) n° 1141/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 relatif au statut et au financement des partis politiques européens et des fondations politiques européennes	Affaires institutionnelles	1 <sup>er</sup> janvier 2016*
11.	Règlement (UE) n° 1151/2012 du Parlement européen et du Conseil du 21 novembre 2012 relatif aux systèmes de qualité applicables aux produits agricoles et aux denrées alimentaires	Agriculture et développement rural	4 janvier 2016*
12.	Règlement (UE) n° 524/2013 du Parlement européen et du Conseil du 21 mai 2013 relatif au règlement en ligne des litiges de consommation et modifiant le règlement (CE) n° 2006/2004 et la directive 2009/22/CE (règlement relatif au RLLC)	Consommateurs	9 janvier 2016*
13.	Directive 2013/53/UE du Parlement européen et du Conseil du 20 novembre 2013 relative aux bateaux de plaisance et aux véhicules nautiques à moteur et abrogeant la directive 94/25/CE	Marché intérieur	18 janvier 2016
14.	Directive 2013/55/UE du Parlement européen et du Conseil du 20 novembre 2013 modifiant la directive 2005/36/CE relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles et le règlement (UE) n° 1024/2012 concernant la coopération administrative par l'intermédiaire du système d'information du marché intérieur («règlement IMI»)	Marché intérieur	18 janvier 2016
15.	Directive 2014/64/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 modifiant la directive 64/432/CEE du Conseil en ce qui concerne les bases de données informatisées qui font partie des réseaux de surveillance dans les États membres	Sécurité alimentaire	18 janvier 2016
16.	Directive (UE) 2015/254 du Parlement européen et du Conseil du 11 février 2015 abrogeant la directive 93/5/CEE du Conseil concernant l'assistance des États membres à la Commission et leur coopération en matière d'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires	Sécurité alimentaire	29 février 2016
17.	Décision (UE) 2015/137 du Conseil du 26 janvier 2015 portant renouvellement du mandat du vice-président de l'Office de l'harmonisation dans le marché intérieur (marques, dessins et modèles) et de deux présidents de chambres de recours de l'Office de l'harmonisation dans le marché intérieur (marques, dessins et modèles)	Marché intérieur	1 <sup>er</sup> mars 2016*

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
18.	Règlement (UE) n° 165/2014 du Parlement Européen et du Conseil du 4 février 2014 relatif aux tachygraphes dans les transports routiers, abrogeant le règlement (CEE) n° 3821/85 du Conseil concernant l'appareil de contrôle dans le domaine des transports par route et modifiant le règlement (CE) n° 561/2006 du Parlement européen et du Conseil relatif à l'harmonisation de certaines dispositions de la législation sociale dans le domaine des transports par route	Transports	2 mars 2016*
19.	Directive 2014/91/UE du Parlement européen et du Conseil du 23 juillet 2014 modifiant la directive 2009/65/CE portant coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant certains organismes de placement collectif en valeurs mobilières (OPCVM), pour ce qui est des fonctions de dépositaire, des politiques de rémunération et des sanctions	Services financiers	18 mars 2016
20.	Directive 2014/17/UE du Parlement européen et du Conseil du 4 février 2014 sur les contrats de crédit aux consommateurs relatifs aux biens immobiliers à usage résidentiel et modifiant les directives 2008/48/CE et 2013/36/UE et le règlement (UE) n° 1093/2010	Services financiers	21 mars 2016
21.	Directive 2014/26/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 concernant la gestion collective du droit d'auteur et des droits voisins et l'octroi de licences multiterritoriales de droits sur des œuvres musicales en vue de leur utilisation en ligne dans le marché intérieur	Économie et société numériques	10 avril 2016
22.	Directive 2014/23/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 sur l'attribution de contrats de concession	Marché intérieur	18 avril 2016
23.	Directive 2014/24/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 sur la passation des marchés publics et abrogeant la directive 2004/18/CE	Marché intérieur	18 avril 2016
24.	Directive 2014/25/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à la passation de marchés par des entités opérant dans les secteurs de l'eau, de l'énergie, des transports et des services postaux et abrogeant la directive 2004/17/CE	Marché intérieur	18 avril 2016
25.	Directive 2014/33/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant les ascenseurs et les composants de sécurité pour ascenseurs	Marché intérieur	19 avril 2016
26.	Directive 2014/28/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché et le contrôle des explosifs à usage civil (refonte)	Marché intérieur	20 avril 2016

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
27.	Directive 2014/29/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché des récipients à pression simples	Marché intérieur	20 avril 2016
28.	Directive 2014/30/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la compatibilité électromagnétique (refonte)	Marché intérieur	20 avril 2016
29.	Directive 2014/31/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché des instruments de pesage à fonctionnement non automatique	Marché intérieur	20 avril 2016
30.	Directive 2014/32/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché d'instruments de mesure (refonte)	Marché intérieur	20 avril 2016
31.	Directive 2014/34/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant les appareils et les systèmes de protection destinés à être utilisés en atmosphères explosibles (refonte)	Marché intérieur	20 avril 2016
32.	Directive 2014/35/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché du matériel électrique destiné à être employé dans certaines limites de tension	Marché intérieur	20 avril 2016
33.	Règlement (UE) n° 952/2013 du Parlement européen et du Conseil du 9 octobre 2013 établissant le code des douanes de l'Union	Fiscalité	1 <sup>er</sup> mai 2016*
34.	Directive 2014/40/UE du Parlement européen et du Conseil du 3 avril 2014 relative au rapprochement des dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres en matière de fabrication, de présentation et de vente des produits du tabac et des produits connexes, et abrogeant la directive 2001/37/CE	Santé	20 mai 2016
35.	Directive 2014/54/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 relative à des mesures facilitant l'exercice des droits conférés aux travailleurs dans le contexte de la libre circulation des travailleurs	Emploi	21 mai 2016
36.	Directive 2014/62/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 relative à la protection pénale de l'euro et des autres monnaies contre la contrefaçon, et remplaçant la décision-cadre 2000/383/JAI du Conseil	Lutte antifraude	23 mai 2016

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
37.	Règlement (UE) 2015/751 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2015 relatif aux commissions d'interchange pour les opérations de paiement liées à une carte	Services financiers	9 juin 2016*
38.	Directive 2014/53/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché d'équipements radioélectriques et abrogeant la directive 1999/5/CE	Marché intérieur	13 juin 2016
39.	Règlement (UE) n° 598/2014 du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 relatif à l'établissement de règles et de procédures concernant l'introduction de restrictions d'exploitation liées au bruit dans les aéroports de l'Union, dans le cadre d'une approche équilibrée, et abrogeant la directive 2002/30/CE	Environnement	13 juin 2016
40.	Directive 2014/56/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 modifiant la directive 2006/43/CE concernant les contrôles légaux des comptes annuels et des comptes consolidés	Marché intérieur	17 juin 2016
41.	Règlement (UE) n° 537/2014 du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 relatif aux exigences spécifiques applicables au contrôle légal des comptes des entités d'intérêt public et abrogeant la décision 2005/909/CE de la Commission	Marché intérieur	17 juin 2016*
42.	Directive 2014/67/UE du Parlement Européen et du Conseil du 15 mai 2014 relative à l'exécution de la directive 96/71/CE concernant le détachement de travailleurs effectué dans le cadre d'une prestation de services et modifiant le règlement (UE) n° 1024/2012 concernant la coopération administrative par l'intermédiaire du système d'information du marché intérieur («règlement IMI»)	Emploi	18 juin 2016
43.	Règlement (UE) 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité	Justice	26 juin 2016*
44.	Directive 2013/64/UE du Conseil du 17 décembre 2013 modifiant les directives 91/271/CEE et 1999/74/CE du Conseil, et les directives 2000/60/CE, 2006/7/CE, 2006/25/CE et 2011/24/UE du Parlement européen et de Conseil, suite à la modification du statut de Mayotte à l'égard de l'Union européenne	Politique régionale	30 juin 2016*

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
45.	Directive 2013/35/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 concernant les prescriptions minimales de sécurité et de santé relatives à l'exposition des travailleurs aux risques dus aux agents physiques (champs électromagnétiques) (vingtième directive particulière au sens de l'article 16, paragraphe 1, de la directive 89/391/CEE) et abrogeant la directive 2004/40/CE	Emploi	1 <sup>er</sup> juillet 2016
46.	Règlement (UE) n° 540/2014 du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 concernant le niveau sonore des véhicules à moteur et des systèmes de silencieux de remplacement, et modifiant la directive 2007/46/CE et abrogeant la directive 70/157/CEE	Marché intérieur	1 <sup>er</sup> juillet 2016*
47.	Règlement (UE) n° 910/2014 du Parlement européen et du Conseil du 23 juillet 2014 sur l'identification électronique et les services de confiance pour les transactions électroniques au sein du marché intérieur et abrogeant la directive 1999/93/CE	Marché intérieur	1 <sup>er</sup> juillet 2016*
48.	Directive 2014/57/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 relative aux sanctions pénales applicables aux abus de marché (directive relative aux abus de marché)	Marché intérieur	3 juillet 2016
49.	Directive 2014/65/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 concernant les marchés d'instruments financiers et modifiant la directive 2002/92/CE et la directive 2011/61/UE	Services financiers	3 juillet 2016
50.	Règlement (UE) n° 596/2014 du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 sur les abus de marché (règlement relatif aux abus de marché) et abrogeant la directive 2003/6/CE du Parlement européen et du Conseil et les directives 2003/124/CE, 2003/125/CE et 2004/72/CE de la Commission	Marché intérieur	3 juillet 2016*
51.	Règlement (UE) n° 655/2014 du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 portant création d'une procédure d'ordonnance européenne de saisie conservatoire des comptes bancaires, destinée à faciliter le recouvrement transfrontière de créances en matière civile et commerciale	Justice	18 juillet 2016 (article 50 uniquement; pour le reste du règlement, 18 janvier 2016)
52.	Directive 2014/68/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 relative à l'harmonisation des législations des États membres concernant la mise à disposition sur le marché des équipements sous pression	Marché intérieur	19 juillet 2016*

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
53.	Règlement (UE) n° 609/2013 du Parlement européen et du Conseil du 12 juin 2013 concernant les denrées alimentaires destinées aux nourrissons et aux enfants en bas âge, les denrées alimentaires destinées à des fins médicales spéciales et les substituts de la ration journalière totale pour contrôle du poids et abrogeant la directive 92/52/CEE du Conseil, les directives 96/8/CE, 1999/21/CE, 2006/125/CE et 2006/141/CE de la Commission, la directive 2009/39/CE du Parlement européen et du Conseil et les règlements (CE) n° 41/2009 et (CE) n° 953/2009 de la Commission	Sécurité alimentaire	20 juillet 2016*
54.	Directive 2014/89/UE du Parlement européen et du Conseil du 23 juillet 2014 établissant un cadre pour la planification de l'espace maritime	Affaires maritimes	18 septembre 2016
55.	Directive 2014/90/UE du Parlement européen et du Conseil du 23 juillet 2014 relative aux équipements marins et abrogeant la directive 96/98/CE du Conseil	Transports	18 septembre 2016
56.	Directive 2014/92/UE du Parlement européen et du Conseil du 23 juillet 2014 sur la comparabilité des frais liés aux comptes de paiement, le changement de compte de paiement et l'accès à un compte de paiement assorti de prestations de base	Services financiers	18 septembre 2016
57.	Directive 2014/36/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi en tant que travailleur saisonnier	Affaires intérieures	30 septembre 2016
58.	Décision (PESC) 2015/1763 du Conseil du 1 <sup>er</sup> octobre 2015 concernant des mesures restrictives en raison de la situation au Burundi	Affaires extérieures	3 octobre 2016
59.	Directive 2014/42/UE du Parlement européen et du Conseil du 3 avril 2014 concernant le gel et la confiscation des instruments et des produits du crime dans l'Union européenne	Justice	4 octobre 2016
60.	Directive 2014/94/UE du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 sur le déploiement d'une infrastructure pour carburants alternatifs	Énergie	18 novembre 2016
61.	Directive (UE) 2015/720 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2015 modifiant la directive 94/62/CE en ce qui concerne la réduction de la consommation de sacs en plastique légers	Environnement	27 novembre 2016

N°	Titre	Domaine	Date de mise en application
62.	Directive 2013/48/UE du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2013 relative au droit d'accès à un avocat dans le cadre des procédures pénales et des procédures relatives au mandat d'arrêt européen, au droit d'informer un tiers dès la privation de liberté et au droit des personnes privées de liberté de communiquer avec des tiers et avec les autorités consulaires	Justice	27 novembre 2016
63.	Directive 2014/66/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers dans le cadre d'un transfert temporaire intragroupe	Affaires intérieures	29 novembre 2016
64.	Directive 2014/95/UE du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 modifiant la directive 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations non financières et d'informations relatives à la diversité par certaines grandes entreprises et certains groupes	Marché intérieur	6 décembre 2016
65.	Règlement (UE) n° 1169/2011 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2011 concernant l'information des consommateurs sur les denrées alimentaires, modifiant les règlements (CE) n° 1924/2006 et (CE) n° 1925/2006 du Parlement européen et du Conseil et abrogeant la directive 87/250/CEE de la Commission, la directive 90/496/CEE du Conseil, la directive 1999/10/CE de la Commission, la directive 2000/13/CE du Parlement européen et du Conseil, les directives 2002/67/CE et 2008/5/CE de la Commission et le règlement (CE) n° 608/2004 de la Commission	Consommateurs	13 décembre 2016*
66.	Directive 2014/104/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 novembre 2014 relative à certaines règles régissant les actions en dommages et intérêts en droit national pour les infractions aux dispositions du droit de la concurrence des États membres et de l'Union européenne	Concurrence	27 décembre 2016
67.	Directive 2014/112/UE du Conseil du 19 décembre 2014 portant application de l'accord européen concernant certains aspects de l'aménagement du temps de travail dans le secteur de la navigation intérieure, conclu par l'Union européenne de la navigation fluviale (UENF), l'Organisation européenne des bateliers (OEB) et la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF)	Emploi	31 décembre 2016
68.	Règlement (UE) n° 1286/2014 du Parlement européen et du Conseil du 26 novembre 2014 sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance	Services financiers	31 décembre 2016*